

# AIB

D7426E

DIE DRITTE-WELT-ZEITSCHRIFT

Nr. 3/März 1984

15. Jahrgang

DM 2,50

## Libanon: Die Rückeroberung Westbeiruts

El Salvador • Westsahara  
Südafrika • Iran  
Philippinen

## Inhalt

<b>Aktueller Kommentar</b>	
Das Dilemma Libanon	3
<b>Libanon</b>	
Die Rückeroberung Westbeiruts	4
Interview mit Amal-Führer N. Berri	7
W. Junblat: Yankees geht nach Hause!	8
Der Widerstand gegen die israelischen Besatzer im Südlibanon	10
<b>Iran</b>	
Gespräch mit A. Ajang, Führer der Volksfedayin	13
<b>Philippinen</b>	
Die Krise des Marcos-Regimes	17
Programm der Nationalistischen Allianz	19
<b>Westsahara</b>	
Marokko verhindert Referendum	21
Aufstand in Hassans Königreich	23
<b>Südafrika</b>	
Interview mit ANC-Führer Joe Jele	29
<b>El Salvador</b>	
Gespräch mit der Bonner FMLN/FDR-Vertretung	32
Plattform der FMLN/FDR für eine Übergangsregierung	34
<b>Grenada</b>	
Gespräch mit dem früheren Minister Kenrick Radix	36
<b>Chile</b>	
Das Jahr der Streiks?	38
<b>Rüstungsexporte</b>	
Hauptabnehmer Naher und Mittlerer Osten – ein Fallbeispiel	42
<b>Kultur</b>	
Filmschaffen des anderen El Salvador	47
<b>Lesermeinungen, Standpunkte.</b>	48
<b>Infodienst zur Solidarität</b>	49
<b>Kurzinformationen</b>	
Islamische Konferenz, Tschad, Namibia/Angola, Tansania, Bolivien, Nicaragua, Argentinien/Chor, Hongkong, Informationsordnung	50



## Libanon

S. 4

Nach der Rückeroberung Westbeiruts durch die libanesische Opposition scheint das Gemayel-Regime am Ende. Sein Schutzherr Reagan zieht die US-Marines auf See zurück, greift jedoch ebenso wie die israelischen Besatzungstruppen weiter in die Kämpfe ein. Werden Israel und die USA den Verlust des Libanon hinnehmen? Oder setzen sie auf eine Kriegseskalation?

## Philippinen

S. 17

Der philippinische Diktator Marcos sucht durch Referenden der Protestbewegung den Wind aus den Segeln zu nehmen. Die Antwort: Bei der ersten Volksabstimmung kam es trotz des Wahlzwangs zum Massenboykott. Die Opposition hat sich zu dem breiten Bündnis Nationalistische Allianz NAJFD zusammengeschlossen. Marcos' Tage sind gezählt.

## El Salvador

S. 32

Am 25. März d.J. stehen Präsidentschaftswahlen in El Salvador an. Die Befreiungsbewegung FMLN/FDR, die sich weiter auf dem Vormarsch befindet, lehnt die Wahlfarce einmal mehr ab. Sie hat einen Vorschlag für eine Übergangsregierung unterbreitet. Wir dokumentieren ihn und sprachen mit der Bonner FMLN/FDR-Vertretung.

## Impressum

**AIB** (Antimperialistisches Informationsbulletin) - Die Dritte-Welt-Zeitschrift, gegr. 1970, erscheint monatlich.

**Herausgeber:** Prof. Dieter Boris, Wolfram Brönnner, Bernd Gäbler, Prof. Günter Giesenfeld, Mechthild Jansen, Herbert Lederer, Heinz-Jürgen Nieth, Werner Stürmann, Elisabeth Thölke-Sommer, Peter Wahl, Prof. Erich Wulff

**Redaktion:** Wolfram Brönnner (Chefredakteur), Nico Biver (stellvertretender Chefredakteur), Hanne Denk, Rainer Falk, Pia Grund, Marianne Kolter, Andreas Krajczek, Nima Mina, Hans-Erich Schäfer, Ludger Schmitz

**Ständige Mitarbeiter:** Georg Diederichs, Klaus D. Fischer, Peter Garcia, Alfonso Gonzalez, Ivesa Lübben-Pistofidis, Fiaza Makumbi-Kidza, Katja Maurer, Hans Mayer, Jürgen Ostrowsky, Christoph Sodemann

Weitere **Mitarbeiter** dieser Ausgabe: I. Flach, N. Hassan, U. Kampmann, I. Lübben-Pistofidis, U. Nettelbeck, W. Priebe, J. Scheer, B. Weng

**Anschrift** von Redaktion und Vertrieb: AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg, Tel. 064 21/2 46 72

**Verlag:** Weltkreis Verlags GmbH, Dortmund  
**Druck:** Plambeck & Co., Neuss

**Konten:** AIB-Weltkreis-Verlag, Postscheckkonto 312093-607, Postscheckamt Frankfurt/M., oder Marburger Volksbank, Rudolphsplatz (BLZ 533 900 00), Konto-Nr. 9660

**Jahresabonnement** (inklusive Porto): Inland 25,— DM; Ausland normal 30,— DM, Luftpost Europa 35,— DM, übrige Länder 50,— DM; Förderabos 50,— DM oder mehr. Einzelheft: 2,50 DM, Doppelheft: 5,— DM. Bei Abnahme von 10 und mehr Exemplaren 33 % Ermäßigung.

**Kündigungen** nur zum Jahresende. Spätester Termin: 15. November. Bestellungen unter 10 DM nur gegen Vorauszahlung (möglichst in Briefmarken), zuzüglich 0,60 DM Porto je Heft.

**Adressenänderung** bitte rechtzeitig bei der Redaktion in Marburg und bei der Post bekanntgeben.

Namentlich gezeichnete **Beiträge** geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Titel und Zwischenüberschriften stammen in der Regel von der Redaktion. Nachdruck von Beiträgen bei Quellenangabe und Zusendung von zwei Belegexemplaren gestattet.

**Redaktionsschluss:** 18. Februar 1984

**Anzeigen:** IKA, ISSA, Solidaritätsshop Dritte Welt, UNIDOC

Die „Sieg ist möglich“-Stimmung, die in Washington nach der Invasion Grenadas vom 25.10.1983 und dem anschließenden Bonner Entscheid für den Beginn der Stationierung neuer US-Atomraketen Einkehr gehalten hatte, scheint im Februar d.J. einer allgemeinen Ernüchterung Platz zu machen.

Angesichts des rasanten Vormarsches der libanesischen Oppositionsmilizen, die nach ihrer Rückeroberung Westbeiruts das Gemayel-Regime an den Rand des Zusammenbruchs brachten, steht die Reagan-Administration vor einem Scherbenhaufen ihrer Libanonpolitik.

Durch die Stationierung von US-Marines im Rahmen einer westlichen multinationalen Streitmacht von über 5.000 Mann (Italien, Großbritannien, Frankreich) im September 1982 wollte man sich als verlässlicher Ordnungsfaktor im Nahen Osten profilieren.

Im Zusammenwirken mit Israel suchte Washington dem phalangistischen Gemayel-Regime zur stetigen Machterweiterung, zur Ausschaltung seiner libanesischen Opponenten, zur Austreibung der bewaffneten Kräfte Syriens und der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) aus dem Libanon zu verhelfen.

### „Größtes Debakel“ seit Vietnam

Gewiß, mit dem erzwungenen Abzug der PLO-Kontingente aus dem Südlibanon, Beirut und im Dezember 1983 aus Tripoli war ein Teil dieser Rechnung aufgegangen. Dafür aber sorgte die Reagan-Administration durch ihren überzogenen militärisch-politischen Einstieg in die libanesischen Krisenszenarien selbst für ein Anschwellen des innerlibanesischen Widerstands.

Der Regie von Außenminister George Shultz war es zu danken, daß das Gemayel-Regime am 17. Mai 1983 in Khaldé ein Separatabkommen mit der Besatzungsmacht Israel unterzeichnete.

Damit wurden einerseits Souveränitätsrechte an die USA (Militärpräsenz auf Dauer) und Israel („Sicherheitszone“ Südlibanon) veräußert – ein Vereinigungsprozeß der libanesischen Opposition auf bislang breitester Grundlage und ein sprunghafter Stärkezuwachs ihres Widerstandskampfes waren die Folge. Andererseits forderte Washington dadurch, daß man die Konfliktpartei Syrien aus dem Verhandlungsgeschehen aussperrte und dessen Abzug zur Vorbedingung einer israelischen Räumung des Südlibanon erklärte, die Gegenwehr der Regierung Assad heraus.

Das Gegenbündnis gewann an Festigkeit, als die USA in den Septemberkämpfen 1983 zum direkten Eingreifen der Marines wie der Schlachtschiffe und Kampfflugzeuge der 6. Flotte übergingen.

Ihr Dauerbeschuß von Stellungen des libanesischen Widerstands und syrischer Einheiten der Arabischen Abschreckungstruppe legte bloß, worin die Aufgabe der sog. Friedenstruppe der USA eigentlich bestand. Sie sollte die Haut des isolierten Diktaturregimes Gemayel retten.

Dem Eingeständnis einer blamablen Niederlage kam die schließliche Order Reagans gleich, die in Beirut von oppositionellen Milizen eingekreisten Marines großteils auf die US-Kriegsschiffe zu verlegen (200-500 sollen als Berater der zerfallenden Armee bleiben).

US-Beobachter sprachen zurecht vom „größten Debakel“ seit dem Untergang des Thieu-Regimes in Südvietnam 1975 und den Interventionspleiten der Regierung Carter in der Irankrise 1979/80.

Die Pleite von Beirut schlug umso mehr auf den Weltpolitiker Reagan zurück, als er noch Ende Januar d.J. seine erneute Kandidatur für das Präsidentenamt gerade damit zu untermauern suchte, daß ihm die Wiedergeburt eines „starken und verlässlichen Amerika“ und „Fortschritte im Libanon“ geglückt seien.

Wenn heute die Regierung Assad und die sie unterstützende Sowjetunion als insgeheime Sieger im Libanon erscheinen mögen, so ist auch dies wesentlich der primitiven Weltsicht des Ronald Reagan zuzuschreiben. Im Oktober 1983 hatte er z.B. die Entsendung zusätzlicher 2.000 Marines vor die Küste Beiruts so zu legitimieren versucht: „Können die Vereinigten Staaten und die freie Welt beiseite stehen und zusehen, wie der Mittlere Osten in den Sowjetblock einbezogen wird?“

### Warnung an Schwarzfahrer Kohl

Offenbar können sie. Wie soll man sonst den überstürzten Rückzug der britischen, italienischen und US-Kontingente der multinationalen Streitmacht aus Beirut verstehen?

Dennoch, die Gefahr einer Eskalation seitens der NATO-Mächte und Israels ist nicht vom Tisch. Indem die Reagan-Administration auf einer Militärpräsenz in Küstennähe des Libanon – vorerst bis April 1985 – beharrte, hielt sie sich die Option einer großangelegten Invasion von US-Kampftruppen, möglicherweise gemeinsam mit israelischen Verbänden, offen.



Wolfram Bröner

Ob man nach dem Februar-Debakel mit weiteren Gewaltstreichen die „chaotische“ Lage im Libanon doch noch in den Griff zu bekommen vermag, erscheint höchst zweifelhaft. Die Regierung Shamir hat es jedenfalls erst einmal abgelehnt, für das heruntergewirtschaftete Gemayel-Regime im Libanon die Kastanien aus dem Feuer zu holen. Die innerisraelische Protestbewegung gegen die eigene Libanonpräsenz ist ihr schon jetzt unangenehm genug.

Die Reagan-Administration hat mit dem Scheitern ihres Libanonabenteuers auch die Aussichten auf eine „amerikanische Lösung“ des Nahostkonflikts ernsthaft beeinträchtigt. Das „gemäßigte Lager“ (Jordanien, Ägypten und Saudi Arabien) wurde durch Reagans und Gemayels Schlappe im Libanon zur Vorsicht gemahnt, wohingegen der Frontstaat Syrien einen unverhofften Gewichtszuwachs im Nahostkonfliktgeschehen verbuchen kann.

Gelitten hat das Stärke-Image Reagans auch in den Augen der NATO-Mitinterventen. Vielleicht auch in Bonn? Die Regierung Kohl wäre gewiß gut beraten, wenn sie ihren militärischen Einstieg im Libanon, Saudi Arabien usw. und die Hilfsdienste für die angloamerikanischen Eingreiftruppen am Golf und in Nahost schleunigst zurücknahme (siehe AIB 2/1984, S.3).

Das Dilemma Libanon zeigt an, daß Interventionszüge der NATO entgleisen können, und auch Schwarzfahrer vom Schläge Thatcher/Kohl mit in den Abgrund reißen. Der Libanon beweist, daß die Reagan'schen Welteroberungspläne keine abgemachte Sache, daß sie aufhaltbar sind.

Das Dilemma Libanon ruft in Erinnerung, daß es ungeachtet des Negativbeispiels Grenada durchaus starke anti-imperialistische Gegenkräfte gibt, die fähig sind, den Interventions-Fanatikern in Washington Einhalt zu gebieten. Gesetzt, sie handeln entschieden und geeint.

## Ivesa Lübben-Pistofidis Rückeroberung Westbeiruts

„Die patriotischen und nationalen Kämpfer haben Westbeirut unter ihre Kontrolle gestellt.“ Das verkündete die Radiostation der mehrheitlich drusischen Progressiven Sozialistischen Partei (PSP) am Abend des 6. Februar d.J.

### Durchbruch der Allianz von...

Schon seit Anfang des Monats lieferte sich die libanesische Armee fast täglich Kämpfe mit den schiitischen Amal-Milizen in den südlichen Vororten von Beirut oder mit den drusischen Milizen Walid Junblats in den angrenzenden Schufbergen.

Die Amal-Milizen, die vom Rechtsanwalt Nabih Berri geführt werden, erhielten den Befehl zum Angriff auf die reguläre libanesische Armee als bekannt wurde, daß die bisher in Westbeirut stationierte 6. Brigade durch andere, bisher in Ostbeirut postierte Einheiten ersetzt werden sollten (siehe nebenstehendes Interview mit N. Berri).

Diese hatten 3 Tage zuvor den südlichen Armengürtel Beiruts 18 Stunden lang unter gnadenlosen Beschuß genommen. Dabei waren Häuser, Schulen, Krankenhäuser und andere zivile Einrichtungen

dem Erdboden gleichgemacht worden. Die Führung von Amal, die bis dahin versucht hatte, zu einer Übereinkunft mit der Regierung unter Amin Gemayel zu kommen, wertete die Angriffe der Armee als Versuch, die Bewohner der Slums, zumeist Arbeiter, Arbeitslose und Flüchtlinge aus dem Südlibanon (siehe den Beitrag von Nora Hassan; d. Red.), zu vertreiben.<sup>1</sup>

Nach den Bombardierungen vom 2. Februar d.J. forderte N. Berri die muslimischen Minister der Regierung Wazzan zum Rücktritt auf. Und er richtete einen Appell an alle Soldaten und Offiziere der libanesischen Armee, der Regierung nicht länger zu folgen und keine Operationen mehr gegen das eigene Volk durchzuführen. Am 5. Februar d.J. reichte Ministerpräsident Wazzan den Rücktritt ein, um einer Regierung der nationalen Einheit Platz zu machen.

### ...Amal und Errettungsfront

In Westbeirut und den südlichen Vororten kam es immer wieder zu Verbrüderungsszenen zwischen Soldaten und oppositionellen Milizen. Die von der Armee über Westbeirut verhängte Ausgangssper-

re konnte faktisch nicht mehr aufrechterhalten werden, da so gut wie alle regulären Armeeeinheiten zur Opposition übergelaufen waren.

Ohnehin stammen überproportional viele der einfachen Soldaten aus den Armesiedlungen Beiruts und sind durch familiäre Bande mit den Milizen der Amal verbunden. Gleichzeitig mit der Eroberung Westbeiruts erging ein Aufruf Raschid Karamés, einer der drei Kopräsidenten der Nationalen Errettungsfront, an die 5.000 im Nordlibanon stationierte Soldaten, sich künftig seinem Kommando zu unterstellen.

Schon während der Kämpfe im September letzten Jahres im Schuf (siehe AIB 11-12/1983, S. 11-17) waren 800 drusische Soldaten unter Führung des Brigadegenerals Nadim Hakim desertiert. Sie hatten sich in die Kaserne der von den Drusen kontrollierten Stadt Hammana zurückgezogen.

Mitte Februar d.J. hat W. Junblat N. Hakim beauftragt, die desertierten Armeeeinheiten zu einer nationalen Armee zu reorganisieren und gleichzeitig mit N. Berri ein gemeinsames militärisches Oberkommando gebildet. Daß dadurch sich das militärisch-politische Gewicht der patriotischen Organisationen noch



Links: Schiitische Amal-Milizen im Barrikadenkampf. Rechts: Ihren Sieg bejubeln Drusen- und Amal-Milizen

weiter erhöht, zeigte deren Eroberung weiterer wichtiger Positionen nahe Beirut an.

Die Opposition hatte lange vor einem solchen Schritt zurückgeschreckt, um nicht durch eine Spaltung der Armee die Spaltung des Landes voranzutreiben. Noch im Januar d.J. hatte W. Junblat die Wiederaufnahme N. Hakims und seiner desertierten Einheiten in die reguläre Armee gefordert. Dabei hatte er jedoch auf politischen Garantien bestanden, die zu einer Neutralisierung der Armee in den innerlibanesischen Auseinandersetzungen hätten führen sollen.

Seitdem die Kolonialmacht Frankreich dem Libanon im Jahr 1943 die Unabhängigkeit gewährte, basierte die „Teile- und Herrsche-Politik“ des Imperialismus im Libanon immer darauf, die 17 verschiedenen moslemischen und christlichen Religionsgemeinschaften gegeneinander auszuspielen.

Anfang 1982 veröffentlichte die zionistische Weltorganisation das Papier eines Oded Yinon, der die Teilung des Libanon in fünf Teilstaaten vorsah.

## Achtteilung des Libanon?

Diese Idee griff der US-amerikanische Nahostunterhändler Rumsfeld im Dezember 1983 wieder auf, als er den Bürgerkriegsparteien die Aufteilung des Landes in acht Kantone entsprechend den Siedlungsgebieten der religiösen Gemeinschaften vorschlug.

Neben der Zentralregierung in Beirut sah der Rumsfeldplan je einen schiitischen Kanton im Südlibanon und in der Bekaa-Ebene, je einen drusischen Kanton im Schuf und um die zentrallibanesischen



Soldaten der Armee ergeben sich



Gemayel in Washington zu Gast bei Reagan

Stadt Aley, einen sunnitischen Kanton um die Stadt Sidon und einen christlichen Kanton im Libanongebirge nördlich von Beirut in dem Gebiet, das heute von den Phalangisten beherrscht wird, vor.

Der Nordlibanon sollte in einen christlichen Kanton in Zghorta und Eden, der Hochburg des Kopräsidenten der Nationalen Errettungsfront, Frangieh, und einen sunnitischen Kanton um die Hafenstadt Tripoli geteilt werden.<sup>2</sup>

Dieser Plan war von der Opposition zurückgewiesen worden, weil er die Teilung des Landes endgültig besiegelt, der ausländischen Intervention und Einmischung Tor und Tür geöffnet hätte.

Spätestens das Auseinanderfallen der libanesischen Armee war offensichtlicher Beweis für das vorläufige Scheitern der Libanonpolitik Washingtons. Noch am 31. Januar d.J. verlautete aus dem US-amerikanischen Verteidigungsministerium, daß man der libanesischen Armee 35 Panzer des Typs M-60 im Wert von 28 Mio DM liefern würde. „Die Lieferungen seien als Teil der Bemühungen Amerikas anzusehen, die libanesischen Streitkräfte besser auszurüsten und ihnen zu helfen, damit die Regierung in Beirut die Souveränität über das gesamte Staatsgebiet wiedererlange.“<sup>3</sup>

## Fehlrechnung Reagans

Nach dem Ende der israelischen Libanon-Invasion (Juni-August 1982; d. Red.) hatten sich die USA durch die Installierung einer proamerikanischen Regierung, durch den Aufbau der libanesischen Armee mit Hilfe von US-Militärberatern und durch die Stationierung von NATO-Truppen die Ausweitung des

militärstrategischen Einflußgebietes im Nahen Osten versprochen.

Durch Druck auf die libanesische Regierung wurde am 17. Mai 1983 in Khalde zwischen Israel und Libanon ein Vertrag abgeschlossen, der in seiner Verwirklichung auf den völligen politischen und militärischen Ausverkauf des Landes an Israel (Wortlaut und Einschätzung in: AIB 7-8/1983, S. 30ff.; d. Red.) hinausgelaufen wäre.

Nach dem Camp-David-Abkommen zwischen Israel und Ägypten vom September 1978 stellte dieser Vertrag einen weiteren Mosaikstein zur Herstellung eines sog. strategischen Konsens' zwischen Israel und der arabischen Welt dar. Dies war in den letzten Jahren ein vorrangiges Ziel der Nahostpolitik der USA durch das sie eine „Befriedung der Region“ zur ungehinderten Durchsetzung ihrer Vorherrschaft zu erreichen suchten.

Zu diesem Zweck wurden auch die Aufgaben der 1982 im Raum Beirut installierten sog. Multinationalen Friedenstruppe ständig ausgeweitet. Ursprünglich waren die Truppen mit dem Ziel stationiert worden, den Abzug der Kämpfer der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) zu garantieren. Dies geschah unter dem Vorwand, die Sicherheit der zurückgebliebenen Zivilisten zu gewährleisten. Später hieß es bei Ronald Reagan: „Sie sollen bei der Stabilisierung des Libanon behilflich sein, bis die fremden Streitkräfte abgezogen sind und die libanesischen Regierung ihr Staatsgebiet wiederhergestellt habe.“<sup>4</sup>

Allerdings standen der Durchsetzung der Hegemonialbestrebungen der USA zwei Faktoren entgegen: Einmal die libanesischen patriotischen Kräfte, die sich gleichermaßen gegen die Hegemonialansprüche der Phalange wie auch gegen den



Damaskus: Protestdemonstration gegen den US-Interventionismus im Libanon

Ausverkauf des Landes durch das libanesisch-israelische Abkommen von Khalde zur Wehr setzten; zum anderen Syrien, das durch die Stationierung amerikanischer Truppen im Libanon und das Abkommen von Khalde eigene Sicherheitsinteressen berührt sah.

Syriens Motive: Die Regierung Assad hat sich immer gegen Separatverhandlungen anderer arabischer Parteien und Israel gewehrt und sich stattdessen für globale Nahostverhandlungen, bei denen auch die besetzten Golanhöhen zur Debatte stünden, eingesetzt. Zum anderen gehört der Libanon durch seine geostrategische Lage sowohl militärstrategisch wie infrastrukturell zur Interessensphäre Syriens. Durch das Abkommen mit Libanon erhielt Israel die Möglichkeit, Truppenkontingente ca. 25 km vor Damaskus zu stationieren – ein nicht unerhebliches Sicherheitsrisiko für Syrien.

Besondere Verärgerung löste in Syrien die Tatsache aus, daß der israelische Truppenabzug vom Abzug syrischer Truppen abhängig gemacht wurde.

Die gemeinsame Ablehnung des Abkommens vom 17. Mai 1983 wurde zum maßgeblichen Anstoßpunkt für eine an politischer Breite bisher einmaligen Widerstandsbewegung im Libanon und zur Grundlage des Bündnisses zwischen libanesischer Oppositionsbewegung und Syrien.

Die Stärke dieser Widerstandsbewegung und Syriens unnachgiebige Opposition gegen das libanesisch-israelische Abkommen von Khalde waren Faktoren, die die Reagan-Administration in ihren strategischen Plänen unterschätzt hatte und die die Reagan'sche Libanonpolitik letztlich in die Sackgasse führten.

Die Konzeptionslosigkeit der US-amerikanischen Politik wird offensichtlich in

den vergeblichen Versuchen, das Bündnis zwischen Syrien und libanesischer Opposition zu spalten. Einerseits versuchten zumindest Teile der US-Administration syrische Sicherheitsinteressen mit ins Spiel zu bringen in der Hoffnung, daß man so Syrien von der Unterstützung der libanesischen Opposition abbringen könnte. Aber der gleichzeitige militärische Druck, die Bombardierung syrischer Stellungen im Libanon durch das US-Schlachtschiff „New Jersey“ und spätestens die im November 1983 mit Israel neu vereinbarte strategische Zusammenarbeit machten die diplomatische Lyrik der USA völlig unglaubwürdig.

Andererseits verstärkten die USA, besonders nach der ersten Runde der Genfer Libanon-Versöhnungskonferenz vom November 1983 (siehe AIB 1/1984, S. 8ff.), den Druck auf das Gemayel-Regime.

Dieses sollte durch Einbeziehung der Opposition in die Regierung, deren soziale Basis erweitern, den Konflikt im Libanon entschärfen und die libanesischer Opposition von Syrien trennen. Allerdings wurde auch hier die militärische Option zur Zerschlagung der Opposition nie aufgegeben.

### Gemayels plötzliche Konzilianz

In diesem Zusammenhang sind die zuweilen konzilianteren Äußerungen des Präsidenten Amin Gemayel zu verstehen, „man könne mit ihm über alles diskutieren“,<sup>5</sup> selbst über die Verfassungsfrage. Dies mündete schließlich in die Verkündung des 8-Punkte-Reformprogramms vom 6. Februar 1984, in dem Gemayel die Wiederaufnahme der Versöhnungsgespräche, die Bildung einer Regierung der nationalen Einheit, die Intensivierung der Beziehungen zu Syrien und einen umfassenden Waffenstillstand ankündigte.<sup>6</sup>

Allerdings warnten führende Oppositionspolitiker wie Walid Junblat oder der Generalsekretär der Libanesischen Kommunistischen Partei, N. Chaoui, vor Illusionen über die Ansichten der Regierung. Sie wiesen darauf hin, daß Gemayel parallel zur Vorbereitung der nächsten Runde der Versöhnungskonferenz eine Armeeoffensive gegen den Schuf und Südbeirut vorbereite, was sich spätestens eine Woche nach Verkündung des 8-Punkte-Programms bewahrheitete. Erstmals seit den Kämpfen vom September 1983 bombardierte die libanesischer Luftwaffe dabei drusische Stellungen.

In einer Frage hat Gemayel allerdings kein grünes Licht seitens der USA erhalten, in der Aufkündigung des Vertrages mit Israel. Gerade der Abschluß dieses



Die 6. US-Flotte bleibt in Reichweite der libanesischen Küste

## Nabih Berri

# Gemayel sollte verschwinden

Nabih Berri ist Vorsitzender der schiitischen Bewegung Amal („Hoffnung“), die 1975 von Imam Mussa Sadr gegründet wurde und heute über eine ca. 10.000 Mann starke Miliz verfügen soll. Berris Bewegung arbeitet, im Unterschied zur fanatischen schiitischen Islamischen Amal Hussein Mussawis (sie spaltete sich Ende 1982 von der Amal-Bewegung ab), eng mit der Nationalen Errettungsfront zusammen. So auf der Genfer Versöhnungskonferenz vom November 1983 (siehe AIB 1/1984, S. 8ff.) und bei der Rückeroberung Westbeiruts Anfang Februar d.J.

In einem Gespräch mit dem Spiegel vom 13.2.1984 forderte N. Berri den Rücktritt von Präsident A. Gemayel und die Überwindung des konfessionellen Verfassungssystems (Nationalpakt von 1943, der eine Vorherrschaft der maronitisch-christlichen Minderheit festschreibt). Er bekannte sich zur Zusammenarbeit mit der Nationalen Errettungsfront bzw. mit deren Präsidenten Walid Junblat und mit Syrien.

Wie diese fordert er den vollständigen Abzug der US-amerikanischen und israelischen Militärkontingente sowie die Aufkündigung des Separatabkommens Libanon-Israel vom Mai 1983.

**FRAGE:** Welche Gründe haben Sie veranlaßt, die Schlacht um Westbeirut auszulösen?

**N. BERRI:** Der unmittelbare Grund war die Absicht der Staatsmacht, die in Westbeirut stationierte 6. Brigade der Armee durch jene zu ersetzen, die drei Tage vorher die südlichen Vororte verwüstet hatte. Als am Montag, dem 6. Februar, gegen 10 Uhr 20 Panzer vorrückten, um in Westbeirut einzuziehen, gaben wir den Befehl zum Kampf.

Dies ist jedoch nur der Auslöser eines wesentlich tiefergehenden Konflikts, der von den südlichen Vororten ausgeht.

**FRAGE:** Warum die südlichen Vororte?

**N. BERRI:** In diesen Vororten vor den Toren Beiruts leben 25% der libanesischen Bevölkerung (ungefähr 700.000 Personen).

Diese Zone ist sicherlich in ihrer großen Mehrheit schiitisch, aber dort wohnt auch eine nicht unwesentliche Anzahl von Christen, besonders in Haret-Hreik – und sie sind noch immer dort – sowie Sunniten und Drusen. Alle diese Leute haben nur eine Gemeinsamkeit: es sind Arme und Mittellose. Die südliche Vorstadt ist andererseits ein Knotenpunkt der Straßen der südlichen Beekaa-Ebene und des Flughafens.

Wir haben den Präsidenten Amin Gemayel nach seiner Wahl aufgefordert, aus den südlichen Vororten ein Modell einer gerechten Verwaltung zu machen. Ich habe alles versucht. Ich habe mich dreimal mit Präsident Gemayel getroffen und ungefähr zehnmal mit seinen Beratern. Ohne Erfolg.

Die durch die Staatsmacht „phalangisierte“ Armee behandelt diese arme Bevölkerung wie das südafrikanische Regime seine Schwarzen.

Die libanesischen Kräfte (Milizen der von den Phalangisten dominierten Libanesischen Front; d. Red.) kamen in die Vororte. Sie eröffneten sogar Büros, namentlich in Borj Barajneh und in Haret-Hreik, und wirkten unter dem Schutz der Armee.

Ich habe dann mit friedlichen Mitteln versucht, die Staatsmacht vor einem solchen Eindringen zu warnen. Man mußte auf jeden



Fall verhindern, daß sich das Drama von Nabaa, einem anderen armen Schiiten-Viertel wiederholt, dessen Einwohner 1976 durch die Phalangisten verjagt wurden. Ich organisierte Versammlungen, hielt Pressekonferenzen ab, alarmierte die Öffentlichkeit. Ohne größeren Erfolg.

Als unsere Milizionäre sich am 2. Februar d.J. der Kirche Mar Mikhael, die von der libanesischen Armee gehalten wurde, bemächtigten – was ich zugeben will, um unnütze Diskussionen zu vermeiden –, erwartete ich einen Gegenangriff der Armee, um diese Position zurückzuerobern und ich akzeptierte dies. Doch nichts dergleichen geschah.

Anstatt zu kämpfen, ließ die Armee die dicht bevölkerten Viertel der südlichen Vororte während 18 Stunden durch 60 Panzer bombardieren. 170.000 Einwohner mußten ihre Häuser verlassen. Das ist ein historisches Verbrechen.

Selbst nach diesem barbarischen Bombardement habe ich nicht den Rücktritt des Präsidenten gefordert. Ich wandte mich an das libanesisches Volk und wies darauf hin, daß unsere maronitischen Brüder eine verantwortliche Haltung einnehmen müßten, um den Präsidentenposten zu behalten, und ich hörte die Rundfunckerklärung von Herrn Gemayel. Aber dieser fand weder ein Wort des Bedauerns noch suchte er Verantwortlichkeiten festzustellen.

Ich schloß daraus, daß ein solcher Präsident unannehmbar ist.

Um trotz alledem die Gesetzlichkeit zu respektieren, wollte ich das Parlament einschalten, indem ich die Reduzierung der Amtszeit von Herrn Gemayel von 6 auf 2 Jahre vorschlug.

Da kein Oberster Gerichtshof besteht, wollte ich die Abgeordneten, die ihn gewählt haben, dazu verpflichten, sich zu einer Verantwortlichkeit für diese Verbrechen zu äußern. Da ich weder selbst Abgeordneter bin noch Einfluß im Parlament habe, weiß ich, daß ich über weniger Trümpfe als Präsident Gemayel verfüge. Aber ich wollte, daß diese Angelegenheit vor eine Art Tribunal der Geschichte kommt, und ich verfügte über keine andere Instanz.

**FRAGE:** Warum war die Schlacht so heftig? Glauben Sie, daß eine Invasion der südlichen Vororte vorbereitet wurde?

**N. BERRI:** Man kann die südlichen Vororte

nicht einnehmen. Es ging darum, die Bewohner zu terrorisieren, um sie zur Flucht zu bewegen und dadurch das soziopolitische Gewicht dieser Bevölkerung, die die Staatsmacht behindert, zu verringern. Sie ist gegen den Konfessionalismus, gegen die Feudalen, die sie im Parlament vertreten, gegen das libanesisch-israelische Abkommen vom 17. Mai 1983, und entschlossen, den Libanon von Süden her zu befreien.

**FRAGE:** Welchen politischen Ausweg aus der Krise sehen Sie angesichts der Tatsache, daß Präsident Gemayel nicht zurücktreten will?

**N. BERRI:** Wir wollen Präsident Gemayel nicht stürzen, aber wir schätzen ein, daß er zurücktreten muß. Um innerhalb der verfassungsmäßigen Formen zu bleiben, nehmen wir Zuflucht zum parlamentarischen Verfahren. Schließlich brauchen die Maroniten nur einen anderen maronitischen Präsidenten zu wählen.

Wir fordern nicht, daß er schiitisch sei, wir sind noch nicht soweit, den Nationalpakt von 1943 in Frage zu stellen. Amin Gemayel benimmt sich noch immer wie ein Mitglied der phalangistischen Partei und vergißt, daß er der Präsident aller Libanesen ist.

**FRAGE:** Es ist also eine Sackgasse?

**N. BERRI:** Ja, wir sind in einer Sackgasse. Und es ist nicht möglich, aus ihr herauszukommen, ohne den Präsidenten zu wechseln. Wir hatten auf der Genfer Konferenz Vorschläge vorgelegt, von denen alle Punkte zur Verhandlung stehen, bis auf zwei: die Abschaffung des libanesisch-israelischen Abkommens und die arabische Identität des Libanon.

Wir lehnen es ab, daß der Libanon, wie es einige Phalangisten oder Mitglieder der Libanesischen Front behaupten, ein christliches Land sei. Aber wir wollen auch nicht, daß er ein moslemisches Land sei.

**FRAGE:** Welcher Natur sind Ihre Beziehungen zu Imam Khomeini?

**N. BERRI:** Im Westen versteht man nicht, daß Khomeini für uns ein verehrungswürdiger Mann und eine große religiöse Autorität ist, ohne daß wir jedoch eine politische Beziehung zu ihm oder zum Iran hätten. Es ist in etwa die gleiche Beziehung wie zwischen einem katholischen Land und dem Papst.

**FRAGE:** Welche Beziehungen haben Sie denn demnach zu Herrn Mussawi, der die schiitischen Extremisten in Baalbek anführt?

**N. BERRI:** Keine. Mussawi wurde zum Zeitpunkt der israelischen Invasion aus der Amal ausgeschlossen, weil er einen christlichen Bischof entführt hatte. Wir haben seitdem keine Beziehungen mehr zu ihm.

**FRAGE:** Über wieviel Kämpfer und über welche Mittel verfügt die Amal?

**N. BERRI:** Ich verfüge nicht über einen Kämpfer und gleichzeitig habe ich 1 Million (im Libanon leben etwa 1 Million Schiiten; d. Red.).

Die Unterstützung des Volkes innerhalb unserer Gemeinschaft ist in der Tat so, daß wir vor Ort die Kämpfer finden, die wir für jede Schlacht brauchen. Wir haben es nicht nötig, unsere Truppen zu bewegen. Unsere Organisation ist in drei Sektoren unterteilt: Beirut, die Vororte eingeschlossen, der Süden und die Bekaa. Die Anzahl unserer Kämpfer ist ein militärisches Geheimnis. (...)

**FRAGE:** Was halten Sie von den multinationalen Streitkräften?

**N. BERRI:** Die multinationalen Streitkräfte wurden durch die Ereignisse überholt. Man muß jetzt versuchen sie durch die „Blauhelme“ der UNO zu ersetzen. (...)

(Quelle: Le Monde, Paris, 16.2.1984)

## Walid Junblat **Yankees geht nach Hause!**



Walid Junblat, Führer der Progressiven Sozialistischen Partei, der drusischen Gemeinschaft im Libanon (rund 400.000) und einer der drei Präsidenten der im Mai 1983 gegründeten Front der Nationalen Errettung, zählt zu den Schlüsselfiguren einer Lösung im kriegsmüden Land der Zedern. Kurz vor der Rückeroberung Westbeiruts durch die libanesischen Opposition im Februar d.J. benannte er die aktuellen Ziele der von ihm repräsentierten Kräfte des libanesischen Widerstands.

### Zur US-Verwicklung im Libanon

Die Vereinigten Staaten haben 1982 die falsche Methode angewandt, als sie mit der Begründung, daß der Libanon eine starke Regierung benötige, die Wahl von Präsident Beshir Gemayel (Phalangeführer, ermordet im September 1982; d. Red.) unterstützten. Aber eine starke Regierung muß das Resultat einer nationalen politischen Lösung sein. Sie kann nicht von den Amerikanern oder Israelis aufgezwungen werden. Darüber hinaus unterstützen die USA und Israel immer noch (den jetzigen Präsidenten) Amin Gemayel und seine Armee.

Die Armee ist wie die Todesschwadronen in El Salvador – sehr ähnlich, ungewöhnlich ähnlich. Schauen Sie sich nur den Report der französischen Kommission für Menschenrechte an, der aussagt, daß seit der israelischen Invasion 1.500 Menschen im Libanon verschwunden sind.

### Zum Verhältnis zu Syrien

Ich spreche nicht für Syrien. Aber ich betrachte das libanesisches und syrisches Volk als ein Volk, eine Nation. Deshalb bin ich mit den Syrern eng verbunden. Und ich bin ein Araber.

### Zur Internationalen Friedenstruppe

Die multinationale Streitmacht verhindert den Konflikt nicht. In Wirklichkeit hilft sie, die Kämpfe auszuweiten.

Vertrages war ja das Hauptanliegen der Reagan-Administration auf dem Weg zur Herstellung eines strategischen Konsens'.

Aber gerade die Aufkündigung dieses Abkommens stellt Hauptforderung Syriens und der libanesischen Opposition dar, welche ihrerseits bei der ersten Runde der Genfer Versöhnungsgespräche vom November 1983 in der Verfassungsfrage zu relativ weitgehenden Zugeständnissen bereit gewesen war.

Je mehr militärische Erfolge die Opposition erzielte, um so größer wurde das

### Zur weiteren Kriegführung

Amin Gemayel, ermutigt durch die Amerikaner, denkt immer noch, es sei möglich, einen militärischen Sieg über seine Opponenten zu erringen. Er versucht, die bewaffnete Volksrebellion gegen seine Regierung zu schwächen, indem er die südlichen, von Schiiten bewohnten Vororte Beiruts und die Drusen-Gebiete in den Schuf-Bergen systematisch zerstört.

### Zu den Friedensbedingungen der Drusen

Wir haben erfolglos versucht, die Regierung Gemayel zu grundlegenden Reformen zu bewegen, darunter zu einer Volkszählung. Eine Volkszählung ist seit 1932 nicht mehr durchgeführt worden. Wir wollen ein Parlament, das gerecht gewählt wird, um dem Volk eine wahre Repräsentation zu geben. Außerdem besteht die Notwendigkeit, den wirtschaftlichen Wohlstand umzuverteilen.

Ich sehe keine Chance für eine Regelung, wenn sie nicht unsere Bedingungen akzeptieren. Warum gibt es zum Beispiel eine Ausgangssperre im (moslemisch dominierten) Westbeirut, nicht aber im (christlichen) Ostbeirut? Warum wird die Presse in Westbeirut zensiert?

### Über die nationalen Versöhnungsgespräche in Genf

Es gibt keine Chance, daß die Gespräche (vom November 1983; d. Red.) fortgeführt werden, solange Gemayel Präsident ist. Er sollte jetzt zurücktreten. Ich bin nicht in der Lage und nicht willens, seine Politik und seine Verbrechen zu akzeptieren.

Ich glaube, daß eine politische Lösung im Moment einfach unmöglich ist. Es gibt zwei gegensätzliche, sich widersprechende politische Richtungen, und es ist unmöglich, sie miteinander auszusöhnen.

### Über die drusische Bestimmung

Unsere Städte und Dörfer sind buchstäblich zerstört. Das tägliche Trommelfeuer trifft etwa 20 von unseren 100 Dörfern. Früher wohnten 250.000 Drusen im Schuf, heute sind es weniger als 100.000. Heute sind die Berge nahezu menschenleer, abgesehen von den Kämpfern.

Aber wir müssen leben. Wir hängen an diesem Land, das Libanon genannt wird. Wir werden unsere Dörfer und Städte verteidigen, und wir werden dafür sterben.

### Über den Kurs, den die USA fahren sollen

Raus aus dem Libanon.  
(Quelle: U.S. News & World Report, Washington, 13.2.1984, S.32)

Gewicht ihrer Forderungen nach Abzug der multinationalen Truppen, Neutralisierung der Armee, Aufhebung der Sondergesetze, Beendigung der phalangistischen Hegemonie und eben nach Aufkündigung des Vertrages mit Israel.

Nun warnte US-Außenminister Shultz den libanesischen Präsident Gemayel eindringlich vor der Kündigung des Vertragswerkes. Es war dies die Reaktion darauf, daß der libanesischer Präsident in seinem 8-Punkte-Programm bereits vorsichtig einräumte, das Abkommen von Khalde sei nicht Ziel seiner Politik. Es sei

nur ein Mittel, um das Ziel, nämlich den Rückzug der Armeen Israels und Syriens aus dem Libanon zu erreichen.

Nach dem neuerlichen militärischen Vormarsch der oppositionellen Milizen – sie eroberten Mitte Februar d.J. die Städte Damour und Mishrif südlich von Beirut – sah sich Gemayel jedoch zur Bekräftigung seines Kompromißangebots gezwungen, um seinen Sturz abzuwenden. Er stimmte am 15. Februar d.J. einem 8-Punkte-Plan Saudi Arabiens zu, der nicht nur die Aufkündigung des Abkommens mit Israel vorsieht, sondern



Mission gescheitert: Abziehende Marines in Beirut

auch die Ersetzung der multinationalen Truppen der vier NATO-Mächte USA, Italien, Großbritannien und Frankreich durch eine UNO-Truppe.

Washington warnte daraufhin die libanesischen Regierung erneut vor einer Aufkündigung des Abkommens. Israel bezeichnete den Schritt Gemayels als „Katastrophe für die Souveränität Libanons“. Man werde eigene Mittel für die Verteidigung seiner Souveränität suchen. Israelische Einheiten griffen seither mehrfach in die Kämpfe ein.

Die libanesischen Opposition erklärte, die Zugeständnisse Gemayels kämen zu

spät, um noch einen Einfluß auf ihr weiteres Vorgehen zu haben. Syrien lehnte den Plan Saudi Arabiens grundsätzlich ab.

Zwar hatte Reagan noch Anfang Februar d.J. gesagt, daß weder Syriens Unnachgiebigkeit noch der Druck des US-Kongresses ihn dazu zwingen könnten, die Marines aus Beirut abzuziehen.<sup>7</sup> Zwar hatte Staatssekretär Eagleburger dem beigepflichtet, da der Rückzug der Marines „ein Sieg des Extremismus bedeuten würde“.<sup>8</sup>

Dennoch kam es nicht ganz überraschend, als Reagan am 8. Februar d.J. anordnete, das amerikanische Kontingent der multinationalen Streitmacht innerhalb eines Monats auf US-Kriegsschiffe vor der libanesischen Küste zu verlegen, womit er auch das Signal für Franzosen, Italiener und Briten gab, ihre Kontingente ebenfalls zurückzuziehen.

### Multinationale Truppe am Ende

Nach den Bombenanschlägen auf das amerikanische Hauptquartier in Beirut im Oktober 1983, bei dem 241 Marines ihr Leben verloren, würden weitere amerikanische Verluste im Libanon Wasser auf die Mühlen der innenpolitischen Kritik Reagan'scher Libanonpolitik bedeuten, die sich der Cowboypräsident gerade im Wahljahr kaum erlauben kann. Zwar sprechen Reagan und US-Verteidigungsminister Weinberger davon, daß sich die USA nicht militärisch aus dem Libanon zurückzögen, sondern ihre Truppen nur 2-3 Meilen weiter westlich neu formieren. Doch kann selbst die erneute Bombardierung schiitischer, syrischer und drusischer Stellungen durch US-Kriegsschiffe nicht über die Sackgasse, in die sich die USA begeben haben, hinwegtäuschen. Durch das blinde Umsichgeschleife werden die politischen Differenzierungsprozesse im Libanon eher vorangetrieben, findet die Forderung Syriens und der libanesischen Opposition nach Abzug der multinationalen Truppen sowohl im Lande selber wie international immer stärkeres Gehör.

Inzwischen hat Frankreich im Welt-sicherheitsrat die Ersetzung der westlichen Truppenkontingente durch UNO-Truppen beantragt – ein offenes Eingeständnis des Scheiterns der „Befriedigungsaktion“. Die libanesische Opposition, Syrien und die Sowjetunion haben dem zugestimmt unter der Voraussetzung, daß an den UNO-Truppen keine Länder beteiligt sein dürfen, die bisher Kontingente der multinationalen Truppen im Libanon gestellt haben.

### Korb der Regierung Shamir

Der Abzug der Marines aus dem Libanon wird auf die gesamte US-Politik im Nahen Osten Auswirkungen haben, zumal der Reagan-Schützling Gemayel trotz anderslautender Berichte aus Washington noch nicht einmal von der Entscheidung des Weißen Hauses im voraus informiert worden war. Das Vorgehen Reagans macht auch den anderen US-hörigen Monarchen und Präsidenten im arabischen Raum deutlich, was sie im Ernstfall von ihrem amerikanischen Protagonisten zu erwarten haben.

Nicht umsonst sieht zum Beispiel Joseph Kraft, der Kommentator der Los Angeles Times, Gefahren für die gesamte Nahostpolitik der USA nach dem Rückzug der Marines:

„Der unmittelbare Verlierer wird die libanesische Regierung unter Amin Gemayel sein, die wahrscheinlich fallen wird. Israel wird einen verheerenden moralischen Schlag einstecken müssen. Gemäßigte arabische Regimes wie Jordanien, Ägypten und Saudi Arabien werden geschwächt werden. Die unmittelbaren Gewinner sind die oppositionellen Moslems aus zwei Gemeinschaften des Libanon, die Drusen und Schiiten. Sie werden unterstützt von dem bedeutendsten Exponenten des radikalen arabischen Nationalismus, des syrischen Präsidenten Hafez Al-Assad.“ Diese Politik sei besonders gefährlich, so Kraft weiter, da ein von den USA unterstützter moderater, antisyrischer Block aus König Hussein, den Saudis, Irak und PLO-Chef Ara-

fat gerade dabei sei, die Wiederaufnahme Ägyptens in die Islamische Konferenz zu betreiben.<sup>9</sup>

Tatsächlich haben die Konzeptionslosigkeit und der überstürzte Rückzug der USA aus dem Libanon auch in Israel Verunsicherung und Verärgerung hervorgerufen. Noch am 23. und 24. Januar d.J. hatten sich hochrangige israelische und US-amerikanische Militärs bei der ersten Sitzung des gemeinsamen militärisch-politischen Komitees auf gemeinsame Operationen gegen die „sowjetische und syrische Bedrohung im Nahen Osten“ geeinigt.

Zwei Wochen später holten sich sowohl die Führung der Phalangisten, die eine Delegation mit der Bitte um verstärkte Waffenlieferungen nach Jerusalem entsandt hatte, wie die Reagan-Administration, die – nach Informationen der israelischen Tageszeitung Ma'ariv – die israelische Regierung aufgefordert hatte, zur Rettung Gemayels militärisch im Libanon zu intervenieren, eine Abfuhr.

Premierminister Shamir und Verteidigungsminister Arens, die selber in ihrem Land mit einer wachsenden Opposition gegen ihr Libanonengagement und zunehmendem Unmut über die sozialen Folgekosten des Krieges konfrontiert sind, forderten ihrerseits die USA auf, sie sollten selber durch verstärkten Beschuß der schiitischen und drusischen Stellungen ein Exempel gegen Syrien statuieren. Mit der Bemerkung, daß für Israel die „Sicherung der Nordgrenze wichtiger sei als der Thron Gemayels“<sup>10</sup>, hat die zionistische Führung deutlich gemacht, daß sie nicht unbegrenzt bereit ist, für Washington die Kohlen aus dem Feuer zu holen.

#### Anmerkungen:

- 1) Le Monde (LM), Paris, 16.2.1984
- 2) Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 2.1.1984
- 3) FAZ, 31.1.1984
- 4) FAZ, 6.12.1983
- 5) LM, 17.1.1984
- 6) LM, 7.2.1984
- 7) International Herald Tribune (IHT), Zürich/Paris, 6.2.1984
- 8) Süddeutsche Zeitung, 4.2.1984
- 9) Zit. nach: IHT, 6.2.1984
- 10) LM, 8.2.1984

# NEU!

## WAR LAB KRIEGLABOR

von Monica Maurer

Der Krieg der USA gegen die Zivilbevölkerung:  
HIROSHIMA...VIETNAM...BEIRUT...



16mm/Video

UNIDOC - FILM  
Braunschweiger Str. 20  
4600 Dortmund 1  
0231 / 81 89 28



Südlibanesischer Alltag: Israelische Besatzungstruppen bei der Verhaftung mutmaßlicher libanesisch-palästinensischer Widerstandskämpfer; Straßenkontrollen allerorts

Nora Hassan

## Aufbegehren gegen die Besatzer

Mit dem Libanon-Kriegszug vom Juni bis September 1982 schien Israels Regierung Begin die „Neuordnung“ des Landes besiegelt zu haben. Auf israelischen Bajonetten wurde das phalangistische Gemayel-Regime inthronisiert. Die USA übernahmen den Aufbau seiner Armee, seine militärisch-wirtschaftliche Stabilisierung im Raum Beirut.

Die israelischen Invasoren hatten nach wochenlangem Beschuß Westbeiruts und der schließlichen Evakuierung der Kämpfer der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) Mitte September 1982 Westbeirut gestürmt. Es folgte das Massaker in den Palästinenserlagern Sabra und Shatila, das sie damals im Verein mit phalangistischen Milizen inszenierten.

Als die Israelis sich im Herbst 1983 aus dem Raum Beirut bis zum Awali-Fluß zurückzogen, hatten sie nicht nur an Gemayels Alleinherrschaft mitgezimmert. Sie hatten diesem auch im libanesisch-israelischen Separatabkommen, das im Mai 1983 in Khalde unterzeichnet wurde, die Errichtung einer „Sicherheitszone“ im Südlibanon abgehandelt, d.h. sich die Okkupation des Landes südens auf Dauer absegnen lassen.

So kam es, daß sich der wachsende Unmut und Widerstand der libanesischen Bevölkerung gegen die Willkürpraktiken der neuen Machthaber gleichermaßen gegen die israelischen Besatzer wie gegen deren phalangistische Sachwalter richten mußte.

Der Volkswiderstand im Raum Beirut nahm ähnliche Züge an wie im Süden, wo das israelische Militär bis heute allein regiert. Er kehrte sich hier wie dort gegen das Abkommen von Khalde, gegen die Besatzungsmacht Israel, das mit ihm

kollaborierende Gemayel-Regime und deren gemeinsame Stütze USA.

Zu Beginn der neuen Ära waren bei Teilen der libanesischen Bevölkerung in Westbeirut wie im Süden, die mehrheitlich aus schiitischen Moslems (rund 450.000, im Gesamtlibanon rund 1 Mio) besteht, Hoffnung und Optimismus aufgekommen, endlich in Ruhe und Frieden leben zu können.

### Phalange – Sachwalter Israels

Die Palästinenser, die man hauptsächlich für die Mißstände und das Chaos verantwortlich machte, hatten keine Macht mehr im Lande. Doch die zurückgebliebene palästinensische Bevölkerung ahnte, daß wieder einmal eine Zeit der Verfolgung und Unterdrückung beginnen würde. Das Massaker von Sabra und Shatila war nur der Anfang.

Die Armee setzte bewußt viele phalangistisch orientierte Soldaten in Gebieten ein, wo der palästinensisch-libanesischen Widerstand und sein Einfluß stark waren, was natürlich zu Konfrontationen zwischen Armee und Bevölkerung führen mußte. Für die Soldaten war zunächst einmal jeder Palästinenser ein schwachgewordener Feind, den es zu demütigen und peinigen galt.

Viele der insgesamt 3,3 Mio Libanesen waren zu Beginn der neuen Ära gegenüber der Regierung Gemayel und ihrer Armee sehr loyal eingestellt. Die Unterdrückung gegen die moslemischen Libanesen war anfangs nur sehr latent spürbar. Erst einmal war alles, was libanesisch war, gut.

Doch es dauerte nicht allzu lange, bis die libanesischen Moslems von den Macht-

habenden sozusagen über einen Kamm geschoren wurden mit den Palästinensern. Nur wer Geld besaß und Beziehungen zur Armee hatte, war davon weniger betroffen.

Die Bevölkerung war praktisch in Klassen eingeteilt worden. An erster Stelle standen die Christen und die den Phalangisten politisch Nahestehenden, an zweiter Stelle die Sunniten, dann die Drusen und Schiiten, und ganz zum Schluß die Palästinenser und sonstige Ausländer. Auch der Unterschied zwischen Ost- und Westbeirut (obwohl ganz Beirut und Umgebung zu „Großbeirut“ vereinigt war), zwischen Christen und Moslem, zwischen Libanesen und Palästinensern trat jeden Tag deutlicher hervor.

### Freiwild Palästinenser...

Das fing an beim Ausstellen von Ausweisen und endete bei dem Vermerk in palästinensischen Reisedokumenten „ohne Rückkehr“. Leute wurden oft wochen- oder monatelang hin und her geschickt (vom Westen in den Osten). Sie wurden zum Kriegsrat der Phalangisten geschleppt, geschlagen und verhörähnlichen Fragen unterworfen, um einen Ausweis zu erhalten.

Daß man – im sichtlichen Zusammenwirken zwischen Regierung und Phalangisten – ähnlich auch mit Libanesen verfuhr, drückte ein betroffener Libanese aus Westbeirut folgendermaßen aus: „Ich bin nicht bereit, dauernd die Füße des Chefs der Inneren Sicherheit zu küssen, nur weil ich einen Reisepaß brauche.“

Für Palästinenser gibt es keine Rechtsanwälte, die sich um die Gefangenen in



den libanesischen Militärgefängnissen kümmern würden. Denn wer sich für diese Gefangenen einsetzt, macht sich selbst verdächtig. So wagen sich fast nur die weiblichen Angehörigen der Gefangenen in die Nähe der Gefängnisse, um nach ihren Angehörigen zu fragen. Zahlreiche Gefangene starben unter der Folter oder wurden verschleppt.

Die Politik der libanesischen Regierung ist auf Unterdrückung und Vertreibung der noch anwesenden palästinensischen Zivilbevölkerung ausgerichtet. Dazu sind fast alle Mittel erlaubt, einschließlich des Abreißens ihrer Häuser bzw. Unterkünfte.

In den in Westbeirut übriggebliebenen palästinensischen Krankenhäusern (Gaza und Akka), die jetzt nur noch recht notdürftig funktionieren, wurden große Medikamentenmengen, die Spenden aus dem Ausland waren, und hochwertige medizinische Apparate konfisziert, um den Krankenhausbetrieb lahmzulegen. Geräte zur Herstellung von Prothesen wurden beschlagnahmt, mit der Begründung: „Es handelt sich um Apparate zur Herstellung von Munition.“

Viele Palästinenser können hier wie im Süden keine Arbeit finden, da ihnen die dazu notwendige Arbeitserlaubnis vom Staat verweigert wird, d.h. sie müssen irgendeine Arbeit als Schwarzarbeiter oder Tagelöhner annehmen.

### ...und arme Moslems

Auch der libanesischen Flüchtlingsbevölkerung aus dem Süden, die seit Jahren (teils seit der israelischen Invasion vom März 1978; d. Red.) in slumähnlichen Zuständen am Rande der Palästinenserlager und in der südlichen Vorstadt Beiruts lebt, ergeht es nicht viel besser.

Viele sind – wie die Palästinenser – mehrmals geflohen und von ihren Heimatorten vertrieben worden. Die meisten trauen sich auch nach dem Krieg nicht mehr zurück in den Süden, weil sie die Verfolgung durch die Israelis oder

deren Helfermilizen fürchten und außerdem dort keine wirtschaftliche Basis mehr besitzen.

Dieser Bevölkerungsteil, die armen Schiiten aus dem Süden, macht neben den Drusen und Sunniten wohl das stärkste Potential der neu erstarkten nationalen Bewegung aus.

Im israelisch besetzten Süden des Libanon sieht die Situation für den größten Teil der Bevölkerung ähnlich trostlos aus. Auch die Schiiten im Süden, die die Israelis bei ihrem Einzug im Juni 1982 willkommen geheißen und sie als die Befreier von den Palästinensern gefeiert hatten, fühlen sie sich heute von ihnen unterdrückt wie nie zuvor. Der Haß gegen die Besatzung nimmt immer stärkere Formen an.

Die Israelis starteten nämlich im Süden systematische Verhaftungsaktionen, mit tatkräftiger Unterstützung der Haddad-Miliz (deren Anführer, der Separatistenmajor Saad Haddad ist, im Januar 1984 verstorben).

Eines der Ziele dieser Verhaftungswellen bei denen Tausende von Unbeteiligten ohne Angabe von Gründen mitgenommen wurden, war es, die Bevölkerung gefügig zu machen. Sie sollte den Eindruck vermittelt bekommen, als ob die israelische Armee allwissend und allmächtig sei.

Die Besatzer suchten auf diesem Wege zugleich, soviel als möglich über die Dörfer, deren Infrastruktur und soziale Verhältnisse zu erfahren. Dabei scheuten sich die israelischen Soldaten auch nicht, sich an Kinder heranzumachen, in der einen Hand die Schokolade, in der anderen das Gewehr, um sie scheinheilig zu fragen: „Bestimmt mögt ihr die Fedayin, euer Vater war doch wohl auch einer?“

### Besatzerarm Nationalgarde

An die Bürgermeister wurden Bögen mit gezielten Fragen über die Angelegenheiten des Dorfes ausgeteilt. Wer sich weigerte, diesen Fragebogen auszufüllen, hatte die Folgen zu tragen. Aber trotzdem weigerten sich die meisten.

Es wurden u.a. folgende Fragen gestellt: Wer hat Landbesitz; Fragen über sonstige Besitzverhältnisse; wer wohnt als Fremder im Dorf; Größenangaben und Zusammensetzung von Familien, deren Anzahl; wieviele Schulen gibt es; wieviele schulpflichtige Kinder, Mädchen, Jungen, schwangere Frauen usw.

Das Bemühen der Israelis, eine schiitische Miliz, die „Nationalgarde“, aufzubauen, fiel jedoch teilweise auf fruchtbaren Boden.

Sie sollte den Einfluß auf die schiitische Bevölkerung erweitern und auch ein Gegengewicht zur christlichen Haddad-Miliz, die in den schiitischen Gebieten

nicht Fuß fassen konnte, schaffen. Da der Süden und seine Bevölkerung seit langem von der Regierung benachteiligt und vernachlässigt wurden, gaben die Milizführer diesen Umstand oft als ihr Motiv für die Kollaboration mit Israel an. Diese Milizen haben keine Eigenständigkeit und sind für die Israelis ein wichtiges Instrument, die libanesischen und palästinensischen Bevölkerung „in Schach“ zu halten.

In den um Saida liegenden Dörfern wie Hilalie oder Abra, in denen sich auch palästinensische Familien angesiedelt hatten, wurden, um die Gegend „von Palästinensern zu reinigen“, in einer Nacht 14 Menschen umgebracht. Am anderen Morgen fand man sie verstümmelt am Lagerrand.

Anderen wurden nachts Zettel an ihre Türen geheftet mit der Aufforderung, ihre Häuser innerhalb 24 Stunden zu verlassen, wenn sie einem ähnlichen Schicksal entgehen wollten.

Das Lager Ain al-Helweh („Süße Quelle“), das in der Nähe Saidas liegt, wurde während des Krieges zu 90% zerstört. Ein Großteil des Lagers wälzten die Israelis mit Bulldozern nieder, um die schreckliche Verwüstung und die Anzahl der liegengeliebenen Toten zu vertuschen.

### Männer aus dem Nichts

Der von Israel gehegte Plan sah vor, im Lager wieder Wohnzelte – made in Israel – aufzustellen, das Schreckgespenst der Flüchtlinge von 1948. Doch er wurde von der Bevölkerung tatkräftig verhindert.

Nachdem ein alter Mann nachts in einem Zelt erfroren war und Zelte vom Sturmregen weggeflogen waren, zerstörten die Menschen im Lager die Zelte mutwillig durch Zerschneiden und Verbrennen. Damit konnten sie durchsetzen, daß der Wiederaufbau des Lagers letztendlich genehmigt wurde. Die zurückgebliebenen Frauen und Kinder haben einen großen Teil des Wiederaufbaus des Lagers selbst geleistet.

Im Lager Rashediyeh, welches in der Nähe der Stadt Tyr liegt, wurde ein Kindergarten geschlossen und die Kindergärtnerinnen verhaftet, weil den Besatzern zu Ohren gekommen war, daß in diesem Kindergarten „noch immer“ patriotische Lieder von den Kindern gesungen wurden.

In Nabatieh, einer südlibanesischen Kleinstadt, in deren Nähe das Gefangenenlager Ansar liegt, richteten die Israelis eigens ein Frauengefängnis ein. Unter den Frauen im Süden kam bald die Redensart auf: „Vielleicht gehe ich bald in Urlaub nach Nabatieh.“ Niemand wußte, wann er an der Reihe war, durch

die israelische Mühle gedreht zu werden. Die Nachricht aus Tyr von der ersten Sprengung des israelischen Militärhauptquartiers im Südlibanon am 13. November 1982, bei der es an die 100 Tote gab, schlug für alle wie eine Bombe ein. Die Phase der Resignation in der Bevölkerung schien sich in Aggressivität verwandelt zu haben.

Dieses Ereignis war nur der Anfang des nachfolgenden Guerillakrieges, der von der Nationalen Widerstandsfront geführt wird (siehe AIB 11-12/1983, S. 16-17; d. Red.). Wer auch immer dahinterstecken mag, man weiß nicht viel darüber, aber man spürt umso mehr davon. Es besteht der Eindruck, daß die Männer des Widerstands, wie sie genannt werden, aus dem Nichts kommen und nach vollendeter Tat wieder ins Nichts verschwinden. Sie greifen die Israelis überall an, zu jeder



Zerstörtes israelisches Hauptquartier in Tyr

nur noch unter bestimmten Bedingungen möglich ist.

Und wehe dem, der einmal aufbegehrt. Er „darf“ dann stundenlang auf der Straße knien, oder er wird durch Bluthunde bedroht, oder man schießt über die Köpfe der Leute hinweg, um sie zu verängstigen und wegzujagen. Auch das Durchstechen der Autoreifen und das Einschlagen von Windschutzscheiben kommt bei solchen Gelegenheiten vor. Reisende, die die Brücke zu Fuß passieren, müssen sich an schweren Panzern vorbei über einen schmalen Pfad jonglieren, der auf der Landseite von Stacheldrahtrollen begrenzt ist und auf der anderen Seite zum Meer hin abfällt. Ausweis- und Taschenkontrollen werden bei Jedermann durchgeführt, selbst bei Angehörigen der libanesischen Armee.

So ist den Palästinensern aus dem Süden zwar das Verlassen des Südens gestattet, aber nicht die Rückkehr dorthin. Wer mit dem Auto reist, hat eine vorherige schriftliche Genehmigung bei den Israelis einzuholen. Dieser Vorgang ist einem Verhör nicht unähnlich, und kostet außerdem noch Geld. Das Abfertigen der Autos kann 2-3 Tage dauern.

Die Sprengung des israelischen Hauptquartiers in Tyr am 4. November 1983, die von einem schiitischen Selbstmordkommando durchgeführt wurde und 61 Tote forderte, war nur eine der vielen, stetig zunehmenden bewaffneten Aktionen des Widerstands im Süden.

Von den damals aus dem Internierungslager Ansar freigelassenen rund 5.000 Gefangenen scheint sich ein Gutteil dem bewaffneten Untergrund angeschlossen zu haben. Seither kam es vor, daß an nur einem Tag sechs Operationen gegen Militäreinrichtungen der Besatzer stattfanden. Allein im Januar 1984 berichteten israelische Stellen von 60 „terroristi-

schen Zwischenfällen“, darunter dem Einsatz von Zeitbomben, Landminen und Granaten.

Die Tatsache, daß die Drusen im Gebirge und die schiitische Amal-Miliz nach dem Krieg vom Sommer 1982 nicht offiziell entwaffnet worden waren, weil sie die Israelis widerstandslos einmarschieren ließen, ist im Nachhinein als beschleunigender Faktor für den Aufstand der Unterdrückten zu werten. Mit der Zunahme des schikanösen Vorgehens der 15.000-30.000 israelischen Besatzungssoldaten hat sich die Unterstützungsbereitschaft im Volk für die Widerstandskämpfer sprunghaft erweitert.

Dazu haben nicht zuletzt vermehrte Repressalien der Okkupanten gegen religiöse Veranstaltungen und geistliche Würdenträger beigetragen. Beispielsweise fuhr in Nabatieh ein israelischer Militärkonvoi im Oktober 1983 mitten in eine schiitische Prozession. Bei den so provozierten Zusammenstößen wurden neun Libanesen verwundet.

Zur Jahreswende 1983/84 verhafteten israelische Militärs zwei führende Geistliche in Saida, den schiitischen Scheich Abdel Rahman Hijazi und den sunnitischen Scheich Moharem Arfeh. Ebenfalls in Saida stürmten israelische Truppen während der Gebetszeit die heiligen Räume von Moscheen — eine Respektlosigkeit, die die Sympathien der Bevölkerung für die Guerilla nur erhöht.

## Zeichen des zivilen Widerstands

Auch dem Aufruf zum zivilen Widerstand, den islamische Geistliche initiierten, wird immer mehr Folge geleistet. Der große Einfluß des Widerstands zeigt sich daran, daß er das öffentliche Leben ganzer Städte und Dörfer lahmzulegen vermag. Aus Protest gegen die israelischen Maßnahmen werden Sitzstreiks in Moscheen, Versammlungen und Demonstrationen abgehalten.

Die Bevölkerung läßt es sich nicht mehr so leicht gefallen, in Schulen und öffentlichen Plätzen zusammengetrieben zu werden, bis ihre Häuser durchsucht sind, oder stundenlang in der glühenden Sonne stehen zu müssen. Sie nimmt auch das tagelange Umzingeln ganzer Dörfer mit begleitender totaler Ausgangssperre nicht mehr widerspruchsfrei hin, welches von den Besatzern in Annahme durchgeführt wird, sie könnten auf diese Weise die Bevölkerung soweit bringen, die eigenen Söhne auszuliefern.

Dieses Aufbegehren des Volkes im Süden wird durch die Rückeroberung Westbeiruts, Damours usw. seitens des nationalen libanesischen Widerstands neuen Auftrieb erfahren. Die israelischen Besatzer gehen noch unruhigeren Zeiten entgegen.



Vor dem Sitz des Militärgouverneurs in Saida: Israelische Militärs zerschlagen eine Protestdemonstration

Zeit und zu jeder günstigen Gelegenheit, die sich ihnen ergibt. Von ihren Aktionen bleiben auch Kollaborateure nicht verschont. Obwohl nach jeder militärischen Operation seitens des Besatzungsregimes eine hysterische Verhaftungs- und Durchsuchungsmaschinerie in Gang gesetzt wird, ist es dabei meist erfolglos. Seit dem israelischen Teiltrückzug bis zum Awali-Fluß (17 Meilen südlich von Beirut) im September 1983 ist die Bevölkerung besonders im Süden wieder neuen Schikanen ausgesetzt. Die Awali-Brücke, einige Kilometer nördlich von Saida gelegen, wurde in eine Grenz-Barrikade verwandelt, deren Überquerung

Interview mit Ali Ajang

# Geordneter Rückzug der Volksfedayin

Am 20. Januar d.J. forderte der Vorsitzende der Revolutionsgerichte der Streitkräfte, Reysshari, alle Mitglieder der Organisation der Volksfedayin des Iran (Mehrheit) (OVFI(M)) auf, sich den Behörden zu stellen. Mit dieser Maßnahme, die einem Verbot gleichkommt, soll jetzt die letzte noch intakte Linksorganisation zerschlagen werden.

Bereits am 4. Mai 1983 war die Tudeh-Partei des Iran für aufgelöst erklärt worden. Über 11.000 ihrer Mitglieder und Sympathisanten wurden seither verhaftet, bislang 13 Tudehis zum Tode verurteilt. Vorgewarnt durch die Repression gegen die Tudeh-Partei, konnten sich die Volksfedayin auf den Angriff gegen ihre Organisation vorbereiten und vermeiden, daß ihre Führung eingekerkert wurde. Anfang Februar d.J. sprach das AIB mit Ali Ajang, Mitglied des Zentralkomitees der Volksfedayin.

**AIB:** Können Sie unseren Lesern kurz Ihre Organisation vorstellen?

**ALI AJANG:** Unsere Organisation wurde in den 60er Jahren durch die Vereini-

gung zweier Guerillagruppen unter Führung von Bijan Djasani und Mass'ud Ahmadzadeh gegründet. Am 9. Februar 1971 griffen bewaffnete Einheiten unserer Organisation einen Stützpunkt der iranischen Gendarmerie im Norden des Landes bei Siahkal an und traten damit zum ersten Mal an die Öffentlichkeit.

Wir setzten unseren Kampf in den folgenden Jahren bis zur Februarrevolution im Jahre 1979 als eine Stadtguerillaorganisation fort. Wir nahmen an der gesamten revolutionären Bewegung von 1978/79 teil und leisteten in den letzten Tagen des bewaffneten Aufstandes einen entscheidenden Beitrag.

Nach der Revolution entwickelten wir uns von einer linksradikalen Guerillagruppe zu einer marxistisch-leninistischen Organisation.

Unsere Positionen stimmen heute in allen Punkten mit den Positionen der Tudeh-Partei des Iran überein. Aus diesem Grund verabschiedete unser Zentralkomitee-Plenum im Sommer 1981 eine Resolution zur organisatorischen Vereinigung mit der Tudeh-Partei.

**AIB:** Der Angriff gegen Ihre Organisation erfolgte dennoch fast ein Jahr nach der Verhaftung der Führung der Tudeh-Partei. Was ist der Grund für diese Verzögerung?

**ALI AJANG:** Das Abwarten der Behörden hatte vor allem taktische Gründe. Sie wollten damit noch einen Rest von pluralistischem Anschein wahren, um den Überraschungseffekt beim späteren Überfall auf die Basis der Tudeh-Partei zu vergrößern.

## Verzögerter Angriff

Zum anderen hoffte die Regierung mit den Schaugeständnissen der gefolterten und gebrochenen Aktivisten der Tudeh-Partei unsere meist sehr jungen Mitglieder zu verwirren und in der Politik der Vereinheitlichung mit der Tudeh-Partei Änderungen hervorzurufen. Wir haben wiederholt die Folterungen der Tudehis verurteilt und die erpreßten Aussagen, das Verbot der Tudeh-Partei und die Schauprozesse für rechtswidrig und ungültig erklärt.

Durch die Verzögerung des Angriffes auf unsere Organisation, konnten wir uns jedoch auf die Repression vorbereiten und unsere Führung und Kader schützen. Trotz krampfhafter Bemühungen blieben deshalb alle Suchaktionen nach Mitgliedern unserer Leitungen erfolglos.

**AIB:** Im April d.J. werden Zwischenwahlen zum Islamischen Parlament stattfinden. Wie verhält sich Ihre Organisation dazu?

**ALI AJANG:** Die Wahlen des Islamischen Parlaments sollen alles in allem die Vorherrschaft der Rechtskräfte, auch im gesetzgebenden Organ der Islamischen Republik, festigen. In den letzten Jahren hatte es mehrmals Auseinandersetzungen zwischen den Abgeordneten des Islamischen Parlaments — sie werden vom Volk gewählt — und dem Wächterrat der Verfassung, dessen Mitglieder von Ayatollah Khomeini bestimmt werden, gegeben.

Der Wächterrat hat das verfassungsmäßige Recht, sämtliche Parlamentsbeschlüsse auf ihre Übereinstimmung mit dem Islam hin zu überprüfen und abzulehnen. Da die Mitglieder des



Massenmeeting der Volksfedayin 1980 in Teheran



Inhaftierte Tudeh-Führer, r. Ex-Generalsekretär Kianuri

Wächterrats alle erzreaktionäre Interessenvertreter der Großgrundbesitzer und der Bazaris sind, lehnten sie natürlich alle progressiven Parlamentsbeschlüsse mit dem Argument ab, sie seien „unislamisch“.

Ayatollah Khomeini, der die meiste Zeit über das Parlament unterstützte, wechselte im letzten Jahr zum Wächterrats über. Er befahl dem Parlament, dem Wächterrats zu gehorchen.

Die Wahlen sollen nun die Kräftekonstellation im Islamischen Parlament derartig verändern, daß keine „Störfälle“ mehr in den gegenseitigen Beziehungen der Machtorgane vorkommen.

### Parlament im Griff des Wächterrats

Die Wahlen finden unter Bedingungen statt, da sämtliche außerparlamentarische oppositionelle Gruppen ausgeschaltet bzw. verboten sind. Die Rechtskräfte – das sind die Islamische Republikanische Partei (IRP), die Zentrale der islamischen Gelehrten in Ghom und einige andere Regierungsorganisationen – bemühen sich eine gemeinsame Liste aufzustellen. Sie versuchen, mit einem glatten Wahlergebnis weiter zur Gleichschaltung der Gesellschaft beizutragen. In einer gemeinsamen Erklärung mit der Tudeh-Partei haben wir der Bevölkerung unsere ablehnende Position zu den Wahlen dargelegt.

**AIB:** 5 Jahre nach dem Sieg der iranischen Revolution scheint Ihr Land wieder zu Zuständen wie unter dem Schah-Regime zurückzukehren. Wie kann diese Entwicklung aufgehalten werden?

**ALI AJANG:** Das iranische Volk hat sich jahrelang für eine Stärkung der Islamischen Republik eingesetzt. Die iranische Führung hat aber während der letzten 2 Jahre gezeigt, daß sie dieser Unterstützung nicht würdig ist.

Sie hat den Krieg gegen den Irak weitergeführt. Sie hat alle Gesetze, die zugunsten der Bevölkerung verabschiedet worden waren, suspendiert. Sie hat den Weg der Annäherung an den Imperialismus gewählt. Und sie versucht, jede gegen diese Politik gerichtete Proteststimme im Keime zu ersticken.

Unsere dringendste Aufgabe ist es deshalb, die politischen und gewerkschaft-

lichen Massenorganisationen zu stärken und Schritt für Schritt den Kampf des Volkes für seine Interessen zu unterstützen.

Solange die Herrschenden die Bereitschaft zeigten, die Revolution zu vertiefen, setzte sich unsere Massenarbeit zum Ziel, eine unabhängige Volksbewegung zur Verteidigung der Revolution und ihrer Errungenschaften aufzubauen. Diese Arbeit stärkte zugleich die Positionen der Kräfte in der Führung, die die Revolution unterstützen.

Heute besitzen diese Personen nicht mehr die Macht, um diese Revolution voranzubringen oder ihren Rückmarsch zu verhindern. Jetzt gilt es, von der Basis her Druck auf die Regierung auszuüben.

Alternative, als sich auf die Kraft ihrer Organisationen zu verlassen und sich zu vereinigen. Um ihren Lebensunterhalt bestreiten zu können, werden die Arbeiter notgedrungen Lohnerhöhungen fordern.

Der Industrieminister der Islamischen Republik mußte vor kurzem, nach einem Besuch in der Industriestadt Ghaswin, selbst zugeben, daß die Arbeiter verstärkt für höhere Löhne einträten und in einigen Fällen ihre Forderungen den Unternehmern „aufgezwungen“ hätten. Während des vergangenen Jahres kam es zu Dutzenden von Streiks. Beispiele dafür sind Warnstreiks im Teheraner Tabakgroßbetrieb im Januar 1984, Arbeitsniederlegungen und Betriebsbeset-



Hinrichtung kurdischer Volksfedayin im Januar 1979

Obwohl der organisatorische Kampf schwer ist, hat die Rolle der politischen, gewerkschaftlichen und sonstigen Organisationen zunehmend an Bedeutung gewonnen.

### Arbeiterstreiks gegen Lohnabbau

**AIB:** Gibt es unter den Arbeitern Anzeichen für eine Gegenwehr?

**ALI AJANG:** Jetzt, da die Herrschenden zur Verteidigung der Interessen der Großkapitalisten übergegangen sind, bleibt der Arbeiterklasse keine andere

zungen im Iran-Rascht-Betrieb (Produzent von elektrischen Haushaltsgeräten mit etwa 2.000 Beschäftigten) im November 1983 und Streiks in der Teheraner Textilfabrik im Herbst 1983.

Unsere Arbeiteraktivisten wissen, daß die Rätebewegung in den verschiedenen Industriezweigen die Fortsetzung der traditionellen, über 40 Jahre alten Gewerkschaftsbewegung Irans ist. Auch nach der Durchsetzung der rechten Politik werden die Arbeiter vor dem Druck der Herrschenden nicht zurückweichen. Sie werden den gewerkschaftlichen Kampf, ganz gleich ob in einem Verband

namens „Rat“ oder „Gewerkschaft“ oder unter jedweder anderen Bezeichnung, fortsetzen.

**AIB:** Auch auf dem Lande werden offenbar die Reformansätze der Revolution rückgängig gemacht. Hat die Bauernbewegung gegen die Angriffe der Großgrundbesitzer überhaupt eine Chance?  
**ALI AJANG:** In den Jahren nach der Revolution konnten die Bauern durch die Bildung von Dorfräten und Räteverbänden, direktes Aufsuchen der Verantwortlichen, Unterschriftensammlungen und durch andere Protestbewegungen ihren Kampf gegen die Großgrundbesitzer verstärken.

Durch selbständiges Handeln an der Basis konnten sie Verschwörungen und



bewaffnete Provokationen der Feudalherren zerschlagen und den Weg für tiefgreifende Umwälzungen im Leben der Dörfer freimachen.

Die Masse der Bauern hat ihr Äußerstes getan, um die Durchführung einer Landreform zu erreichen. Wir unterstützten und unterstützen die Bauern bei der Bildung ihrer Räte und Genossenschaften und bei ihren Aktionen zur Konfiszierung der Ländereien der Großgrundbesitzer.

Seit Mitte des Jahres 1982 haben jedoch alle flüchtigen Leuteschinder, die Großgrundbesitzer und Feudalherren, unter

dem Schutz der „Revolutions“gerichte zum Sturm gegen die Bauern geblasen, um ihnen das Land wegzunehmen. Die Bauern wehrten sich dagegen und wurden gruppenweise durch Helfershelfer der „Khane“ (Großgrundbesitzer; d. Red.), die sie im juristischen Apparat haben, in die Gefängnisse gesteckt.

### Volksfront mit wem?

Die Rückgabe der Ländereien und die Inhaftierung der Bauern haben inzwischen solche Ausmaße erreicht, daß sogar einige Abgeordnete des Islamischen Parlaments ihr Schweigen über diese Willkür gebrochen haben (vgl. AIB 2/1984, S. 35ff.).

**AIB:** Bereits kurz nach der Revolution sprachen Ihre Organisation und die Tudeh-Partei von der Notwendigkeit, eine Volkseinheitsfront zu bilden. Erhalten Sie diese Orientierung aufrecht?

**ALI AJANG:** Aber ja, die Bildung einer Volkseinheitsfront ist heute genauso dringend wie kurz nach der Revolution. Heute hat die Bildung der Volkseinheitsfront zum Ziel, den Widerstand gegen die institutionalisierte Konterrevolution in der Islamischen Republik zu mobilisieren und dem noch vorhandenen revolutionären Potential eine Orientierung zu geben.

**AIB:** Welche Kräfte kämen Ihres Erachtens heute für eine solche Volksfront in Frage?

**ALI AJANG:** Ich meine, daß nach dem jetzigen Stand für diese Front hauptsächlich drei Strömungen in Frage kommen: Die iranischen Kommunisten, das sind die Tudeh-Partei und unsere Organisation, die Organisation der Volksmodjahedin und fortschrittliche moslemische Kräfte, die weiterhin innerhalb und außerhalb des Staatsapparates existieren und nicht hinter der reaktionären Politik der iranischen Führung stehen. Nachdem sich die Herrschaft der Rechtskräfte in Iran durchgesetzt hat, werden unter den Anhängern Ayatollah Khomeinis einige Veränderungen stattfinden.

Die Führung der Islamischen Republik hat ihre Versprechungen an das Volk nicht eingehalten. Die prominentesten Persönlichkeiten der Imam-Linie, allen voran Ayatollah Khomeini höchstpersönlich, haben ihre eigenen Positionen aufgegeben und der Revolution den Rücken gekehrt.

Viele ehrliche Anhänger der Imam-Linie werden sich weigern, den Weg ihrer Führung zu gehen.

**AIB:** Das heißt doch wohl, daß sich innerhalb der islamischen Bewegung und der sie beherrschenden Geistlichkeit eine Strömung, die im Widerspruch zur Khomeini-Linie steht, zu formieren be-

ginnt. Was bewegt diese Kräfte dazu?

**ALI AJANG:** Sie hatten sich die Zukunft ihres Landes anders vorgestellt, aber heute werden sie aus dem gesamten Staatsapparat gesäubert. Und wenn sie sich wehren, werden sie gewaltsam liquidiert.

Die aufrichtigen Anhänger der Imam-Linie müssen sich daher zusammenschließen und mit andersdenkenden revolutionären Kräften zusammenarbeiten. Sie müssen sich auf die breite Masse der Bevölkerung stützen und sich gegen die herrschende Politik offen erheben. Ein großer Teil der wohlhabenden und mittelständischen Bauern, Handwerker, Geschäftsleute und alle, die unter dem Druck des Großkapitals leiden, haben gute Beziehungen zu einem bestimmten Teil der Priester, die im allgemeinen selbst aus diesen Klassen und Schichten stammen.

Diese Priester, die teilweise dem Gesamtapparat der schiitischen Geistlichkeit angehören, bilden zusammen mit Teilen der Aktivisten der Revolutionsorgane der Islamischen Republik eine politische Kraft mit sozialrevolutionärer und anti-imperialistischer Zielsetzung.



Im Pariser Exil: Linksoppositioneller Ayatollah Jalal Ganje'i

**AIB:** Läßt sich diese oppositionelle Strömung innerhalb der Geistlichkeit personell festmachen?

**ALI AJANG:** Zur Zeit finden in allen theologischen Schulen im ganzen Iran intensive politische Diskussionen statt. Ein Teil der Anhänger Khomeinis hat auf



Exilierter Volksmodjahedin-Führer Rajavi

der Grundlage der Lehren der Ayatollahs Motahari und Sadr eine ablehnende Haltung zum Kapitalismus bezogen.

Diese Positionen werden von den konservativen und reaktionären islamischen Gelehrten scharf angegriffen. Die schiitische Geistlichkeit wird in Zukunft von den Widersprüchen, die sich in der ganzen Gesellschaft zuspitzen, beeinflusst werden.

Die Trennungslinie zwischen Volksfreunden und Volksfeinden wird auch durch die Reihen der Geistlichen gehen. Dabei werden die Klassenwidersprüche gegenüber ihren ideologischen Gemeinsamkeiten und ihren gemeinsamen Interessen als Geistliche an sich, Vorrang haben.

**AIB:** Andere antiimperialistische Kräfte, wie die Volksmodjahedin und die kurdische Nationalbewegung, nahmen 1981 bzw. bereits 1979 den bewaffneten Kampf gegen die Islamische Republik auf. Was sind die Ursachen und Resultate dieser Politik? Welche Rolle können diese Kräfte in den nächsten Jahren spielen?

## Vorteile der Volksmodjahedin

**ALI AJANG:** Man kann durchaus sagen, daß die Volksmodjahedin weiterhin als eine machtvolle soziale Strömung bestehen.

Die Existenz der Volksmodjahedin ist vor allem auf bestimmte gesellschaftliche Schichten mit antiimperialistischen und volksverbundenen Tendenzen zurückzuführen. Heute suchen große Teile der Angestellten, der Intellektuellen und viele Handwerker ihre politischen und gesellschaftlichen Ideale in der Lehre Ayatollah Taleghanis und der Organisation der Volksmodjahedin.

Etwa 10 Jahre lang waren die Volksmodjahedin unsere nächsten Verbündeten. Was die Volksmodjahedin dann von uns trennte, war ihre politische Praxis und ihre Einschätzung der Lage des Landes. Die Leitung der Volksmodjahedin bezeichnete die Führung der Islamischen Republik als volksfeindlich und homogen. Auf der Grundlage dieser Analyse und einer maßlosen Selbstüberschätzung nahmen sie den offenen bewaffneten Kampf auf, um selbst an die Macht zu kommen.

Die Führung der Volksmodjahedin glaubte, die Islamische Republik hätte keine Basis unter den Massen mehr, und diese würden sich dem Aufstand anschließen. Außerdem hielt sie die proimperialistische Bourgeoisie für noch zu schwach, als daß sie den inneren Konflikt der Volkskräfte ausnutzen könnte, um sich durchzusetzen. Die Erfahrung der letzten Jahre zeigte aber, daß diese Einschätzung völlig falsch war.

Jetzt hat sich aber der Charakter des Regimes verändert. Damit wird die praktische Politik der Volksmodjahedin andere objektive Auswirkungen haben.

Die ideologischen Kapazitäten der Volksmodjahedin sind wesentlich größer als die aller anderen zersplitterten und potentiell fortschrittlichen moslemischen Strömungen, die in unserem Land existieren. Kein religiöser Dogmatismus verhindert ihr praktisches gesellschaftliches Handeln. Darüber hinaus sind die Volksmodjahedin organisiert, und das ist ein deutlicher Vorteil.

Wir wollen hoffen, daß ihre ideologischen und organisatorischen Vorteile

dazu beitragen, daß sie ihren leeren Platz in der antiimperialistischen Front unseres Landes wieder einnehmen.

**AIB:** Sehen Sie angesichts der veränderten Ausgangslage auch Chancen, zu einer Zusammenarbeit mit der Kurdenbewegung zu gelangen?

**ALI AJANG:** Die nationale Volksbewegung von Kurdistan ist ein fester Bestandteil der gesamten antiimperialistischen und antidiktatorischen Bewegung unseres Landes.

Nach der Revolution führten einige schwerwiegende Fehler von seiten der kurdischen Nationalkräfte und die Engstirnigkeit der Revolutionsführung schon im Frühjahr 1979 zu einem Konflikt. Die Konterrevolution war damals in den örtlichen Sicherheitsorganen und im zentralen Staatsapparat der Islamischen Republik sehr stark vertreten. Sie nutzte die Gelegenheit aus und provozierte einen tragischen Bruderkrieg.

Im Jahre 1980 distanzierte sich unsere Organisation vom Krieg und beschloß trotz aller Schwierigkeiten und Repressalien von seiten der Regierung und einiger unserer Gegner, in Kurdistan nur politisch zu arbeiten. Die Arbeit hat bisher mehrere Dutzend unserer besten Genossen das Leben gekostet.

Das Programm unserer Organisation fordert vollständige kulturelle und administrative Autonomie für Kurdistan. Wir erheben diese Forderung für alle nationalen Minderheiten unseres Landes. Die nationale Bewegung in Kurdistan kann nur im Zusammenhang mit dem revolutionären Kampf aller iranischen Völker siegreich sein.

## Zeitschriftenschau

FORUM entwicklungspolitischer Aktionsgruppen, Nr. 75/1984

Erfahrungsbericht (Filmeinsatz) • „Der gekaufte Sommer“ • Reisen in die Dritte Welt • Fernsehworkshop • BMZ-Filmpolitik • Tourismus – Prostitution – Entwicklung • Termine • BUKO-Konzept • Pharma-Brief • Folgen des Pestizidexports in die Dritte Welt • Tourismusbörse Berlin • Kein Unterschied? • Tiergarten aktiv für Nicaragua • Einige Gedanken und Richtigstellungen • BUKO-KA Protokoll 2.-4.12.1983 • 1 Jahr FORUM • Zeitschriftenschau  
Einzelpreis 3 DM; Abo 36 bzw. 50 DM  
Bezug: FEA-Verlag, Ruhrstr. 14, 4040 Neuss 21

ila-info, Nr. 72/Januar 1984

Schwerpunktthema: „Neuer Mensch“ oder „Realer Sozialismus“? – 25 Jahre kubanische Revolution • Berichte und Hintergründe: Die Niederlage einer Revolution. Interview mit dem ehemaligen Regierungsmitglied aus der NEW JEWEL Bewegung Don Rojas zu den Ereignissen in der Partei, die zum Tod von Maurice Bishop führen sollten • Nicaragua braucht Frieden. Der Leiter der Franziskaner Missionszentrale in Bonn, Pater Andreas Müller, besuchte Nicaragua • Miskito-Region: Achillesferse der sandinistischen Revolution. Ein Bericht zur Affäre um den katholischen Bischof Salvador Schläfer • Peru drei Jahre nach Rückkehr zur Demokratie. Die peruanische Linke zwischen Velasquismus und Senderismus • „Dem Präsidenten geht es gut...“ Kolumbiens Präsident Betancur hat außenpolitisch großes Ansehen gewonnen, die innenpolitischen Probleme sind geblieben • Ländernachrichten: Brasilien, Guatemala, Jamaica • Solidaritätsbewegung: Erste Berichte von den Arbeitsbrigaden für Nicaragua • Nicaragua-Initiativen in der Bundesrepublik • Quo Vadis FPL? • Notizen aus der Bewegung • Buchbesprechung: „Frauen in Lateinamerika – Alltag und Widerstand“ • Zeitschriftenschau  
Einzelpreis 3 DM; Abo 25, 30 bzw. 35 DM  
Bezug: ila, Römerstr. 88, 5300 Bonn 1

epd – Entwicklungspolitik, Nr. 2/1984

Information: Richtlinien für Rüstungsexport • Protektionismus • Exportkredite • Quito-Konferenz • Rohstoff-Fonds • Siebte IDA-Finanzierung • Kontroverse um die „Wende“ • Rheinland: Kirchensteuerermittel • Südafrika-Kodex • USA-Zimbabwe • FNS-Südafrika • SPD – Westsahara • Lohse zur Kritik an Aktion „Hunger durch Überfluß“ • Analyse: Annette Niemeier, Die Fragesteller sind zu befragen • Bernhard Moltmann, Kriege in der Dritten Welt • Herbert Wulf, Durch Rüstungsexporte Unterentwicklung • Michael Brzoska, 9999,029, Die Expansion der Bundesdeutschen Rüstungsexporte • Peter Ripken, Südafrikas Rüstungsautarkie – ein Mythos • Hinweis: Materialien zum Schwerpunkt • Fernsehen • Hörfunk • Veranstaltungen • Dokumentation: Stellungnahme der Gemeinsamen Konferenz • Kirche und Entwicklung zum Hearing • „Rüstung und Entwicklung“ • Liste der Fragen des Hearings • Liste der Befragten Sachverständigen  
Einzelpreis 3 DM; Abo 52,20 DM  
Bezug: epd, Friedrichstr. 2-6, 6000 Frankfurt 1

Informationsdienst Südliches Afrika, Nr. 12/1983

Wohnen in Soweto • „Geordnete Abschiebung“ • „Staatlich verordnete Selbstverwaltung“ • Schwarzer Kapitalismus • Gesundheitsversorgung in Soweto • Die Geschichte der Frau S. • Lehrerfortbildungsprojekt in Soweto • „Die Armee schützt das Volk“ • Verfassung und Widerstand – Die Entstehungsgeschichte der UDF • Zimbabwe: Arbeitsmarktstudie • Aktionen: „Unsere Befreiung erkämpft den Frieden“ • Rezensionen • Zeitschriftenschau  
Einzelpreis 5 DM; Abo 40 DM  
Bezug: ISSA, Blücherstr. 14, 5300 Bonn 1

Rainer Werning

## Marcos zwischen Skylla und Charybdis



Eine von zahlreichen Protestdemonstrationen gegen die Marcos-Diktatur in Manila

In seiner „Odyssee“ hat Homer der Skylla und Charybdis, jenen sich gegenüber stehenden, eine Meerenge bewachenden Ungeheuern, zu zweifelhaftem Ruhm verholfen. Schier unmöglich war es, sich zwischen beiden ungeschoren hindurchzumogeln. Was in der Sage dem Odysseus dennoch glückte, wird dem wenig sagenumwobenen philippinischen Präsidenten Ferdinand E. Marcos allemal mißlingen.

Nirgendwo in Südostasien haben in den verflossenen Monaten dermaßen brisante sozialpolitische wie wirtschaftliche Prozesse eingesetzt wie in diesem fernöstlichen Inselstaat. Ihnen nachzuspüren und sie im Kontext regionaler wie geostrategischer Überlegungen zu untersuchen, ist aus zumindest viererlei Gründen vonnöten.

1. Gleichzeitig mit den Schüssen auf den ehemaligen bürgerlichen Oppositionspolitiker Benigno Aquino (im August 1983; d. Red.) wurde jeglicher Versuch einer friedlichen Übergangsregelung tödlich getroffen.

2. Bewaffneter Widerstand, gekoppelt mit der Stärke einer andernorts in der Dritten Welt ihresgleichen suchenden Friedensbewegung mit betont antiimperialistischem Zuschnitt, hat sprunghaft zugenommen.

3. Die während der Marcos-Ära eingeschlagene Wirtschaftsstrategie export-

orientierten Typs steht vor einem Trümmerfeld, eine Kröte, die Regimes gleicher Couleur früher oder später noch schlucken werden.

4. Schwerlich werden die USA ihre einstige und einzige Kolonie in Asien fallenlassen, welcher nach der 1946 eingeräumten „Flaggenunabhängigkeit“ immerhin neokolonialer Modellcharakter zuerkannt wurde.

### Auszehrkrieg der NPA

Diese vier zentralen innen- wie außenpolitischen Faktoren durchdringen und bedingen sich wechselseitig und bilden zusammengenommen einen sinnvollen Erklärungszusammenhang zum Verständnis der Dynamik momentaner Klassenauseinandersetzungen.

Aquino repräsentierte niemals jene prinzipielle Alternative zu Marcos. Einst selbst Stallgefährte des Präsidenten — beide gehörten bis Mitte der 60er Jahre der Liberalen Partei an —, wurde er in der internationalen Medienberichterstattung vorschnell mit der Gloriette eines eingefleischten Widersachers des Regimes präsentiert.

Zutreffend ist freilich, daß sein achtjähriger „Haftbonus“ ihm dabei zugute kam, als Gallionsfigur des bürgerlichen, auf eine geordnete Marcos-Nachfolge be-

dachten Oppositionslagers zu avancieren. Aus seiner proamerikanischen Haltung hatte Aquino indes niemals ein Hehl gemacht. Ebenso wenig hätte er sich, wie er noch vor seiner Rückkehr aus den USA des öfteren kundtat, einem Arrangement mit Marcos versagt, hätte dieser ihm auch nur eine schmale Marge an politischem Aktionsradius eingeräumt.

Die massiven Proteste nach der kaltschnäuzigen Ermordung Aquinos, an denen sich weit über 1 Mio Menschen beteiligten, waren vorrangig Ausdruck des wachsenden Unbehagens unter den in der Metropole Manila lebenden Mittelschichten. Zudem boten sie Slumwohnern, großen Teilen des sozialökonomisch bedrängten bzw. bereits deklassierten Kleinbürgertums wie noch de facto dem Streikverbot unterworfenen Arbeitern die Möglichkeit, ihrem Widerstand gegen das Regime ein Ventil zu öffnen.

Ohne hier in Spekulationen über Täter und Tatmotive zu schwelgen, unterstrich der Aquino-Mord auf dramatische Weise die These der nunmehr knapp 11 Jahre bestehenden Nationaldemokratischen Front (NDF),<sup>1</sup> daß ein friedlicher Übergang inmitten eines Heeres gezückter Bajonette unmöglich sei. Einschließlich einer Vielzahl paramilitärischer Verbände erfuhr die Stärke des integrierten

Polizei- und Militärapparates seit der Verhängung des Kriegsrechts im September 1972 eine Aufstockung auf ca. 400.000 Mann.

1983 war nach Einschätzung der NDF und bürgerlicher Medien<sup>2</sup> das Jahr, in dem die häufigsten und längsten taktischen Offensiven gegen Regierungstruppen stattfanden.

Im Verlaufe von über 300 taktischen Offensiven gelang der Neuen Volksarmee (NPA) die Erweiterung ihrer Operationsbasis auf 56 der insgesamt 72 Provinzen. 10 Mio Menschen, so wird geschätzt, unterstützen die reichlich 10.000 Kämpfer der NPA aktiv: sei es in Form der Gewährung von Unterschlupf und Verpflegung, in der Übermittlung wichtiger Lokalinformationen oder in der Hilfestellung beim sicheren Ein- und Abzug aus umkämpften Gebieten. Außerdem hat sich ihre Kooperation mit der für Selbstbestimmung eintretenden Moro Nationalen Befreiungsfront (MNLF) im Süden enger gestaltet. In mindestens 15 Provinzen Mindanaos ist die MNLF verankert.

Über die Vergrößerung ihrer Operationsbasis hinaus sind die NPA und die Kommunistische Partei der Philippinen (CPP) um die Konsolidierung bereits von ihnen kontrollierter Gebiete und deren Umwandlung in politisch wie administrativ funktionsfähige Träger volksdemokratischer Macht bemüht. Bedeutsam ist jedoch die vielerorts praktizierte Umsetzung einer den Bedürfnissen der Bevölkerung entsprechenden Politik – wie Senkung erdrückender Pachtabgaben, Ausschaltung berüchtigter „warlords“ (Kriegsherren; d. Red.), Stärkung kooperativer Arbeitsformen – und die Schaffung neuer Rechtsverhältnisse.

Gerade letzteres ist durch internationale

Menschenrechts- und Juristenkommissionen wie durch namhafte philippinische Bürgerrechtler (z.B. Exsenator J.W. Diokno) anerkennend herausgestellt worden. Dies und die tagtägliche Rechtsverhöhnung durch die Militärgerichtsbarkeit und ein rapides Abbröckeln jeglicher Regierungsautorität lassen es als nicht verwunderlich erscheinen, daß Regierungstruppen durch eine Vielzahl dezentral durchgeführter, wiewohl zentral koordinierter Kampfhandlungen in einen Auszehrkrieg verwickelt sind. Der Inselcharakter kommt in diesem Sinne eher der Guerilla denn einer Armee zugute, die schwerfällig operiert und ohne äußere Logistik relativ machtlos ist.

### Massenboykott der Wahlen

Marcos' verbissenes Festhalten am Alleinvertretungsanspruch, offen ausgebrochene Widersprüche im langjährig als monolithisch geltenden politischen Machtzentrum, spektakuläre Erfolge der NDF, eine nunmehr tief in kleinbürgerliche bzw. Mittelschichten hineinwirkende Akzeptanz militanterer Protests, unüberhörbare Kritiken selbst aus Kreisen der nicht mit dem Marcos-Clan liebäugelnden Geschäftswelt und nicht zuletzt die im Hirtenbrief der katholischen Bischofskonferenz Ende November 1983 ausgesprochene Aufforderung an die Militärs, Loyalität nicht gegenüber einem Mann, sondern gegenüber dem Volk zu demonstrieren – all das sind untrügliche Zeichen schroffer gesellschaftlicher Polarisierung auf dem Archipel.

Diese Entwicklungen beeinträchtigen

zuallererst den Manövrier- und Legitimationsspielraum einer so buntscheckigen bürgerlichen Allianz wie der Vereinigten Nationalistischen Demokratischen Organisation (UNIDO), die aus einem Dutzend unterschiedlicher Parteien und stark personalistisch gefärbten Regionalbündnissen zusammengesetzt ist. Um den „Zeitgeist“ einzufangen, ist das von ihrer Führung um Salvador Laurel und Expräsident Diosdado Macapagal über länger Zeit erprobte Ränkespiel, mit Marcos durch ein „nationales Versöhnungsarrangement“ ins Geschäft zu kommen, nicht mehr durchzuhalten. Unter ihren Mitgliedern würde das im gegenwärtigen Stadium ein Grund mehr sein, gleich ins Lager der NDF abzudriften, was teilweise bereits eingetreten ist. Ob beabsichtigt oder nicht, die UNIDO ist in Zugzwang geraten und teils genötigt, sich über die Ablehnung der Person Marcos' hinaus bedingt antiimperialistischer (gegen die im Lande befindlichen US-Basen gerichtete) Zungenschläge zu bedienen.

Die am 27. Januar d.J. veranstaltete Volksabstimmung, durch die nach Darstellung Manilas oppositionellen Kandidaten bessere Wahlkampfchancen (!) bei den für den 14. Mai 1984 anberaumten Wahlen zur Nationalversammlung eingeräumt werden sollten, wurde – trotz der Wahlpflicht – massenhaft boykottiert.<sup>3</sup> Nahezu alle in der UNIDO vereinigten Parteien/Bündnisse neigen gleichermaßen zum Boykott der Mai-Wahlen – bis auf Aquilino Pimentel von der Philippinischen Demokratischen Partei (PDP).<sup>4</sup>

Daß gleich zwei, dazu noch in relativ rascher Abfolge angesetzte Urnengänge dekretiert wurden, offenbart einmal mehr die Bredouille, in welcher das Re-



Slum in Manila

gime steckt. Es versucht sich ihr durch kosmetische Korrekturen — auch und gerade mit Blick auf die Gewährung weiterer Auslandskredite — zu entwinden. 1983 sah das Entstehen mehrerer fortschrittlich-nationalistischer Bündnisse, denen sich Abertausende vormals nicht engagierter oder unorganisierter Filipinos anschlossen. Zu nennen ist da zunächst die Anti-Basen-Koalition (ABC), die sich für die Auflösung der größten außerhalb des nordamerikanischen Kontinents installierten Stützpunkte auf den Inseln und für die Annullierung der Washington einseitig begünstigenden zwischenstaatlichen Militär- und „Sicherheits“-Verträge einsetzt.

Nach dem Aquino-Mord bildete sich die Bürgerrechtsbewegung „Gerechtigkeit für Aquino, Gerechtigkeit für alle“ (JA-JA). Besondere Aufmerksamkeit verdient die im letzten Quartal 1983 geschaffene Nationalistische Allianz für Gerechtigkeit, Freiheit und Demokratie (NAJFD; siehe Kasten), welche ganz explizit die Forderung nach Beseitigung der US-Basen mit dem Sturz der Marcos-Diktatur verknüpft.

### Vom Musterknaben...

Selbst führende, sich dem UNIDO-Spektrum zuordnende Persönlichkeiten wie Lorenzo Tañada, Abraham Sarmiento und Teofisto Guingona haben sich der NAJFD angeschlossen. Ein von ihr ausgerichtetes Volkskongreß wurde von mehreren tausend Vertretern aus sämtlichen gesellschaftlichen Klassen und Schichten besucht.

Durch langwährende imperialistische Beherrschung zu einer eigenständigen Kapitalakkumulation unfähig und aufgrund der hauptsächlich in den USA im Geiste des modernen Kapitalismus ausgebildeten Elite (sog. Technokraten), verfolgten die philippinischen Kompradonen eine den „neuen arbeitsteiligen Verhältnissen“ entsprechende Wirtschaftsstrategie exportorientierten Typs, welche unter sämtlichen Bevölkerungsschichten gleichermaßen Wohlstand erzeugen würde. Insistiert wurde dabei auf ein zumindest zeitweiliges Zurückstellen politischer Aktivitäten/Forderungen, welche gegen diese Strategie wirken könnten. D.h. politische Parteien/Organisationen wurden als sich ihr gegenüber dysfunktional verhaltend eingestuft und — im Sinne dieser Logik — aufgelöst bzw. verboten. Eine entscheidende Komponente zur Durchsetzung dieser Strategie bildete die schrittweise Übertragung politisch-administrativer Aufgaben an die Militärs. Außerdem fiel ihnen die Rolle eines Überwachers von Projekten im infrastrukturellen Bereich zu.<sup>5</sup> Die systematische Öffnung des Landes

## Programm der Nationalistischen Allianz NAJFD

Am 3. und 4. November 1983 fand in Manila die erste Nationalversammlung der Nationalistischen Allianz für Gerechtigkeit, Freiheit und Demokratie (NAJFD) statt. Ihr gehören Einzelpersonen und legale Gruppen aus allen gesellschaftlichen Bereichen an. Auf einem tags darauf von der NAJFD inszenierten Volkskongreß, an dem 30.000 Personen teilnahmen, wurde der Sturz der „US-Marcos-Diktatur“ und die Bildung einer Koalitionsregierung gefordert. Auf ihrer ersten Nationalversammlung beschloß die NAJFD ein Programm, das wir auszugsweise dokumentieren.

Wir behaupten, daß die US-Marcos-Diktatur hauptverantwortlich ist für die Krisensituation im politischen, wirtschaftlichen und sozio-kulturellen Leben unseres Landes. Wir halten fest an den Prinzipien der Demokratie, des Nationalismus und des sozialen Fortschritts.

Unser gemeinsames Ziel ist der Aufbau einer gerechten, unabhängigen, demokratischen und gedeihenden philippinischen Gesellschaft. Zu diesem Zweck verpflichten wir uns, die folgenden dringenden und wesentlichen Aufgaben zu erfüllen:

### Im politischen Bereich

- Für den Sturz der US-Marcos-Diktatur zu arbeiten und für die Errichtung einer Koalitionsregierung zu kämpfen, die auf einem wahrhaft demokratischen und repräsentativen System beruht.
- Gegen alle autokratischen und antidemokratischen Gesetze zu kämpfen, die das Marcos-Regime legitimieren und es zu einer allgemeinen Verletzung der demokratischen Rechte ermächtigen.
- Allen Formen der militärischen und politischen Intervention der USA gegen das Land Widerstand zu leisten.

- Die bedingungslose Freilassung aller politischen Gefangenen zu verlangen.

### Im wirtschaftlichen Bereich

- Die Verstaatlichung der Grundstoffindustrie, die sich im Besitz von US- und anderen ausländischen Eignern befindet, zu fordern.
- Auf den Verzicht aller Auslandskredite zu drängen, die einer echten wirtschaftlichen Entwicklung in Zusammenarbeit mit anderen Entwicklungsländern in ihrem Streben nach einer Neuen Weltwirtschaftsordnung zu schaden.
- Die Forderungen der Bauern nach Senkung der Pachtzinsen, Abschaffung des Wuchers, höheren Preisen für ihre landwirtschaftlichen Produkte und niedrigeren Preisen für landwirtschaftliche Produktionsmittel zu unterstützen; auf ein wirkliches Landreformprogramm hinzuwirken, durch das die Bauern ihren Landanteil ohne oder zu niedrigsten Kosten erhalten; die Förderung der landwirtschaftlichen Kooperation und andere Maßnahmen zur Verbesserung des Lebensstandards der Bauern zu verlangen.

### Im Bereich außenpolitischer Beziehungen

- Für eine unabhängige Außenpolitik und die Entwicklung von Außenbeziehungen auf der Basis der Souveränität, Gleichheit, Nichteinmischung, des Respekts und gegenseitigen Nutzens zu arbeiten; der ausländischen Vorherrschaft, Intervention und Einmischung entgegenzuwirken.
  - Die US-imperialistische Vorherrschaft über die Philippinen zu verurteilen und die Unterstützung anderer Länder und Völker für den Kampf des philippinischen Volkes zu suchen, um sich von dieser Vorherrschaft zu befreien.
  - Für eine Politik der Neutralität und Nichtpaktgebundenheit zu arbeiten.
- (Quelle: Philippinen, Nr. 14, Dezember 1983, S.10)

für das Auslandskapital mit all ihren für die Bevölkerung negativen Folgen (Streikverbot, billige Arbeitskräfte, Fehlen einer Sozialversicherung, Peso-Abwertungen, zügelloser Raubbau an der Natur und dergleichen) hat dem Regime gerade jene Ruinen beschert, die es durch zeitweilige Ansätze einer Anfang 1960 unter Präsident Garcia betriebenen Importsubstitution (Produktion, die Importwaren zu ersetzen sucht; d. Red.) beiseite zu schaffen vorgab.

Erst jetzt ist das Ausmaß verfehlter Marcos'scher Wirtschaftspolitik erkennbar. Die Auslandsverschuldung kletterte von 1972 bis Ende 1983 von 2,2 auf 25 Mrd US-Dollar. Einige Bankiers in Manilas Finanzzentrum Makati beziffern sie gar auf ca. 30 Mrd Dollar.

Die Höhe dieser Verschuldung ist allein noch kein Dilemma. Nur wird ihre Tragweite erkennbar, wenn man sich vergegenwärtigt, daß der Löwenanteil dieser Gelder für gänzlich unproduktive, aufwendige Prestigeobjekte verschwendet worden ist, vorrangig in Manila, wo mittlerweile weit über 2 Mio Menschen die

schäbigsten Slumgebiete Südostasiens (z.B. Tondo) bevölkern.

Desweiteren reichen die erzielten Exporterlöse allein kaum noch zur Begleichung des Schuldendienstes samt Tilgung aus. Nur vorläufig aufgestellten Wirtschaftsanalysen an der Renommieruniversität des Landes, der University of the Philippines, ist zu entnehmen, daß ausländisches — vorwiegend amerikanisches — Kapital pro investierten Dollar mindestens 3,6 Dollar an Gewinn erzielt. Davon werden 2 Dollar gleich außer Landes geschafft, während der Rest reinvestiert wird.

### ...zum Sorgenkind des IMF

Von Juli bis September 1983 verzeichneten die Inseln einen Nettokapitalabfluß in Höhe von 800 Mio Dollar. Und zwischen dem 31. August und November 1983 schrumpften die Währungsreserven auf ganze 430 Mio Dollar,<sup>6</sup> nicht einmal genug, um für einen Monat benötigte Importe zu bezahlen. Das angesehene

Wirtschaftsblatt Far Eastern Economic Review stellte lakonisch fest: „The country ist broke.“ (Das Land ist am Ende)<sup>7</sup>

Premier- und Finanzminister Cesar Virata und Zentralbankgouverneur Jaime Laya bemühten sich auf einer hastig anberaumten Notkonferenz in New York um ein Moratorium. Im Namen der 350 Gläubigerbanken stimmten schließlich die 10 Hauptgläubiger unter Vorsitz der Manufacturers Hanover Trust Co. und der Bank of Tokyo Manilas Gesuch um einen zunächst einmal auf 90 Tage befristeten Zahlungsaufschub zu.<sup>8</sup>

Manila wird unter solchen Bedingungen nichts anderes übrig bleiben, als sich dem Diktat des Internationalen Währungsfonds (IMF) und dem Gläubigerforum der Handelsbanken in Form der „Advisory Group for the Philippines“ (Beratergruppe für die Philippinen) zu beugen. Und das wird – wie bereits in der Ver-

gefallen. Mittlerweile hat auch der Zentralbankgouverneur Jaime Laya seinen Hut nehmen müssen. Sein Nachfolger ist José Fernandez, Chef der Far East Bank and Trust Company und ehemaliger Harvardschüler.

Der einzige, der ungeschoren die politischen und wirtschaftlichen Stürme ohne nennenswerte Blessuren überstand, ist zweifellos Cesar Virata. Noch im Frühjahr 1983 hatte er sich mit Marcos-Intimi und Geschäftsleuten wie Rodolfo Cuenca, Roberto Benedicto, Herminio Disini, Ricarda Silverio und Eduardo Cojuangco – allesamt Leute, welche unter Marcos' Ägide einen ebenso ruchbaren wie kometenhaften Aufstieg nahmen – angelegt und deren gesamtwirtschaftliche Kurzsichtigkeit kritisiert.

Trotz dieser Kritik an der Günstlingswirtschaft blieb Virata im Amt. Als kompetenter Finanz- und Wirtschaftsfachmann genießt er in internationalen Bankkreisen einen guten Ruf. Und wer schlachtet schon gern eine Kuh, welche, wiewohl sie selbst keine Milch gibt, immerhin für deren Beschaffung sorgt...

### Neuaufgabe eines Vietnam?

Egal wer unmittelbarer Marcos-Nachfolger sein wird, Virata wird voraussichtlich eine Schlüsselposition beibehalten.

Eine Machtübernahme durch das Militär ist wahrscheinlich, obgleich in ihm heute unterschwellig nur persönliche Feindseligkeiten rasch in offene Fraktionskämpfe umschlagen können. Die andere, wohlverstandene kurz- bis mittelfristige Variante bestünde im Aufbau eines von Washington absegneten Politikers aus dem UNIDO-Spektrum. Dies scheint auch verstärkt ins Kalkül der Ende 1983 geschaffenen „Special Inter-Agency Task Force for the Philippines“ – zusammengesetzt aus Repräsentanten des CIA, des State Department (US-Außenministerium) und dem Schatzamt – gezogen zu werden.

Beide skizzierten Alternativen kämen, sofern die eine oder die andere realisiert würde, den Vorstellungen der USA entgegen. Als sicher gilt indes, daß Marcos nicht länger mehr das Pferd ist, auf dem sich gut reiten läßt.

Allein ein sämtlichen diplomatischen Gepflogenheiten widersprechendes Gebahren, wie es Michael Armacost, derzeit akkreditierter US-Botschafter in Manila, wiederholt an den Tag legte, ist ein unübersehbarer Wink mit dem Zaunpfahl: Mehrmals nämlich schlug er Einladungen in den Präsidentenpalast Malacañang aus und zog stattdessen Treffen mit bürgerlichen Oppositionspolitikern vor.<sup>11</sup>

Eine in amerikanischen Augen „radikale Option“ würde Washington gegenwärtig nicht dulden. Dafür steht zuviel auf dem

Spiel, vor allem die als unverzichtbar eingestuften Flotten- und Luftwaffenstützpunkte in Subic bzw. Clark.

Admiral Robert L.J. Long, Oberbefehlshaber der US-Pazifikflotte, ließ sich darüber am 16. Juni 1983 in einem 21seitigen Statement wie folgt aus:

„Der Ausgangspunkt jeglicher Diskussion über die strategische Bedeutung der US-Militäranlagen in den Philippinen muß in der Prüfung der US-Interessen in der Region Asien-Pazifik liegen... Die Philippinen liegen quer zu den lebenswichtigen See- und Luftwegen des westlichen Pazifik und den Toren zum Indischen Ozean... Die US-Streitkräfte in den Philippinen sind ideal stationiert, um den USA höchstmögliche Flexibilität in der Reaktion auf Krisen in diesem Teil der Welt zu gewähren... Für die Vereinigten Staaten macht die qualitativ und quantitativ ständig wachsende sowjetische Bedrohung eine realistische und globale Fähigkeit zur Kriegführung erforderlich... Für die Vereinigten Staaten bedeutet dies, daß wir starke, ausgewogene, vorn-stationierte Streitkräfte brauchen, die über genügend Spielraum und Substanz verfügen, unsere Verbündeten unseres Engagements zu versichern, Konflikte abzuschrecken und schnell zu reagieren.“<sup>12</sup>

Eben ein solcher – zudem noch sehr enger – Verbündeter sind die Philippinen. Wie unheilvoll ein solcher Status sein kann, haben in der Region Regimes wie Nguyen Van Thieu und Park Chung Hees am eigenen Leib erfahren...

### Anmerkungen:

- 1) Siehe: AIB 7-8/1983, S. 48ff.
- 2) Siehe: The Filipino People's Struggle for Independence and Democracy: Philippine Situationer, von Luis Jalandoni, Utrecht, 19. November 1983, 12 S. Der Autor ist internationaler Vertreter und Sprecher der NDF.
- 3) Vgl. International Herald Tribune, Paris/Zürich, 25. und 26.1.1984 sowie Neue Zürcher Zeitung, Zürich, 28./29.1.1984
- 4) Ebenda und Who Magazine, Manila, 2.11.1983, S. 11 und 18
- 5) Siehe ausführlich: R. Werning, US-Imperialismus auf den Philippinen: der Mindanao-Konflikt, WURF Verlag, Münster, November 1983, 240 S.
- 6) Vgl. Far Eastern Economic Review (Hrsg.), Asia 1984 Yearbook, Hongkong, S. 251.
- 7) Ebenda
- 8) Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 17.10.1983
- 9) Siehe dazu: Walden Bello/David Kinley/Elaine Elinson, Development Debauch: The World Bank in the Philippines, San Francisco 1982, 256 S.
- 10) FAZ, a.a.O.
- 11) Newsweek, New York, 30.1.1984, S. 36
- 12) Zit. nach: Philippinen-Rundbrief, Polch, Nr. 13/Okttober 1983, S. 3f. Gekürzte Übersetzung des Statement by Admiral Robert L.J. Long, USN, Commander in Chief, Pacific, before the House Foreign Affairs Subcommittee on Asian and Pacific Affairs on the Philippines, Washington, 16.6.1983, 21 S.



Dafür ist Geld da: Fast 20 Meter hohes Marcos-Monument

gangenheit<sup>9</sup> – auf eine Austeritätspolitik (Sparprogramm; d. Red.) ärgsten Zuschnitts hinauslaufen.

Massive Einschnitte im Haushaltsbudget, drastische Kürzungen im Sozial- und Gesundheitsbereich, Lohnkürzungen und Verteuerung der meisten lebensnotwendigen Produkte werden die Folge sein. Schon heute beziffert das Regime die Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung allein in Manila auf 30% – eine reichlich kühne Untertreibung.<sup>10</sup>

Die von Marcos einst großspurig verkündete Inangriffnahme des Baus von über 10 industriellen Großkomplexen, durch die das Land endgültig auf die nach internationalem Maßstab getrimmten „Entwicklungs“gleise gehievt werden sollte, ist selbstredend dem Rotstift zum Opfer

Lothar A. Heinrich

# Das verhinderte Sahara-Referendum

Im vergangenen Jahr sind in der Frage der seit Ende 1975 von marokkanischen Truppen besetzten ehemaligen spanischen Westsahara, für deren Unabhängigkeit die Frente POLISARIO (Front zur Befreiung von Saguia el-Hamra und Rio de Oro, gegründet 1973; d. Red.) kämpft, mehrere Faktoren eingetreten, die Hoffnungen auf eine bevorstehende Lösung des Konfliktes, und das heißt insbesondere auf eine einsichtiger marokkanische Haltung, erzeugt haben.

Dazu gehört zum einen das überraschende Treffen zwischen Marokkos König Hassan II. und Algeriens Staatspräsident Chadli Benjedid am 26.2.1983.

Dieses Treffen scheint von algerischer Seite her im Rahmen erneuter Bemühungen um die schrittweise Schaffung eines vereinigten Maghreb gesehen worden zu sein. Die Lösung alter Grenzprobleme zwischen Algerien einerseits und Tunesien und Mauretanien andererseits sowie die vertragliche Fixierung einer intensivierten wirtschaftlichen und politischen Zusammenarbeit zwischen diesen drei Ländern des arabischen Maghreb sind Bestandteile dieser Politik, die nicht zuletzt durch das Abrücken des Chadli-Regimes vom ostentativen „Antiimperialismus“ Algeriens zur Zeit Boumediènes (1965-78) ermöglicht wurde.

### OAU-Initiative abgeblockt

Wie es scheint, wurde der marokkanischen Seite bei diesem Treffen die Lösung des Sahara-Problems in einem gesamt-maghrebinischen Rahmen angeboten. Die Einbeziehung Marokkos in eine entsprechende Wirtschaftsgemeinschaft könnte eine Grundlage für die Lösung des einen oder anderen Problems dieses wirtschaftlich stark angeschlagenen Landes sein. Die Voraussetzung dafür wäre jedoch eine befriedigende Lösung des Sahara-Konfliktes, d.h. die Beendigung des seit der marokkanischen Invasion (1975; d. Red.) andauernden Krieges.

Die Organisation für Afrikanische Einheit (OAU), deren 51. Mitgliedsstaat die

Ende Februar 1976 von der Frente POLISARIO ausgerufene Demokratische Arabische Republik Sahara (DARS) ist, hatte Anfang Juni 1983 auf ihrem Gipfeltreffen in Addis Abeba den Weg zur Lösung aufgezeigt.

Sie hatte ein Referendum bis spätestens zum 31.12.1983 empfohlen und erstmals Marokko und die POLISARIO – und nicht etwa Algerien – als die Konfliktparteien bezeichnet, die dieses Referendum über den zukünftigen Status der Westsahara durch einen zwischen ihnen zuvor auszuhandelnden Waffenstillstand ermöglichen müßten.

Um zu verhindern, daß die DARS ihren Sitz in der OAU einnahm, akzeptierte auch die marokkanische Delegation diese Resolution, obwohl sie bis dahin darauf bestanden hatte, die POLISARIO als algerische, libysche oder gegebenenfalls auch sowjetische Söldnerbande zu bezeichnen. Daß das marokkanische Regime nicht daran gehindert hat, schon früher – allerdings ergebnislos – Geheimverhandlungen mit der POLISARIO zu führen, steht auf einem anderen Blatt.

Das marokkanische Regime hatte schon mehrfach gezeigt, daß es zu allen möglichen Versprechen bereit ist, um Zeit zu gewinnen und eine wirkliche Lösung des Problems zu verhindern. Es hatte gezeigt, daß es diese Versprechen immer wieder zu brechen bereit ist – so auch die schon zwei Jahre zuvor von König Hassan II. selbst der OAU gegenüber abgegebene Zusage, ein Referendum in der Westsahara durchzuführen.

Kaum war seine Delegation aus Addis Abeba zurückgekehrt, erklärte der König am 8. Juli 1983, daß nichts Marokko zwingen könne, der POLISARIO die Westsahara „auf einem goldenen Tablett“ zu servieren, selbst wenn das Referendum eine Mehrheit für die Unabhängigkeit ergebe. Schließlich weigerte er sich sogar, die direkten Verhandlungen mit der von ihm wieder als „Söldnerhaufen“ beschimpften POLISARIO fortzuführen.

Dennoch ließ die Reihe der marokkani-

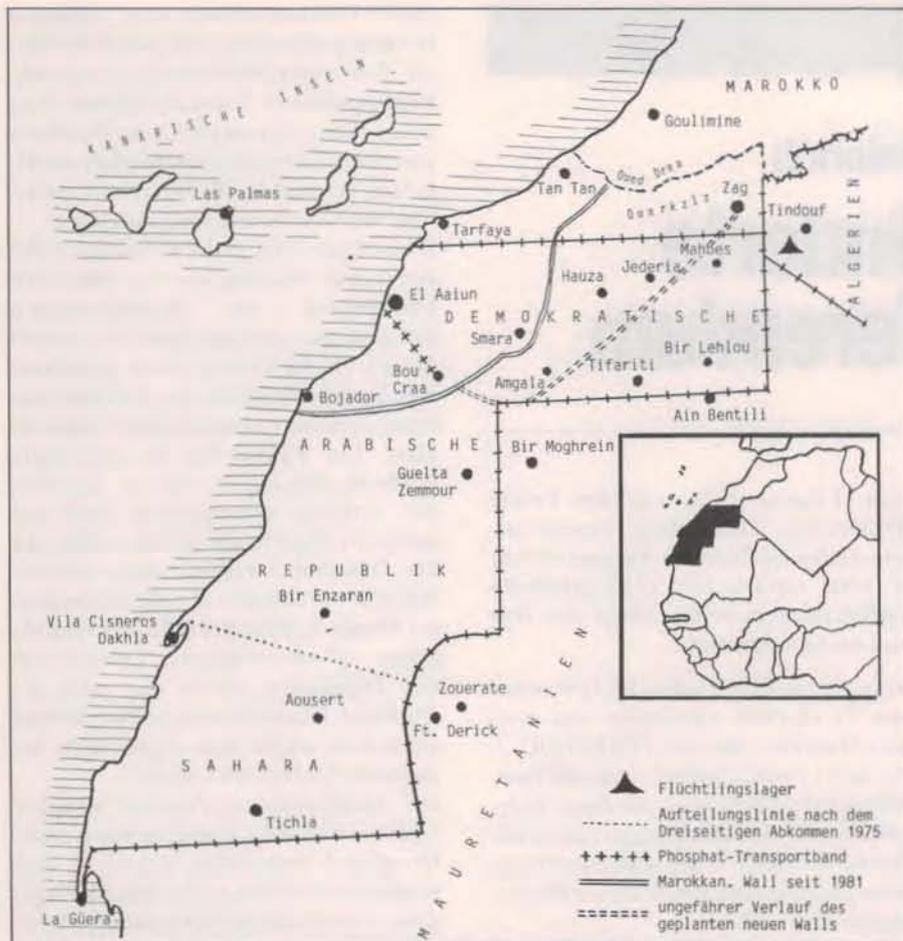
schen Positionsverluste eine schwache Hoffnung darauf zu, daß es sich bei diesen Tönen des Monarchen um eine taktisch eingesetzte Unnachgiebigkeit handeln könne, die eine politische Wende zu gegebener Zeit nicht ausschließen würde. In der Tat hat die diplomatische Isolierung Marokkos weiter zugenommen.

Schon Ende 1982 hatte sich König Fahd von Saudi Arabien, das bis dahin den Löwenanteil der marokkanischen Kriegskosten getragen hatte, bei seinem Besuch in Algerien in einem gemeinsamen Kommuniqué für das Selbstbestimmungsrecht des sahrauischen Volkes erklärt. Ein Faktor für die veränderte saudische Haltung ist wohl die Tatsache, daß sinkende Öleinnahmen 1983 die saudische Regierung erstmals seit Beginn des Ölbooms zwingen, einen Defizit-haushalt vorzulegen. Wie die International Herald Tribune am 6.7.1983 schrieb, gehen US-amerikanische Finanzkreise und Diplomaten davon aus, „daß die saudische Finanzhilfe für andere Länder abnehmen werde und damit auch der regionale Einfluß des Landes“.

Die Annäherung an Algerien bewirkte auch bei Tunesien, einem anderen traditionellen Verbündeten Marokkos, eine veränderte Haltung in der Sahara-Frage. Zwei weitere afrikanische Länder, Senegal und die Demokratische Republik Guinea, die bis dahin die aktivsten Pro-



Marokkanische Besatzer in der Westsahara



## Westsahara-Resolution der 38. UN-Vollversammlung

Am 17.11.1983 nahm die 38. Vollversammlung der Vereinten Nationen einstimmig folgende Resolution zum Westsaharakonflikt an:

Die Vollversammlung

1. nimmt den Bericht des Durchführungskomitees der OAU zur Westsahara zur Kenntnis.
2. fordert die Konfliktparteien, das Königreich Marokko und die Frente POLISARIO, auf, direkte Verhandlungen aufzunehmen, um zu einem Waffenstillstand zu gelangen, der die notwendigen Bedingungen für ein friedliches und gerechtes Referendum im Hinblick auf die Selbstbestimmung des Volkes der Westsahara schafft. Das Referendum soll ohne jegliche militärische oder administrative Einschränkung unter der Schirmherrschaft der OAU und der UNO stattfinden. Die Vollversammlung bittet das Durchführungskomitee, die Einhaltung des Waffenstillstandes zu überwachen.
3. ersucht das Durchführungskomitee, sich so schnell wie möglich und in Abstimmung mit den Konfliktparteien zu treffen, um die Modalitäten und andere wichtige Details im Hinblick auf die Durchführung des Waffenstillstandes und der Organisation des Referendums im Dezember 1983 festzulegen.
4. bittet die Vereinten Nationen, Sicherheitskräfte in die Westsahara zu entsenden, um den Frieden und die Sicherheit während der Organisation des Referendums zu garantieren.
5. beauftragt das Durchführungskomitee, in Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um die korrekte Durchführung dieser Resolution sicherzustellen.

6. bittet das Durchführungskomitee, der 20. OAU-Gipfelkonferenz der Staats- und Regierungschefs die Ergebnisse des Referendums mitzuteilen, um der 20. Gipfelkonferenz eine abschließende Entscheidung über die Westsahara-Frage zu ermöglichen.
7. beschließt, sich weiterhin mit der Westsahara-Frage zu befassen.
8. bittet das Durchführungskomitee im Rahmen seines Mandats, die Verhandlungsprotokolle der 18. und 19. ordentlichen Sitzungen der OAU über die Westsahara zu berücksichtigen und ersucht den Generalsekretär der OAU, dem Komitee alle entsprechenden Verhandlungsprotokolle zur Verfügung zu stellen.
9. begrüßt die konstruktive Haltung der sahraischen Führung, die durch ihren freiwilligen und vorübergehenden Rückzug das 19. Gipfeltreffen ermöglicht hat.
10. bittet den UN-Generalsekretär, die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um eine effektive Teilnahme der Vereinten Nationen bei der Organisation und der Durchführung des Referendums sicherzustellen und darüber der Vollversammlung und dem Sicherheitsrat Bericht zu erstatten, einschließlich der Maßnahmen, die eine Entscheidung des Sicherheitsrates erfordern.
11. bittet den UN-Generalsekretär eindringlich, eng mit dem OAU-Generalsekretär zusammenzuarbeiten, um die Umsetzung der entsprechenden Beschlüsse sowohl der OAU als auch dieser Resolution sicherzustellen.
12. bittet das Komitee für die Entkolonialisierung, weiterhin die Situation in der Westsahara als vordringliche Frage zu behandeln und der Vollversammlung anlässlich ihrer 39. Sitzung darüber Bericht zu erstatten." (Quelle: Sahara-Info, Nr. 1/1984, S. 3-4)

pagandisten der marokkanischen Position auf dem afrikanischen Kontinent waren, begannen ebenfalls, einen neuen Kurs einzuschlagen.

Der Senegal, der unter Präsident Diouf ohnehin bereits Abschied von der militanten prowestlichen Außenpolitik seines Vorgängers Léopold Senghor genommen hatte, unterstützte nunmehr ausdrücklich die Sahara-Resolution der OAU in allen Teilen.

Die zumindest neutralere Haltung Guineas rührt wesentlich daher, daß dieses Land das nächste OAU-Gipfeltreffen ausrichten will und Präsident Sékou Touré im Falle einer allzu offenen Unterstützung für die fortgesetzte marokkanische Verletzung der OAU-Resolutionen diesen Gipfel der Gefahr eines Boykotts durch die Mehrheit der Mitgliederstaaten, die die DARS anerkannt haben, aussetzen würde. Ihm könnte mit umgekehrten Vorzeichen dasselbe passieren wie zuvor Oberst Gaddafi, der durch das promarokkanische Lager und einige von den USA bestochene Regimes um die OAU-Präsidentschaft gebracht wurde.

Eine Zeitlang schien es sogar, als ob sich die USA, die offiziell noch immer behaupten, die marokkanische Souveränität über die Westsahara nicht anzuerkennen, vom marokkanischen Sahara-Abenteuer absetzen wollten. Auf der einen Seite besuchte am 14.9.1983 US-Vizepräsident Bush als erster Vizepräsident der USA Algerien, lobte die „wirkliche Blockfreiheit“ des Landes und sprach von einer „wachsenden Freundschaft zwischen beiden Ländern“.

Anfang Juni 1983 hatten die USA andererseits gedroht, alle Wirtschafts- und Militärhilfe einzustellen, falls Marokko seine Zinsschulden von über 10 Mio US-Dollar nicht bis zum 15.6.1983 begleiche. Die rein taktische Annäherung Libyens an Marokko und die damit verbundene Beendigung der militärischen Unterstützung Libyens für die POLISARIO stellt kaum ein Gegengewicht zu diesen marokkanischen Positionsverlusten dar. Inzwischen hat sich jedoch herausgestellt, daß sich vor allem die Position der imperialistischen Staaten – der USA in erster Linie, aber auch die des sozialimperialistischen Frankreich – nicht wirklich in diesem Sinn verändert hat.

Schon vor Jahresende zeichnete sich ab, daß Marokko nicht daran denkt, die OAU-Resolution, die im übrigen am 17.11.1983 einstimmig von der UNO-Vollversammlung unterstützt wurde (siehe Kasten), zu beachten. Das Referendum fand also auch bis zum 31.12.1983 nicht statt, und es sollte verwundern, wenn Marokko seine Ankündigung wahr machen würde, es vor dem nächsten OAU-Gipfel in diesem Jahr zu organisie-

ren. Ohne die Einbeziehung der Frente POLISARIO wird es ohnehin keine Anerkennung finden.

Statt sich zu einer friedlichen Lösung durchzuringen, hat das marokkanische Regime abermals auf die militärische Karte gesetzt.

Nachdem die POLISARIO zunächst Mitte Juli 1983 eine Großoffensive in der Region Lemsyed in Südmarokko durchgeführt und sodann ab Anfang September 1983 eine weitere Großoffensive gegen den Smara vorgelagerten Abschnitt des (mit US-Hilfe erbauten) Befestigungswalles um das „nützliche Dreieck“ der Westsahara hatte folgen lassen, begann die marokkanische Besatzungsarmee Ende vergangenen Jahres eine ihrer größten Gegenoffensiven in der achtjährigen Geschichte des Krieges.

### Neubelebung des Krieges

Etwa 25.000 Mann verließen die Befestigungsanlagen, hinter die sie sich seit 1981 zurückgezogen hatten, in der Nähe der Phosphatlagerstätten von Bou Craa. Sie marschierten östlich in Richtung Amgala in dem schon seit Jahren von der Frente POLISARIO befreiten Gebiet der DARS. Die verlustreichen Kämpfe in der Region dauerten Ende Januar 1984 an. Das Ziel des marokkanischen Ausbruchs ist offensichtlich die militärische Absicherung eines neuen Projektes. Eine zweite Befestigungsmauer soll von der ersten Mauer in der Höhe von Bou Craa aus zur mauretanischen Grenze und von dort östlich an Amgala vorbei bis nach Zag im südmarokkanischen Djebel Ouarkiz hoch gebaut werden. Die „Sahraouische Volksbefreiungsarmee“ wäre dann gezwungen, über mauretanisches Territorium zu gehen, um vom nördlichen in den südlichen Teil der DARS und umgekehrt zu gelangen.

Das politische Ziel des Vorhabens scheint eine verstärkte Internationalisierung des Konfliktes und die Schaffung eines Vorwandes für die Beseitigung des mauretanischen Regimes zu sein, das die Anerkennung der DARS für den Fall angekündigt hat, daß Marokko bis Ende 1983 kein Referendum durchführt.

Diese Politik des wirtschaftlich bankrotten und – wie die blutig unterdrückten Unruhen vom Januar 1984 zeigen (siehe Kasten) – von der eigenen Bevölkerung zunehmend abgelehnten marokkanischen Regimes wäre ohne die fortgesetzte Unterstützung durch die USA und Frankreich nicht möglich.

Die offene militärische Unterstützung durch die USA begann vor 3 Jahren. Sie betrifft allerdings keineswegs ausschließlich den Westsaharakonflikt, sondern dient dazu, Marokko zu einem wichtigen Brückenkopf der USA für ihre militäri-

## „Aufbruch“ in Hassans Königreich

Frisch getünchte Häuserwände verbergen Einschüsse und Brandschäden. Arbeitsbrigaden sind beschäftigt, die Spuren der Unruhen vom Januar d.J. in Marokko zu beseitigen.

Ähnlich wie zuvor das tunesische Staatsoberhaupt Bourguiba (siehe AIB 2/1984, S. 21ff.), so sah sich auch König Hassan II. von Marokko gezwungen, die Aufstandsaktionen zunächst durch Zugeständnisse zu befrieden.

In einer fünfminütigen Fernsehansprache am 22. Januar, machte der Monarch zwar eine „Verschwörung professioneller Marxisten, Zionisten und Agitatoren Khomeinis“ (Time, 6.2.1984) für die sozialen Proteste in seinem Land verantwortlich, doch hob er die geplanten Preiserhöhungen auf.

Auslöser für die Unruhen waren die spürbaren Verschlechterungen der Lebensbedingungen. Nachdem bereits im August 1983 die Preise für Grundnahrungsmittel und Brennstoffe angestiegen waren, hatte König Hassan Ende Dezember 1983 erneut Preiserhöhungen angekündigt. Die Preise für Zucker waren um 18%, für Speiseöl und Butter um 67% und für Mehl um 35% angehoben worden.

Anfang Januar 1984 hatten in Marrakesch bereits Schülerproteste gegen die ebenfalls geplanten Erhöhungen der Schul- und Universitätsgebühren stattgefunden, denen sich rasch weite Teile der Bevölkerung anschlossen. Starke Widerhall fand der Protest besonders in der ärmeren Nordprovinz um Nador, Tétouan und El-Hoceima. Die Erhöhung der Grenzgebühren nach den spanischen Enklaven Ceuta und Melilla auf umgerechnet 200 DM verschärfte die dortige Lage, da der Handel mit den spanischen Städten für die arme Bevölkerung ein lebensnotwendiges Zusatzeinkommen bedeutet.

Die Unruhen griffen rasch auf das ganze Land über. In Agadir, Meknes, Casablanca zogen die Menschen auf die Straßen, um Brot und lebenswürdige Bedingungen zu fordern.

In der Tat befindet sich Marokko in einer finanziellen und wirtschaftlichen Krise. Die Verschuldung des Landes betrug 1983 11 Mrd Dollar, was 90% des Bruttoinlandsprodukts (BSP) entspricht. Zum allgemeinen Niedergang der Kaufkraft 1979 und 1981 kam im letzten Jahr noch erschwerend der Phosphat-Preisverfall auf dem Weltmarkt hinzu.

Dies traf Marokko, das zweitwichtigster Phosphatlieferant der Welt ist, besonders empfindlich. Gleichzeitig legte die Europäische Gemeinschaft dem nordafrikanischen Land Einfuhrbeschränkungen für Früchte und Textilien auf.

Die marokkanische Regierung war gezwungen den Dirham abzuwerten und auf die Forderungen des Internationalen Währungsfonds (z.B. Streichung der Lebensmittelsubventionen) einzugehen, um neue Anleihen tätigen zu können. Verschärft wird die Wirtschaftskrise durch die Mio Dirham verschlingenden Operationen gegen die POLISARIO. 45% des Staatsbudgets müssen für die Kriegskosten aufgewendet werden, 200.000 Soldaten unterhält das Königreich zur Zeit in diesem Krisengebiet.

Diese Ausgaben bedeuten neben der Aufrechterhaltung des luxuriösen königlichen Hofes für 40% der Marokkaner ein Leben unter der Armutsgrenze. Die Landflucht läßt die „bidonvilles“ am Rande der Großstädte und das ohnehin große Arbeitslosenheer anschwellen. Gehaltserhöhungen stagnieren seit 2 Jahren, während sich die Lebenshaltungskosten verdreifachten. Eine seit 3 Jahren andauernde Trockenperiode wirkt sich verheerend auf die Landwirtschaft aus.

Das Blutbad bei der Niederschlagung der Unruhen dürfte weitaus größer sein, als die bislang bekanntgewordenen Zahlen besagen. Da die marokkanische Regierung sofort eine Nachrichtensperre verhängte und ausländische Journalisten des Landes verwies, stammen Angaben zumeist aus den spanischen Enklaven und den dorthin flüchtenden nordmarokkanischen Bewohnern.

Zeugen berichten, daß die an den Brennpunkten zusammengezogenen marokkanischen Armeeeinheiten Demonstranten von Hubschraubern aus beschossen. Offizielle Quellen sprechen von 29 Todesopfern, während Beobachter mindestens 400 Tote und mehrere hundert Verletzte als Bilanz der Auseinandersetzungen sehen.

Die spontan ausbrechende Volkserhebung konnte bisher weder von den oppositionellen Parteien noch von den drei großen Gewerkschaften für eine tieferegreifende Mobilisierung gegen das Hassan-Regime genutzt werden. Marokkos politische Gegensätze verebben in der Westsahara-Frage.

Der Verhaftungswelle fielen neben zahlreichen Gewerkschaftern auch hohe Persönlichkeiten der vormals stärksten Oppositionspartei Sozialistischen Union der Volkskräfte (USFP) zum Opfer. Die Sozialisten, die seit November 1983 mit zwei Ministerposten in der Regierung vertreten sind, nahmen die Verhaftung ihrer Mitglieder erst einmal kommentarlos hin. (Le Monde, 27.1.1984)



Das Gefängnis in Casablanca

sche Strategie in der Gesamtregion zu machen.

Diese Unterstützung findet ihren Ausdruck in der Unterzeichnung eines strategischen Abkommens, in der Schaffung einer gemischten amerikanisch-marokkanischen Militärkommission, in der Übernahme von Aufklärungsaufgaben durch US-Spionagesatelliten, in der Ausbildung der königlichen marokkanischen Streitkräfte (FAR) durch US-Experten oder in der Lieferung hochentwickelter Waffen von Splitterbomben über Radaranlagen, Raketen, Kampfflugzeugen bis zu Panzern.

Hinzu kommt die Durchführung von gemeinsamen Land- und Seemanövern zwischen Marokko, den USA, Frankreich, Großbritannien und Spanien. Marokko hat den USA dafür mehrere Militärbasen überlassen, die einerseits als Zwischenstation für die Schnelle Eingreiftruppe der USA dienen und andererseits wie die von Kénitra und Sidi Yahya du Gharb weitreichende elektronische Horchanlagen beherbergen.

Die US-Regierung hat darüber hinaus den Westinghouse-Konzern 1977 autorisiert, ein das gesamte marokkanische Territorium, die Westsahara und den

westlichen Teil Algeriens abdeckendes Radarnetz im Land zu installieren. Le Monde Diplomatie vom Januar 1984 zufolge ist das marokkanische Regime der Überzeugung, daß die USA eine militärische Niederlage Marokkos schon wegen des hier stationierten ultramodernen militärischen Materials nicht zulassen würden.

Mit den USA teilt sich Frankreich die Verteidigung dieses Vorpostens der westlichen Demokratie. Entgegen den Positionen, die die „sozialistische“ Partei während ihrer Oppositionszeit eingenommen hatte, führt die von ihr gebildete Regierung die Politik ihrer rechten Vorgängerin fort. Frankreich rüstet vor allem das marokkanische Heer aus und stellt 230 Ausbilder.

Wie das Politbüro der Frente POLISARIO am 7.1.1984 feststellte, hat Frankreich im Rahmen der Arbeitsteilung von den USA die Aufgabe zugewiesen bekommen, logistische Hilfe zu geben und die marokkanischen Bodentruppen zu unterstützen, sogar unmittelbar im Kampf und auf dem Territorium der DARS.

Nach Überzeugung der POLISARIO ist auch das neue Befestigungsprojekt nach

den diplomatischen und militärischen Niederlagen des vergangenen Jahres während des langen Aufenthaltes des marokkanischen Königs in den USA und in Europa, speziell in Frankreich, im September und Oktober 1983 von diesen Parteien gemeinsam ausgearbeitet worden.

Wenn die imperialistischen Interessen an einer unbestrittenen Herrschaft über die Region auch offensichtlich sind, bleibt doch die Frage nach den Interessen des marokkanischen Regimes an der Fortführung eines Krieges, der das Land wirtschaftlich ruiniert, und der es, wie die Unruhen vom Januar d.J. gezeigt haben, viel an Popularität gekostet hat.

Neben den langfristigen wirtschaftlichen Interessen sind es wohl in erster Linie innenpolitische Gründe, die König Hassan II. zur Fortführung des Sahara-Abenteuers zu bewegen scheinen. Denn es ist gerade diese Frage, die die traditionellen Oppositionsparteien, von der Sozialistischen Union der Volkskräfte (USFP) über die kommunistische Partei bis hin zur bürgerlichen Istiqlal-Partei (Partei der Unabhängigkeit), seit Jahren zu einem Burgfrieden mit dem Regime bewegt.

## AIB-Sonderheft 2/1984

# „AIR LAND BATTLE“ und die Rolle der Bundesrepublik



Achtung AIB-Abonnenten! Lediglich der Dokumententeil (16 S.) wird im regulären AIB 4/1984 erscheinen.

„Air Land Battle“, oder kurz ALB, ist seit 1982 die verbindliche Kampfdoktrin der US-Streitkräfte. Im letzten Jahr sind ihre wesentlichen Bestandteile an die Öffentlichkeit gelangt. Die ALB-Konzeption lautet auf präventiven Angriffskrieg. Sie sieht den frühzeitigen Einsatz von chemischen und atomaren Waffen vor. Schauplatz für die Anwendung von ALB ist sowohl Europa als auch die Dritte Welt.

Für die Friedens- und Solidaritätsbewegung ist ALB von besonderer Bedeutung, weil auf bundesdeutschem Boden die Erstschlagswaffen Pershing II und Cruise Missiles stationiert werden, die der Dreh- und Angelpunkt der neuen Doktrin sind, weil Bonn als einziger NATO-Verbündeter der USA das Perspektivkonzept ALB 2000 mitunterzeichnet hat, weil die BRD die Drehscheibe für die Umsetzung von ALB im Nahen und Mittleren Osten ist.

Das AIB-Sonderheft 2/1984 analysiert und dokumentiert erstmals umfassend das ALB-Konzept sowie seine Bedeutung für die Bundesrepublik und die Dritte Welt. Das Heft erscheint Anfang April d.J.

### Inhalt:

- Einschätzung des ALB-Konzeptes und seiner Auswirkungen für die Dritte Welt (aktualisierte Fassung der Artikelserie von W. Bröner in AIB 11-12/1983, 1/1984 und 4/1984)
  - Standort der BRD im NATO-Konzept gegenüber der Dritten Welt (R. Falk)
- ### Dokumentation
- Originalfassungen von ALB 1986 und ALB 2000 (in deutscher Sprache)
  - Beiträge zum BRD-Engagement im Nahen und Mittleren Osten, besonders im Libanon und Saudi Arabien, von J. Reents (Grüne), H. Hoffmann (SPD), H.J. Wischniewsky (SPD) und A. Mertes (CDU).
  - Wortlaut des Wartime-Host-Nation-Support-Abkommens, das die bundesdeutsche Hilfestellung für die US-Streitkräfte im Kriegsfall regelt.

Umfang ca. 48 Seiten. Preis 4 DM, 33% Rabatt bei Bestellungen ab 10 Exemplaren. Bitte Bestellkarte in der Heftmitte benutzen.



Ich abonniere das AIB ab Nr. \_\_\_\_\_ / ab sofort.\*

Ich bestelle AIB-Sonderheft Nr. \*\* \_\_\_\_\_

(Thema: \_\_\_\_\_)

Ich bestelle AIB, Nr: \*\* \_\_\_\_\_

\* Jahresabo (inkl. Porto): Inland 25 DM; Ausland normal 30 DM; Luftpost: Europa 35 DM, übrige Länder 50 DM; Förderabo (50 DM oder mehr): \_\_\_\_\_ DM. Kündigung nur zum Jahresende, spätestens bis zum 15. November.

\*\* Einzelheft 2,50 DM; Doppelheft 5 DM; Sonderheft 2 DM (zuzüglich 0,60 DM Porto je Heft). Bestellungen unter 10 DM nur gegen Vorauszahlung (Z. B. in Briefmarken oder per Abbuchungsvollmacht).

\_\_\_\_\_

Vorname, Name

\_\_\_\_\_

Straße

Beruf

\_\_\_\_\_

Postleitzahl, Ort Nr. des Zustellpostamtes

(Unterschrift)

(Datum)

- Ich überweise den Abonnementpreis entweder auf das Postscheckkonto AIB-Weltkreis-Verlag, Konto Nr. 312093-607 beim Postscheckamt Frankfurt/M. oder auf das Konto AIB-Weltkreis-Verlag Nr. 9660 bei der Volksbank Marburg (BLZ 533 900 00).
- Mit der Abbuchung des Abonnementpreises bin ich einverstanden. Mit dem Ende des Abonnements erlischt diese Einzugsermächtigung.
- Mit der Abbuchung der obigen Bestellungen bin ich einverstanden.

Mein Bank-/Postscheckkonto bei \_\_\_\_\_

in \_\_\_\_\_

Kto.-Nr. \_\_\_\_\_ BLZ \_\_\_\_\_

## Achtung AIB-Abonnenten!

**Zum Jahreswechsel 1983/84 wird die Betreuung unserer Abonnentenkartei auf elektronische Datenverarbeitung umgestellt. In diesem Zusammenhang bedeutet es eine zusätzliche Kostenersparnis, wenn möglichst viele Abonnenten ihren jährlichen Rechnungsbetrag durch uns abbuchen lassen. Dieses Verfahren bietet Ihnen und uns Vorteile:**

- Sie ersparen sich das Ausstellen eines Überweisungsabschnittes bei Ihrer Bank oder der Post sowie die damit verbundenen Gebühren.
- Wir ersparen uns das Versenden von Rechnungen und haben eine Kostenerleichterung. Wir werden so eher in der Lage sein, den Abopreis auch künftig niedrig zu halten.

**Wer uns also noch keine Abbuchungsvollmacht ausgestellt hat, den bitten wir darum, uns diese Karte vollständig ausgefüllt zurückzusenden.**

### Abbuchungsvollmacht

Mit der Abbuchung des AIB-Abonnementpreises von meinem Konto bin ich einverstanden. Mit dem Ende des Abos erlischt diese Einzugsermächtigung.

\_\_\_\_\_

Vorname, Name

\_\_\_\_\_

Straße

\_\_\_\_\_

Postleitzahl, Ort Nr. des Zustellpostamtes

(Unterschrift)

(Datum)

Mein Bank-/Postscheckkonto bei \_\_\_\_\_

in \_\_\_\_\_

Kto.-Nr. \_\_\_\_\_ BLZ \_\_\_\_\_

Ich bitte um Zusendung von Probeexemplaren an:

\_\_\_\_\_  
(Name)

\_\_\_\_\_  
(Straße/Hausnummer)

\_\_\_\_\_  
(Ort)

\_\_\_\_\_  
(Name)

\_\_\_\_\_  
(Straße/Hausnummer)

\_\_\_\_\_  
(Ort)

\_\_\_\_\_  
(Name)

\_\_\_\_\_  
(Straße/Hausnummer)

\_\_\_\_\_  
(Ort)

Bitte mit  
Postkartenporto  
freimachen

An

**AIB-Weltkreis-Verlag**

Liebigstr. 46

3550 Marburg 1

Der umseitig aufgeführte neue AIB-Abonnent wurde von mir geworben:

Mein Name: \_\_\_\_\_

Meine Adresse: \_\_\_\_\_

Mein Prämienwunsch aus dem AIB-Angebot:

Bitte mit  
Postkartenporto  
freimachen

An

**AIB-Weltkreis-Verlag**

Liebigstr. 46

3550 Marburg 1

**Bestellliste**

Stück	Artikel	Einzel-Preis	Gesamt-Preis
—	<b>Kaffee aus Nicaragua</b> 1 Pfund	12,00	
—	<b>Plakatmappe Nicaragua</b> Sonderpreis	12,00	
—	<b>Graphikmappe, Rafael Cabrera,</b> (ab 10 Ex. 8,00 DM)	10,00	
—	<b>Schallplatte „Por la Paz“ der</b> Salvadorianischen Gruppe Banda Tepevani	16,50	
—	<b>Broschüre „Eine neue interameri-</b> kanische Politik für die 80er Jahre“, Geheimdokument des Komitees von Santa Fe für den jetzigen US-Präsidenten Reagan, DIN A5, 48 Seiten (ab 10 Exemplare 2,70 DM)	3,00	
—	<b>T-Shirt, weiß</b> mit Aufdruck „FMLN-EI Salvador vencera“ und einem FMLN-Kämpfer Größen 4, 5 und 6	15,00	
—	<b>Anhänger ASK-Taube aus Silber</b>	14,00	
—	<b>Anhänger ASK-Minitaube aus</b> Silber	9,00	
—	<b>Silberkettchen, dazu passend</b>	7,00	
—	<b>Ohrhänger ASK-Taube aus Silber,</b> an Kettchen m. Stecker, Paar	27,50	
—	<b>Ohrstecker ASK-Taube aus Silber,</b> Paar	19,80	
—	<b>Ohrhänger ASK-Taube aus Silber,</b> an Silberbügel, Paar	23,00	
—	<b>Anstecker ASK-Taube aus Silber</b>	19,00	
—	<b>Anhänger ASK-Taube aus Ton,</b> braun oder blau	5,00	



**Hände weg  
von Nicaragua!**

**den Aufbau  
unterstützen...**

**...Kaffee**

**aus  
Nicaragua  
trinken!**

**1  
Pfund  
12,-DM**

Absender:



Bitte  
freimachen

POSTKARTE

Vertical lines for the postcard address field.

An  
**Solidaritätsshop  
Dritte Welt**

Mainzer Landstraße 15

6000 Frankfurt/Main 1



**Plakatmappe „Nicaragua Libre!“** mit 15 Plakaten aus dem freien Nicaragua, DIN A3, alle Plakate mehrfarbig, Sonderpreis 12,— DM



**Graphikmappe** des salvadorianischen Künstlers Rafael Cabrera, 5 Blätter, dazu je ein Blatt mit Gedichten von Neruda, Cardenal, Vega, DIN A4 Überformat, s/w, Stück 10,— DM



**Anhänger ASK-Taube, gold,** 78,00 DM.

**Anhänger ASK-Taube aus Silber,** Stück 14,— DM



**Postkartenmappe** 6 Postkarten mit Motiven des palästinensischen Künstlers Burhan Karkutli, s/w,

3,— DM

Interview mit Joe Jele

# Das Apartheidregime durch die Macht der Waffen besiegen

Über den Stand des Befreiungskampfes im Apartheidstaat Südafrika sprach Jürgen Ostrowsky mit dem Führungsmitglied des Afrikanischen Nationalkongresses Südafrikas (ANC), Joe Jele. J. Jele ist Mitglied des Nationalen Exekutivkomitees und des Politisch-Militärischen Komitees des ANC.

**AIB:** Der Bombenanschlag des ANC auf das Hauptquartier der Südafrikanischen Luftwaffe im Mai letzten Jahres wurde weltweit als eine Eskalation des Guerillakampfes angesehen. Sehen Sie das auch so?

**J. JELE:** In der Tat wurde dies international als eine Eskalation der militärischen Operationen des ANC angesehen, da zum ersten Mal nicht allein ein wichtiges strategisches Objekt angegriffen wurde, sondern diesem Angriff auch eine Anzahl Menschen zum Opfer fielen – in erster Linie Militärangehörige. Es handelte sich um ein sog. militärisches Ziel, und der Angriff war erfolgreich.

Von vorherigen Angriffen unterschied er sich insoweit, als sog. weiche Ziele getroffen wurden, d.h. das Personal des Gegners. Es war kein Angriff auf Militäreinrichtungen oder strategische Anlagen wie etwa auf die Öltanks der SASOL, auf Hammanskraal und ähnliche.

Es trifft zu, daß dies nicht nur eine Eskalation als solche demonstrierte, sondern auch einen Wechsel in der Strategie des Afrikanischen Nationalkongresses. Und zwar insofern, als in der Vergangenheit alle Angriffe vom Wesen her bewaffnete Propaganda waren. Diese bewaffnete Propaganda zielte auf die Bewußtwerdung des Volkes, darauf, das Niveau seines politischen Bewußtseins zu erhöhen, und vor allem darauf, ihm die Notwendigkeit des bewaffneten Kampfes bewußt zu machen. Sie beruhte auf der Tatsache, daß dieses Regime nur durch die Macht der Waffen beseitigt werden kann – um so die psychischen Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß das Volk sich selbst am bewaffneten Kampf beteiligt.

Die Bombenexplosion von Pretoria war

also eine Abkehr von dieser vorherigen Strategie.

Sie war dazu bestimmt zu zeigen, daß der ANC nunmehr zu dem übergeht, was – in „klassischer“ Bezeichnung – Volkskrieg genannt werden kann: Indem eine Infrastruktur des bewaffneten Kampfes geschaffen wird, welche die Beteiligung des Volkes selbst einschließt und welche diese Teilnahme des Volkes an einer Kriegführung gemäß der Guerillakriegstaktik mit jener Art von Angriffen verbindet, wie sie in Pretoria ausgeführt wurden.

Anders ausgedrückt, es wird sich um eine Verbindung der klassischen Guerillakriegführung – unter Einsatz kleiner Einheiten, die den Gegner angreifen und in direkte Auseinandersetzungen verwickeln – mit einer Stadtguerillakriegführung handeln, die Sabotage sowie Angriffe auf strategische Einrichtungen einschließt.

Der ANC ist also nunmehr dazu überge-

gangen, eine Strategie mit drei Stoßrichtungen zu verfolgen. Allerdings kann diese Strategie ohne Mobilisierung der Massen, welche die Basis des bewaffneten Kampfes und seines Fortschritts bilden, nicht erfolgreich sein.

**AIB:** Hatte die Eskalation des Guerillakampfes maßgebliche Auswirkungen auf die Formierung der Vereinigten Demokratischen Front (UDF) wenige Monate darauf?

**J. JELE:** Ich denke schon. Die Gründung der UDF (im August 1983, Gründungsplattform siehe in: AIB 10/1983, S. 23; d. Red.) kam zustande aus der Einsicht des Volkes heraus, daß sich der Umfang, die Zahl der möglichen Handlungsperspektiven des Feindes verringern. Weiterhin wurde sie vorangetrieben und ermutigt durch die Angriffe auf Positionen des Feindes, ohne daß dem Vergeltung folgte.

Und das Volk kam zu der Auffassung – und handelte dementsprechend –, daß



Einheit des Umkhonto we Sizwe im Busch

es notwendig war, alle Kräfte zusammenzuschließen, unabhängig von den politischen und ideologischen Bindungen der einzelnen Gruppierungen, gegen den gemeinsamen Feind, da es – wie auch Dr. Boesak (UDF-Ehrenpräsident und Präsident des Weltbundes Reformierter Kirchen; d. Red.) in seiner Ansprache zur Gründung der UDF ausdrückte – der Überzeugung ist, daß jetzt die Zeit da ist, sich selbst zu befreien.

**AIB:** Welche Rolle spielen die afrikanischen Gewerkschaften in der UDF? Sieht der ANC ihre Teilnahme als ausreichend an?

### Die Einheitsfront UDF enger mit Gewerkschaften verbinden

**J. JELE:** Ich muß einräumen, daß wir – jedenfalls zur Zeit – ihre Beteiligung noch nicht als ausreichend ansehen. Andererseits sind acht Gewerkschaftsverbände Mitglieder der UDF.

Wir sind der Ansicht, daß die Gewerkschaften in der UDF eine Schlüsselrolle spielen können und sollen, denn die Arbeiter sind die am stärksten ausgebeutete und unterdrückte Gruppe der Bevölkerung. Und sie stellen die bewußteste, die beständigste und kämpferischste Gruppe.

Unglücklicherweise zeigen einige der Gewerkschaften noch große Abneigung, der UDF beizutreten. Doch das wichtigste auch bei diesen ist, daß sie – obwohl mit dieser Abneigung – bereit sind, die UDF in ihren Aktionen zu unterstützen und mit ihr in einer Reihe anderer Gebiete zusammenzuarbeiten.

Das wiederum ist ein sehr erfreuliches Anzeichen, das wir begrüßen. Dennoch hätten wir gern noch mehr von ihnen, und vor allem die großen Verbände wie FOSATU (Bund Südafrikanischer Gewerkschaften) in der UDF.

Denn der Kampf in Südafrika ist nicht auf die Fabrikhallen beschränkt, er geht über die Grenzen von Firmen und Fabriken hinaus – etwa auf das Gebiet der Erziehung oder der Gesundheitsversorgung, oder auf die Wohngebiete und Wohnungen der Arbeiter, deren Mieten ständig steigen, und wo die Menschen erbittert gegen diese Mietsteigerungen kämpfen; oder er erstreckt sich auf die Busfahrpreise – die Leute boykottieren die Busse, weil die Fahrpreise laufend erhöht werden.

Im täglichen Leben also werden die schwarzen Südafrikaner mit wachsender Unterdrückung und Beschneidungen ihrer Rechte konfrontiert. Deshalb sollten die gewerkschaftlichen Kämpfe der Arbeiter mit dem Kampf an der politischen Front verbunden sein. Beide ergänzen einander.

**AIB:** Wie verhielt sich der Regierungs-

chef des Bantustan KwaZulu und Führer der Zulu-Stammesorganisation Inkatha, Häuptling Gatsha Buthelezi, zur Gründung der UDF?

**J. JELE:** Anfänglich zeigte er eine intensive Bereitschaft, der UDF beizutreten. Und er war enttäuscht und verbittert, als die UDF sein Angebot beizutreten, zurückwies...

**AIB:** Warum dies?

**J. JELE:** Weil die UDF der Meinung war, daß er eine Stimme ist, die innerhalb des Systems, als Führer eines Bantustan, spricht, während in der UDF alle die Kräfte akzeptiert werden, die in Gegnerschaft zum System stehen, die nicht nur so tun, als seien sie dagegen, sondern tatsächlich gegen das System sind.

Daher war Buthelezi nicht nur enttäuscht, sondern er hat, vor allem in jüngster Zeit, eine erhebliche Feindseligkeit gegenüber der UDF an den Tag gelegt.

Aber diese Angriffe sind auch ein Zeichen von Verzweiflung seinerseits. Denn

von Südafrika gegenüber verschrieben hatte, mit Vergnügen Gewalt gegen die Unterdrückten selber einzusetzen bereit ist. Von daher ist er in ihren Augen fest im Lager des Feindes verankert, und dieser Gewalteinsatz in Ngwere, wo seine Leute fünf Studenten töteten, wird angesehen als ein Spiegelbild seines Wunsches, die Politik der Apartheid durchzuführen, die Politik der Gewalt gegen das Volk Südafrikas.

**AIB:** Welchen Stellenwert nimmt die Verfassungsänderung (zum Verfassungsreferendum vom 2.11.1983 siehe: AIB 1/1984, S. 44-45; d. Red.) in der Gesamtstrategie zur Verteidigung der Apartheid ein?

**J. JELE:** Einfach gesagt, wurde die Verfassung konzipiert als bestgeeignete Strategie, um die Apartheid in Südafrika unter Bedingungen zu zementieren, unter denen das Rassistenregime einen großen Teil seiner Massenbasis verloren hat, da diese drastisch geschrumpft ist.

Mit dem Aufschwung des Massenwider-



Kommandeur L. E. Jordaan (re) des 1. Transkei-Batallions



„Vorán, südafrikanische Soldaten der politischen Front“

selbst dort, wo er sich einer Basis unter der Zulu gebrüstet hat, ist diese im Abbröckeln.

Immer mehr Angehörige des Zulu-Volkes, die ihn unterstützt haben, beginnen, ihre Illusionen aufzugeben – zumal jüngst, nachdem Buthelezi mit Gewalt gegen die Studenten der Ngwere-(Zulu-) Universität vorgehen ließ, nachdem diese Feierlichkeiten boykottiert hatten, die von Inkatha organisiert worden waren. Das hat auch einen großen Teil der Presse in Ablehnung versetzt und Buthelezi weiter isoliert, ihm eine Menge Feindschaft eingebracht. Denn die Leute waren entsetzt darüber, daß Buthelezi, der sich derart einer Politik der Gewaltlosigkeit dem System und den Feinden des Volkes

stands gegen das Regime – einschließlich der Kirchen, der Jugend, Frauen, der Streiks der Arbeiter in allen Landesteilen und auf dem Land – wurde es dem Regime klar, daß es nicht länger auf die bisherige Weise herrschen konnte. Es mußte also neue Methoden entwickeln, um das Land zu beherrschen.

Und die neue Methode, die sich das Regime einfallen ließ, war die, den Eindruck zu erwecken, die Apartheid habe sich geändert. Bezeichnenderweise ist ihr bedeutendster Aspekt der, einen bestimmten Teil der unterdrückten Bevölkerung – Inder und Farbige – in das System einzubeziehen, ihn zum Parteilager des Systems zu machen und so den Eindruck zu erwecken, die Apart-

heid sei abgeschafft – indem man die Unterdrückten zu Instrumenten ihrer eigenen Unterdrückung macht.

Es ist dies zudem ein System, in dem sogar das Kabinett vom Militär beherrscht wird. Es ist ein Manöver, dessen Zweck es ist, die militärische Ausrichtung der Apartheid zu verstärken – worin gegenwärtig der gefährlichste Aspekt des Apartheidsystems zu sehen ist.

Das Apartheid-Kabinett wird jetzt vom Militär und dem Geheimdienst beherrscht, während gleichzeitig der Eindruck erweckt wird, daß mehr Schwarze in die Regierungsverantwortung einbezogen würden. Und diejenigen, die einbezogen werden, stellen wiederum nur jenen Teil der Farbigen und Inder dar, der Bereitschaft bekundet hat, vom System zu profitieren – kleinbürgerliche Elemente.

Das Entscheidende aber ist, daß sich die große Mehrheit der Inder, die überwältigende Mehrheit der Unterdrückten dem



zur Verteidigung der

widersetzt, was da Verfassungsänderung genannt wird.

**AIB:** Was hat die Machtverschiebung zugunsten der Position des Präsidenten, die im Rahmen dieser Verfassungsänderung erfolgte, zu bedeuten?

**J. JELE:** Dies drückt aus, daß das derzeitige Regime sich die Aufgabe gestellt hat, alle Regierungsgewalt in einer einzigen Person zu konzentrieren.

Denn keinerlei Entscheidung kann z.B. von den sog. Kammern getroffen werden, die nicht die Zustimmung des Präsidenten findet. Das Regime entwickelt sich mehr und mehr zu einer Ein-Mann-Diktatur.

Es geht darum sicherzustellen, daß Entscheidungen politischer und militäri-

scher Art keiner irgendwie gearteten Erörterung unterworfen sind. Da dies bedeutet, daß der Präsident jederzeit alles entscheiden kann, und dies darauf hinausläuft, das Parlament zu unterlaufen und seine Macht zu beseitigen, stellt die Opposition nur mehr ein Täuschungsmanöver dar. Das war zwar schon von jeher so, aber nun stellt sie nur noch ein nominelles Gebilde dar.

Es geschieht gerade wegen des Aufschwungs der Opposition gegen das Regime an allen Fronten, daß es sich dieser Art von Opposition erst recht entledigen muß, so daß der Präsident jederzeit die Vollmacht besitzt einen Notstand auszurufen und mit der Situation umzugehen, wie er es für angebracht hält – ohne Verantwortlichkeit irgendeinem Staatsorgan gegenüber. Das ist die Lage, die geschaffen wurde, um nicht zu einem Militärputsch greifen zu müssen.

Südafrika hatte ein Stadium erreicht, in dem das Militär geneigt war – um den Vormarsch des Befreiungskampfes und die Opposition gegen das System aufzuhalten – und schon einige Zeit erwogen hatte, die Macht zu übernehmen, um jegliche Opposition auszuschalten und eine Juntaherrschaft mit Dekreten in Südafrika zu errichten.

### Weißer Opposition ausgebootet

Um dies zu vermeiden – immerhin hatte man schon den vormaligen Verteidigungsminister als Premier, einen Militär, der Politiker geworden war – war es das Beste, eine Art unblutigen Coup durchzuführen, eine ruhige, geschickte Machtübernahme des Militärs und eine Ein-Mann-Diktatur herbeizuführen, die zumindest das Äußere einer „zivilisierten“ bzw. „demokratischen“ Regierung besitzt, da man keine Opposition per Gesetz mundtot gemacht hat, d.h. die weiße Opposition.

In Wahrheit indes gibt es keine Opposition mehr. Selbst die nominelle Opposition der Weißen existiert mit dem gegenwärtigen Zustand nicht mehr. Diese sog. Opposition, dazu die Inder und Farbigen, die man einbezogen hat, sie alle werden benutzt, um Südafrika das Äußere einer Demokratie nach westlichen Vorstellungen zu geben, zumindest insofern, als die „Minderheiten“ berücksichtigt sind. Aber all das existiert eigentlich nicht mehr, da der Präsident in seiner Hand über alle diktatorischen Vollmachten verfügt.

Es handelt sich also in Wahrheit um einen faschistischen Militärputsch – um eine Junta anderer Art als sie beispielsweise in Chile besteht. Eine Junta südafrikanischen Typs – mit südafrikanischen Wesenszügen, in einer spezifischen südafrikanischen Situation.

neu!

## ISRAEL und SÜDAFRIKA

Eine Dokumentation ihrer Zusammenarbeit



edition südliches afrika 16

### ISRAEL UND SÜDAFRIKA

Eine Dokumentation ihrer Beziehungen

Hrsgg. von Alrun Hürter

Bonn 1983, 72 Seiten, DM 5,00

ISBN 3-921614-13-9

Südafrika, der rassistische Staat par excellence, und Israel, das vielen rassisch Verfolgten noch immer als Zufluchtsstätte gilt – eine Allianz, die unvorstellbar erscheint. Detailliert wird die Entwicklung ihrer Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem, politischem und militärischem Gebiet wie in der nuklearen Forschung in zwei Dokumentationen der Vereinten Nationen und in ergänzenden Informationen verfolgt. Vertreter der südafrikanischen und palästinensischen Befreiungsbewegungen, ANC und PLO, gehen in ihren Beiträgen auf den ideologischen und Interessenskonsens der beiden Staaten ein. Diese Kollaboration dient nicht nur der Herrschaftssicherung; wegen ihres Zugangs zu strategischen Rohstoffen besetzen beide Länder Schlüsselpositionen in den politischen, wirtschaftlichen und militärischen Doktrinen des Westens.

# issa

informationsstelle südliches afrika e.V.  
information centre on southern africa  
5300 bonn 1, blücherstr. 14  
telefon: 0228/21 32 88

**Adressenänderungen  
bitte rechtzeitig  
bekanntgeben!**

## Gespräch mit der Bonner Vertretung der FMLN/FDR Unser Plan setzt sich durch

Seit der Jahreswende steht El Salvador im Zeichen der Offensive der Nationalen Befreiungsfront Farabundo Marti (FMLN) und der Vorbereitung der Wahlen zum 25. März 1984 durch die staatstragenden Parteien. Das AIB sprach mit der Bonner Vertretung der FMLN/FDR (Demokratisch-Revolutionäre Front) über die aktuelle Lage.

**AIB:** Im Januar d.J. stimmten die Staaten Mittelamerikas einem neuen Friedensvorschlag, dem 21-Punkte-Plan der Contadora-Gruppe (Mexiko, Venezuela, Kolumbien, Panama) zu. Wie bewerten Sie diese Initiativen zur Entschärfung der Mittelamerikakrise?

**FMLN/FDR:** Diese Vereinbarungen sind ein diplomatischer Sieg für alle Kräfte, die wie wir für einen politischen Weg bei der Lösung der Probleme in Mittelamerika sind.

Die Reagan-Administration hat wiederholt versucht, die Contadora-Initiative zu schwächen und scheitern zu lassen. Sie wollte dem die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS), das „Forum für Frieden und Demokratie“ und kürzlich auch die angebliche Beweglichkeit und Effektivität der „Blitzdiplomatie“ von Richard Stone und Henry Kissinger entgegenstellen.

### Reagans Spott für die Contadora

Trotzdem ist es der Contadora gelungen, ihre Reihen zu konsolidieren, die wichtigsten Probleme zu konkretisieren und für jedes vernünftige Alternativen zu entwickeln. Damit verliert die militärische Intervention ihren politischen Deckmantel.

So wird es für die USA schwieriger, mit einer Rechtfertigung zu rechnen, die die Aggression unterstützt.

**AIB:** Geben Sie der Contadora-Initiative eine echte Chance, die Invasionsvorbereitungen der USA aufzuhalten? Die von der Kissinger-Kommission (siehe im einzelnen: AIB 2/1984, S.5) und der Regierung Reagan gekommenen Reaktionen klangen doch wohl nicht sehr ermutigend...

**FMLN/FDR:** In der Tat wird der Weg zu einer politischen Lösung weiterhin versperrt durch den neuerlichen Entschluß der USA, eine militärische Intervention vorzubereiten und durchzuführen.



Trümmer der von FMLN-Einheiten gesprengten Cuscatlan-Brücke

Hinzugefügt werden muß der freche Spott, mit dem der Imperialismus auf die im Contadora-Friedensvorschlag angeführten Punkte antwortet, so zum Beispiel:

a) auf den Punkt des Rückzugs der Militärberater aus dieser Zone hat er mit einer dritten Phase der schon andauernd stattfindenden Militärmanöver in Ahuas Tara geantwortet, wobei sie tausende Männer nur wenige Kilometer von der salvadorianisch-honduranischen Grenze entfernt konzentrieren;

b) bezüglich der Truppenreduzierung hat die Kissinger-Kommission 400 Mio Dollar als Militärhilfe für das salvadorianische Regime während der Jahre 1984 und 1985 gefordert;

c) dieselbe Kissinger-Kommission fordert die Weiterführung der heimlichen Unterstützung des CIA für somozistische Gruppen.

Diese äußerst aggressive Politik trägt nur dazu bei, das Mißtrauen und die zunehmende Isolierung zu verstärken, in die die USA sich auf internationaler Ebene immer mehr begeben. Und das bringt uns für unsere Sache größte Unterstützung und Sympathien.

**AIB:** Die FMLN/FDR hat aus der Grenada-Invasion vom Oktober 1983 die Schlußfolgerung gezogen, daß sich damit die Gefahr für eine Entsendung von US-Kampftruppen nach El Salvador oder Nicaragua erhöhe. Welches Moment halten Sie für das ausschlaggebende für ein mögliches Ja der Verantwortlichen in Washington zu einer Invasion in El Salvador?

**FMLN/FDR:** Grenada stellte einen brutalen und unnötigen Versuch dar, mit dem Reagan seine Politik in dieser Region auf die Probe stellen wollte.

Der am meisten beunruhigende Aspekt ist dabei die Reaktion eines beträchtlichen Teils der öffentlichen Meinung in den USA, die durch den primitiven Nationalismus und falschen Stolz auf die Stärke einer Großmacht geschickt manipuliert wurde. Es ist auch nicht zu rechtfertigen, wie schnell und einfach der Teil bestimmter nordamerikanischer oppositioneller Politiker zum Schweigen gebracht werden konnte, der gegenüber den Schwankungen der öffentlichen Meinung sensibler ist als gegenüber seiner Verpflichtung, sie zu informieren und zu erziehen.

### Counter-Insurgency greift nicht

Aber in bezug auf die reale Bedrohung hat der „glorreiche Sieg“ in Grenada sehr wenig Bestand (für Kuba, für Nicaragua und auch für die FMLN). Grenada war ein Musterbeispiel für die Ausnutzung zeitweiliger Schwächen zu einer imperialistischen Aggression. Diese Schwächen waren das Resultat des Verrats innerhalb der New-Jewel-Partei, die unter den Revolutionären Verwirrung geschaffen hat und diese von den Massen trennte.

Unsere Situation gleicht mehr dem Fall der Dominikanischen Republik, in der (im Jahr 1965; d. Red.) einmarschiert wurde, als der Volksaufstand kurz vor

dem Sieg stand und die Regierungstruppen in den Hafenvierteln von Santa Domingo eingekreist waren. In diesem Moment griff der Imperialismus zu dieser blutigen Aggression.

Für El Salvador kann man den Schluß ziehen, daß die imperialistische Aggression paradoxerweise immer wahrscheinlicher wird, je näher wir der Erringung des Friedens sind.

In dem Maße, in dem die Stellung des Regimes schwächer wird, wächst die Bedeutung der Überlebenshilfe der USA für das Regime auf allen Gebieten. Dieser kritische Punkt kann während der nächsten Offensiven unserer Front kommen, die dem Marionettenregime überzeugende Schläge versetzen werden.

Die Größe der salvadorianischen Massenbewegung, die Erfahrung der revolutionären Organisationen in vielen Jahren des Kampfes im Verborgenen, die gefestigte Einheit der revolutionären und demokratischen Kräfte der FDR, die Existenz eines wirklichen Revolutionsheeres, das in unzähligen Kämpfen gestählt wurde, das verschiedene Formen des bewaffneten Kampfes beherrscht und das bereit ist, das Vaterland zu verteidigen, dies alles läßt uns versichern: Reagan soll sich nicht auf seiner Landkarte täuschen: El Salvador ist Vietnam näher als Grenada!

**AIB:** Wie bewerten Sie die Aussagen führender US-Militär- und Regierungsvertreter, daß es angesichts der derzeitigen Demoralisierung der salvadorianischen Armee unumgänglich werden könnte, das Regime durch ein Eingreifen von US-Kampftruppen zu retten? Rechnet die FMLN/FDR zur Zeit überhaupt mit der Möglichkeit eines solchen Kollapses?

**FMLN/FDR:** Die Vereinigten Staaten müssen akzeptieren, daß das oligarchisch-militärische Regime eine überlebte Formel und historisch überholt ist. Für die nordamerikanischen Interessen müßten die Beziehungen zu einem wirklich demokratischem Regime, das die Menschenrechte respektiert, die wirtschaftliche und soziale Entwicklung unseres Landes wirklich voranbringt, annehmbar sein.

Diese neuartigen Beziehungen mit Lateinamerika zu entwickeln, wird umso schwieriger sein, je mehr die USA sich mit der Aggression und der Unterstützung überholter und in Auflösung befindlicher Diktaturen bloßstellt.

Im Fall El Salvadors hätte sich dieser Kollaps ohne die Unterstützung der USA längst vollzogen. Die Hoffnungslosigkeit der Mannschaft Reagans besteht darin, daß sich dieser Kollaps immer mehr nähert, trotz der Zunahme der Hilfe und der direkten nordamerikanischen Einmischung.

Es ist nicht möglich, Voraussagen zu

treffen hinsichtlich des Zeitpunktes oder der Art dieses Kollapses. Aber die Macht der Schläge, mit der unsere Truppen bewiesen haben, daß sie fähig sind das Regime zu gefährden, der Grad der Demoralisierung der Truppen, die immer häufiger im Kampf flüchten und in Massen davonlaufen, die zugespitzten Widersprüche zwischen den politischen Kräften des Regimes, die sich erneut gespalten haben, beweisen, daß die Diktatur schon sehr brüchig ist.

**AIB:** Die FMLN hat im Dezember 1983/Januar 1984 spektakuläre Aktionen unternommen. Sind diese für Sie ein Beweis für eine Kräfteverschiebung? Oder ist es noch verfrüht, davon zu sprechen?

**FMLN/FDR:** Seit Dezember 1982 ist es der FMLN gelungen, das militärstrategische Gleichgewicht aufzubrechen, eine Kräfteverschiebung zu ihren Gunsten zu erreichen. Sie wird damit befähigt, die Initiative zu behalten und von daher eine neue Etappe der strategischen Offensive der revolutionären Kräfte einzuleiten.



Guerilla-Einheit bei der Proviantausgabe

In diesem Zeitraum ist es uns gelungen, viele Beschränkungen der vorhergehenden Etappe des strategischen Gleichgewichts zu überwinden: Wir haben unseren Aktionen Kontinuität gegeben, ohne einen Zeitraum zwischen einer Offensive und der nächsten verstreichen zu lassen. Es ist uns gelungen, Aktionen an mehreren Kriegsschauplätzen gleichzeitig zu entwickeln und wir haben einen sehr hohen Koordinationsgrad und eine hohe

Fähigkeit der Konzentration und der Verteilung von Heeresteilen erreicht.

Das hat es uns erlaubt, den Regierungskräften dauernd Schläge zu versetzen, ihre Operationspläne zu zerschmettern (sie haben keinen einzigen vollenden können) und sie auf eine Defensivposition zu beschränken.

Angesichts dieser Situation hat das Oberkommando, unterstützt von nordamerikanischen Experten für Counter-Insurgency (Anti-Guerillakampf; d. Red.), versucht, Mitte 1983 einen neuen strategischen Plan durchzusetzen: Die Regierungstruppen sollten sich aus der ganzen nördlichen Zone des Landes zurückziehen und einen doppelten Eindämmungsgürtel bilden, die Mehrheit der kleinen Abteilungen zurückziehen und ihre Mannschaften in den großen Garnisonen konzentrieren.

Dabei überlassen sie die Kontrolle der Dörfer paramilitärischen Einheiten der „Zivilverteidigung“ mit minderwertiger Bewaffnung und Ausbildung.

Desweiteren besteht die Strategie darin, die großen Aktionen zu kombinieren, gleichzeitig an verschiedenen Kriegsschauplätzen durchzuführen und kleine Counter-Insurgency-Einheiten dauernd patrouillieren zu lassen, Flächenbombardements in den Zonen unter revolutionärer Kontrolle und auf die vermuteten logistischen Versorgungswege der FMLN durchzuführen.

## Die FMLN wurde mobiler

Die Ziele dieses Planes: Man will uns in den Norden treiben und definitiv aus den Gebieten im Zentrum und im Süden des Landes verjagen (die die größte wirtschaftliche Bedeutung haben). Wären unsere Truppen einmal im Norden eingepfercht, so möchten sie es ihnen durch die Kombination der Eindämmungslinien und der ständigen Patrouillen kleiner „Cazadores“-Einheiten unmöglich machen, zurückzukehren.

Das paßt zusammen mit dem Plan CONARA, der die Schaffung von strategischen Dörfern vorsieht, um die politische Kontrolle der südlichen und zentralen Gebiete zu sichern.

**AIB:** Welches Gegenrezept hat die FMLN entwickelt? Hatte dies einschneidende taktische Veränderungen in Ihrer Kampfführung zur Folge?

**FMLN/FDR:** Gewiß. Ab Juli und August 1983 hat sich die FMLN darauf vorbereitet, diesen Plan zu durchkreuzen.

Wir wollen unsere Position in den kontrollierten Gebieten stärken und die Strukturen der Poder Popular (Volksmacht) ausbauen (Gesundheit, Erziehung, Justiz, Verteidigung, Produktion, Verwaltung usw.), um uns in den zentra-

# Plattform der FMLN/FDR für eine Übergangsregierung

Am 31. Januar d.J., knapp zwei Monate vor den salvadorianischen Präsidentschaftswahlen hat die Nationale Befreiungsfront Farabundo Martí/Demokratisch-Revolutionäre Front (FMLN/FDR) ein Programm für eine Übergangsregierung vorgelegt.

Es enthält Aussagen zur aktuellen Ausgangslage, ein 20-Punkte-Programm für eine provisorische Regierung, Vorschläge für wirtschaftlich-soziale Reformen und zur Zusammensetzung bzw. Vorgehensweise einer solchen Regierung. An den Verhandlungen sollen nach Auffassung der FMLN/FDR ihre eigenen Repräsentanten, Vertreter der salvadorianischen Regierung und der Regierung der USA teilnehmen, außerdem Vermittler, die von beiden Seiten akzeptiert werden und internationale Zeugen. Die Verhandlungen sollen ohne jegliche Vorbedingungen aufgenommen werden. Wenn die Verhandlungen ein bestimmtes Niveau erreicht haben, ist die FMLN/FDR bereit, über einen Waffenstillstand zu verhandeln.

Wir bringen jene Passagen des Dokuments im Wortlaut, die sich mit dem Programm für eine Übergangsregierung und den wirtschaftlich-sozialen Reformvorschlägen befassen.

## Die provisorische Regierung mit breiter Beteiligung

Der Vorschlag eine provisorische Regierung mit breiter Beteiligung zu bilden, ist das Resultat der Entwicklung der demokratisch-revolutionären Kräfte des salvadorianischen Volkes auf politischer und militärischer Ebene.

Die provisorische Regierung mit breiter Beteiligung wird eine Regierung sein, in der keine Kraft alleine vorherrschen wird. Sie wird Ausdruck der breiten Beteiligung der politischen und sozialen Kräfte sein, die bereit sind, das oligarchische Regime zu eliminieren und die Souveränität und nationale Unabhängigkeit wiederzuerlangen. Sie wird eine Voraussetzung dafür bieten, damit die Existenz des Privatbesitzes und ausländischer Investitionen nicht im Widerspruch zu den sozialen Interessen stehen wird.

Es handelt sich um eine provisorische Regierung mit breiter Beteiligung, deren Amtszeit durch die Erfüllung ihrer grundlegenden Ziele bestimmt sein wird, in Übereinstimmung mit dem was zwischen den Partnern vereinbart wurde und davon ausgehend, daß sie keine Regierung von längerer Dauer sein soll. **Die grundlegenden Ziele der provisorischen Regierung mit breiter Beteiligung sind:**

1. Die Unabhängigkeit und die nationale Souveränität wiederzugewinnen.
2. Den Repressionsapparat zu zerstören und die Grundlagen für eine wirkliche Demokratie zu schaffen, in der die Menschenrechte beachtet und die politischen Freiheiten voll gewährt werden, und in der sich die breite Beteiligung des Volkes konkretisieren wird, um endgültig den Frieden zu erlangen.
3. Den dringendsten und unmittelbarsten Bedürfnissen der Mehrheit des Volkes nachzukommen und wirtschaftliche und soziale Maßnahmen zu ergreifen, um diese Strukturen zu verändern.
4. Die praktischen Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß der gegenwärtige Kriegszustand beendet wird.
5. Allgemeine Wahlen vorzubereiten und durchzuführen. (...)

## Regierungsplattform

(...) Sofortmaßnahmen:

- 1) Abschaffung der politischen Verfassung von 1983 und ihre Ersetzung durch ein Verfassungsstatut, das die Handlungen der provisorischen Regierung mit breiter Beteiligung regelt.
- 2) Aufhebung des Ausnahmezustands und aller Dekrete, die seit 1980 erlassen wurden und die die individuellen und sozialen Freiheiten einschränken.

3) Freiheit für alle politischen Gefangenen und Verschwundenen, sowie die Annullierung aller Urteile, die auf Grundlage der repressiven und Ausnahme Gesetze gesprochen wurden.

4) Volle Garantie der Ausübung der individuellen und kollektiven demokratischen Rechte und Freiheiten. Ein Übergangstatut wird erlassen werden, das das Recht auf gewerkschaftliche Organisation für die Arbeiter auf Landgütern und in staatlichen Betrieben regelt... Die Organisationen der Volksmacht, die während des Krieges in verschiedenen Zonen des Landes entstanden sind, werden anerkannt.

5) Auflösung der Sicherheitsorgane, Todesschwadronen und ihres politischen Arms, der ARENA-Partei. (...)

6) Abzug der nordamerikanischen Militärberater, Beendigung ihrer Intervention durch Militärhilfe, wie auch die aus anderen Ländern, und Einstellung jeglicher Waffenlieferungen.

7) Säuberung der Streitkräfte der Regierung, und wenn das geschehen ist, Eingliederung ihrer Vertreter in die Strukturen der provisorischen Regierung mit breiter Beteiligung.

8) Überprüfung und Verurteilung der Zivilisten und Militärs die für Völkermord, politische Verbrechen, Folter, Verschwindenlassen von Menschen und illegale Beraubung der individuellen Freiheit verantwortlich sind.

Der Tod von Kämpfern der FMLN sowie von Soldaten und Offizieren, die im Kampf gefallen sind, stellt kein Verbrechen dar.

9) Der Oberste Gerichtshof wird sofort mit der Untersuchung und der Aburteilung der Verbrechen gegen die Menschenrechte beginnen und gleichzeitig eine Säuberung und Reorganisation der Justiz durchführen. Er ersucht die nichtstaatlichen Menschenrechtsorganisationen, die das Volk während der Diktatur verteidigten, um Zusammenarbeit bei diesen Aufgaben.

10) Rückkehr der Exilierten und Flüchtlinge und Durchführung eines Notprogramms, um die Flüchtlinge, die zurückkehren, die Entwurzelten und Kriegsverletzten, die ehemaligen Angehörigen der Streitkräfte und die Familien oder Individuen, die in Folge des Krieges auf der einen oder anderen Seite schutzlos geblieben sind, wieder einzugliedern und ihre dringendsten Bedürfnisse zu befriedigen. (...)

11) Durchführung eines Notprogramms für den Wiederaufbau der Infrastruktur, Wirtschaft, des Erziehungs- und Gesundheitswesens, die im Krieg zerstört oder beschädigt wurden.

12) Dekret zur Stundung der Schulden der kleinen und mittleren Unternehmer. Durchführung eines Finanzierungsprogramms, das diesen Sektoren angemessen ist und sowohl auf den industriellen Sektor als auch auf die Landwirtschaft angewendet wird, um die Wirtschaft zu reaktivieren.

13) Festsetzung und Kontrolle der Preise der zur Befriedigung der Grundbedürfnisse notwendigen Produkte, um so zu versuchen, die Reallöhne zu verbessern. Neuordnung und Kontrolle des Handels und der Verteilung der Produkte zur Befriedigung der Grundbedürfnisse.

14) Neuverhandlung der Auslandsschulden auf Basis der Anerkennung der finanziellen Verpflichtungen, die die vorhergehenden Regierungen eingegangen waren.

15) Wiederherstellung der Autonomie der Universität von El Salvador und Gewährung der zu ihrer Neuorganisation und ihrem Funktionieren notwendigen Mittel. (...)

16) Durchführung einer umfangreichen Alphabetisierungskampagne und eines demokratischen Programms der Erwachsenenbildung auf den Gebieten der Gesundheit, Erziehung, landwirtschaftlichen Produktion und kommunalen Organisationen.

17) Entwicklung eines massiven Arbeitsbeschaffungsprogramms, basierend auf staatlichen und privaten Investitionen in arbeitsintensiven Bereichen. Durchführung eines Notprogramms für den Erwerb von Rohstoffen und unentbehrlichen Produktionsmitteln für die wirtschaftliche Wiederbelebung...

18) Initiierung und Entwicklung eines Programms zur Organisation des Volkes durch Ausweitung und Festigung der Gemeinden und der lokalen Gemeinschaften und Organisationen. Teilnahme dieser Organe an der Planung, Durchführung und Bewertung der Projekte zum Nutzen der Gemeinden.

19) Entwicklung eines Programms zum Ausbau der Kommunikationsmittel, das die Schaffung von Kommunikationsmitteln des Volkes von lokalem Interesse vorsieht.

20) Konstituierung eines Wahlgremiums, das in Übereinstimmung mit allen Parteien, die Durchführung freier Wahlen vorbereitet. Es wird ein vertrauenswürdiges Wahlgregister erstellt.

## Wirtschaftliche und soziale Reformen

1. Schaffung der Grundlagen für die Durchführung einer vollständigen Agrarreform, Absicherung der freien Beteiligung der Landarbeiter bei ihrer Umsetzung. Entwicklung eines Programms zur Organisation von Kooperativen für die kleinen Landeigentümer.

2. Schaffung der Grundlagen für die vollständige Realisierung der Nationalisierung des Banken- und Finanzsystems, mit dem Ziel, die Finanz- und Kreditstruktur im Interesse der Mehrheit des Volkes zu gestalten.

3. Schaffung der Grundlagen für die vollständige Realisierung einer Außenhandelsreform, die die Kontrolle über die wichtigsten Exportprodukte sichert: Kaffee, Baumwolle, Zuckerrohr, Meeresprodukte und Fleisch. Außerdem soll die Einfuhr von Rohstoffen, Produktionsmitteln, Ersatzteilen und Technologie, die für die nationale Produktion benötigt werden, kontrolliert werden.

4. Schaffung der Grundlagen für eine angemessene Lösung des Wohnungsproblems der unteren Einkommensgruppen als auch der schrittweisen Ausweitung des Systems der sozialen Sicherheit und Umorientierung der Auslandsinvestitionen damit sie wirklich dazu beitragen die sozialen Bedürfnisse zu befriedigen. (...)

len Gebieten und im Süden festzusetzen und uns nicht vertreiben zu lassen.

Wir sind bestrebt, den Counter-Insurgency-Patrouille-Einheiten der „Cazadores“ dauernd Gefechte zu liefern, sie zu zermürben. Wir versuchen, viele Angriffe, die den Gegner provozieren sollen, mit großen Angriffen auf in Bewegung befindliche Einheiten zu verbinden. Wir sind darauf aus, zu Angriffen auf die großen Garnisonen überzugehen, die diese vernichten.

Wir sind bemüht, unsere Mobilität zu erhöhen, unsere Fähigkeit, eine große Menge von Menschen für die entscheidenden Kämpfe zu konzentrieren, und dazu überzugehen, Artillerie in großem Maße anzuwenden.

Die Offensiven der FMLN im September und im Oktober/November 1983 und die, die zur Zeit läuft – die mit den spektakulären Erfolgen in El Paraiso und bei der Brücke Cuscutlan begann – lassen die Behauptung zu, daß unser strategischer Plan sich durchsetzt.

Der Feind hat sich gezwungen gesehen, seine Pläne zu verschieben und nicht hin-

ausübt und auch offensiv, aber in geringerem Ausmaß, kämpft, sind unsere operativ-strategischen Einheiten diejenigen, die überall im Lande auftauchen, um die Eliteeinheiten des Feindes zu schlagen. Diese Eliteeinheiten sind die tatsächlichen Stützen des Regimes.

Die Zermürbung und Vernichtung dieser Kräfte (ungefähr 20% der Gesamtstreitkräfte des Regimes) würde für das Regime zur Folge haben, daß es seinen Counter-Insurgency-Krieg nicht mehr weiter entfalten kann und mit der FMLN/FDR über eine politische Lösung des Konflikts verhandeln muß.

### Die Wahlen bringen nichts

Die Regierung Reagan versucht, diesen Moment hinauszuzögern, indem sie mit einer US-Invasion einen solchen Kollaps verhindert. Sowohl das Pentagon als auch die Reagan-Mannschaft sind sich darin einig, daß nur eine solche Intervention den beschleunigten Kurs hin auf

bliert, das durch innere Kämpfe untergraben wird und den bekannten Rädelführer der Todesschwadronen, D'Aubuisson, zum Präsidenten der Verfassunggebenden Versammlung gemacht. Man kann nicht von Wahlen sprechen, ohne zuerst das Problem des staatlichen Terrors zu lösen, der die minimalsten Rechte und demokratischen Freiheiten unterdrückt.

Das Problem besteht darin, die Sicherheit der Kandidaten, der Masse der Propagandisten und Aktivisten der demokratischen und revolutionären Kräfte zu gewährleisten, die in einem Klima der Freiheit und der bürgerlichen Sicherheit offen die Alternative FMLN unterstützen würde.

Das Problem ist die Respektierung solcher Wahlen und offensichtlich auch die Unverfälschtheit des Wahlvorgangs (in unserem Land gab es in den letzten 10 Jahren nur gefälschte Wahlen).

Das Problem ist es, unsere Reform der sozialökonomischen Strukturen und die Entwicklungspläne für alle Gebiete wirklich durchzusetzen. Daskann ohne die Verletzung der Interessen der traditionellen Oligarchie nicht geschehen.

Die Wahlen in El Salvador dürfen nicht der Deckmantel sein, um eine Intervention zu rechtfertigen. Im Gegenteil, sie müssen ein politisches Instrument sein, das den Konflikt löst und ihm an die Wurzel geht.

Der einzig vernünftige Vorschlag ist der der FMLN/FDR über die Bildung einer provisorischen Regierung (siehe Kasten; d. Red.) mit breiter Beteiligung, in dem alle Kräfte des politischen Spektrums vertreten sind, das die politischen Bedingungen und die notwendige Sicherheit schafft und danach Wahlen ausschreibt: Dies wären erste demokratische Wahlen in der Geschichte El Salvadors.



San Salvador, 1984: US-Außenminister Shultz (r.) auf Routinebesuch bei Übergangspräsident Magaña

ter unserer Initiative zurückzustehen: die entscheidenden Kämpfe finden statt, wo und wann die FMLN es will. Die Gebiete, die unter Kontrolle des Volkes sind, haben sich beträchtlich ausgeweitet, und es haben sich uns neue Kampfschauplätze eröffnet: in den Departements von San Vicente, Usulután und San Miguel, den Zonen, aus denen uns das Regime entfernen wollte.

**AIB:** Welchen Stellenwert messen Sie dabei den neuformierten mobilen FMLN-Einheiten zu?

**FMLN/FDR:** In dieser neuen Etappe unserer strategischen Offensive wird die Rolle unserer mobilen Einheiten, die wir operativ-strategische Einheiten nennen, ganz entscheidend.

Während der Rest unserer Einheiten die Kontrolle und Verteidigung der Zone

eine militärische Kräfteverschiebung zugunsten der FMLN ändern kann.

**AIB:** Die Regierung hat für den 25. März d.J. Wahlen angesetzt. Was ist die Position der FMLN/FDR dazu? Ist Ihres Erachtens zu erwarten, daß die Regierungskoalition über die Wahlen hinaus Bestand hat?

**FMLN/FDR:** In der gegenwärtigen Situation sind Wahlen, die von der Regierung durchgeführt und kontrolliert werden, als politisches Instrument völlig unbrauchbar. Nur die Drohung und Erpressung der Bevölkerung können überhaupt jemanden an die Urne bringen.

Die letzten Wahlen waren ein schlagender Beweis dafür: Anstatt den Dialog und Frieden zu bringen, der dem salvadorianischen Volk versprochen wurde, haben sie nur ein rechtes Regime eta-



**Adressenänderungen  
bitte rechtzeitig  
bekanntgeben!**

Kenrick Radix

## Widerstand, wie ihn das Volk will

Am 28. 29. Januar d.J. fand in Hamburg die zweite bundesweite Grenada-Solidaritätskonferenz statt. An ihr nahmen ca. 150 Freunde Grenadas und Mitglieder von Solidaritätsgruppen aus Westeuropa teil. Der Verlauf der vom Karibik Informationszentrum organisierten Konferenz wurde vor allem durch die Anwesenheit des ehemaligen Justizministers der Revolutionären Volksregierung (PRG), Kendrick Radix, bestimmt. Wir veröffentlichen Auszüge aus seinen Ausführungen zum Scheitern der Revolution, über die Zeit nach der US-Invasion und zu den Perspektiven der revolutionären Bewegung im okkupierten Grenada. Die Teilnehmer der Konferenz einigten sich darauf, die „Maurice Bishop und die Märtyrer vom 19. Oktober 1983 Gedächtnisstiftung“ materiell zu unterstützen (siehe Kasten).

### Zur Verschwörung innerhalb der New-Jewel-Bewegung

Als der Genosse Bishop die Revolution führte, war es überhaupt keine Frage, daß die Interessen des Volkes unseres Landes im Vordergrund standen und daß die Menschen selbst die Säulen und das Fundament der revolutionären Veränderungen waren.

Jedoch gab es innerhalb der Partei seit einiger Zeit eine zweite Gruppe von Leuten, die aus einer Studiengruppe unter Führung von Bernard Coard entstanden war und die Bezeichnung Organisation für Revolutionäre Erziehung und Befreiung (OREL) trug. Dies waren junge Schüler, die um 1975 herum unter Bernard Coard den Marxismus-Leninismus studierten und denen der Fortgang der Entwicklungen und der revolutionären Veränderungen des Landes immer zu langsam war.

Sie versuchten uns dazu zu bewegen, die New-Jewel-Bewegung in eine marxistisch-leninistische Partei umzuwandeln. Dies taten wir nicht und dem stimmten wir aufgrund der objektiven Bedingungen, die in unserem Lande existieren, nicht zu.

Mit dem Sieg der Revolution wurden viele Leute der OREL, meiner Meinung nach von außerhalb, in Positionen mit potentieller Macht und Autorität im Staat und der Partei gebracht.

Die Verschwörung entwickelte sich über einige Jahre hinweg, aber sie war ein kontrollierbares Phänomen. Durch eine Reihe von Manövern gelang es ihnen, die Herrschaft, die Kontrolle und die Stimmenmehrheit innerhalb des Zentralkomitees zu erlangen.

### Zur Absetzung und Ermordung Maurice Bishops

Als Maurice Bishop abwesend war (er besuchte Ende September/Anfang Oktober 1983 mehrere sozialistische Länder; d. Red.) beschlossen sie auf ihren Sitzungen in Fort Rupert ihn zu entmachten, und daß das Zentralkomitee, d.h. Bernard Coard, der ein Jahr vorher die Partei verlassen hatte, die Führung der Revolution übernehmen sollte. Dabei mißachteten sie zu jeder Zeit, die demokratischen Strukturen, die aufgebaut worden waren, wie z.B. die Gebietsräte (parish councils), die Frauenorganisationen, die Jugendorganisationen, die Arbeiterversammlungen usw.

Als sie danach ihren Beschluß den Arbeitern vorlegten, die schließlich diejenigen waren, die durch unsere Revolution an der Macht waren, sagten diese Arbeiter ihnen: „Haut ab.“ Sie lehnten die Absetzung Maurice Bishops ab. Dies machte sie zornig, denn sie erkannten, daß sie isoliert waren.

Als Maurice Bishop unter Hausarrest ge-



Kenrick Radix

stellt wurde leiteten die Streitkräfte – ich sollte vielleicht sagen das Offizierskorps – das ein, was eine militärische Lösung genannt wurde. Kürzlich gelangte ein Dokument in unsere Hände, in dem eine Lösung nach der Art Afghanistans erwähnt wird (im Herbst 1979 wurde der Präsident Afghanistans Nur Mohammed Taraki durch die Gruppe um Hafizullah Amin abgesetzt und ermordet; d. Red.).



Ex-Diktator E. Gairy bei der Rückkehr nach Grenada

Sie waren so neunmalklug, daß sie Maurice Bishop umbrachten, und den Anlaß für die Invasion der USA lieferten. Jedes Kind in unserem Lande hätte ihnen das sagen können.

Aus diesem Grunde haben einige von Euch große Schwierigkeiten zu verstehen, warum so viele Leute die US-Amerikaner willkommen hießen. Es liegt daran, daß sie das wichtigste Gesetz der Revolution gegen den Feind und nicht gegen das Volk benutzt werden sollen, brauchen.

Fidel (Castro) hat gesagt: „Kein Verbrechen kann im Namen der Revolution begangen werden“, und ich unterstütze und pflichte dieser Aussage von Fidel bei.

### Zum Vorgehen der Besatzer

Unser Land ist heute durch die Streitkräfte der USA besetzt, obwohl sie sagen, daß die Streitkräfte das Land verlassen haben. Dies stimmt jedoch nicht. Einige Soldaten haben nur ihre Kleidung



G. I. „bewacht“ Revolutionsgraffiti

gewechselt und sagen, daß sie jetzt Militärpolizisten sind. Aber sie gehören noch immer der 82. Luftlandedivision (Teil der US-Invasionstruppen und der Schnellen Eingreiftruppe; d. Red.) an. Viele Sozialprogramme der Revolution wurden abgebrochen. Das Zentrum für Volksbildung wurde z.B. geschlossen, die Frauenprogramme, die die weitere Emanzipation der Frauen fördern sollte, wurden gestoppt. Die Arbeit unter den Jugendlichen wurde ebenfalls offiziell eingestellt. Es gibt keine wirtschaftlichen Programme, die verwirklicht werden. Die Arbeit am internationalen Flughafen wurde ebenfalls eingestellt.

Als Resultat dieser Ereignisse sind jetzt mehr als 3.000 Menschen arbeitslos. Es wurde ein beratender Übergangsrat gebildet, der bis jetzt nichts getan hat, um die bestehenden wirtschaftlichen Probleme zu lösen.

Es findet in Grenada ebenfalls eine Hexenjagd statt, durch die ehemalige Gairy-Elemente (Eric Gairy regierte Grenada bis zur Revolution im Jahr 1979 als Diktator und kehrte 1984 auf die Insel zurück; d. Red.) in verantwortliche Positionen gebracht werden, und die arbeitenden Menschen mit Verachtung und Feindschaft behandeln.

#### Zur politischen Repression

Mehr als 3.000 Menschen wurden zu irgendeinem Zeitpunkt von den US-Streitkräften inhaftiert.

Heute halten sie ungefähr 35 Personen in Richmond Hill in Haft. Bei der Gefangennahme, der Haft und den Verhandlungen gaben sie ihnen besondere Instruktionen: Beteiligt euch an keiner Art

politischer Tätigkeit, beteiligt euch nicht an irgendeiner Handlung gegen die Regierung.

Als auch ich in US-Haft war, sagten sie mir dasselbe. Und ich sollte mich an keinen kriminellen Aktivitäten beteiligen, sonst würde ich wieder verhaftet werden. Öffentliche Versammlungen sind noch immer verboten.

Der CIA ist aktiv im Lande. Alles, was sie mit einigem Nutzen in ihren Lehrbüchern gelesen haben, wird jetzt in die Tat umgesetzt. Unsere Telephone werden abgehört.

#### Zum Widerstand der Arbeiter

Die Morde an den Genossen Vincent Noel und Fitzroy Bain und die verräterische Rolle, die einige Gewerkschaftsführer spielten, haben in einem gewissen Maße zur Diskreditierung und zum Zusammenbruch einiger starker Gewerkschaften geführt. Die US-Amerikaner arbeiten mit einigen diskreditierten Gewerkschaftsführern zusammen.

In diesem Zusammenhang möchte ich auf die Seeleute- und Hafnarbeitergewerkschaft verweisen, die kürzlich damit beauftragt wurde, in ganz Grenada alle Losungen zu übermalen.

Es gab auch den Versuch, durch ein reaktionäres Mitglied der Gewerkschaft der Handels- und Industriearbeiter die Kontrolle über diese Gewerkschaft zu erlangen. Dieser Versuch schlug jedoch kläglich fehl. Und ich denke, daß die US-Amerikaner sehr von der Militanz dieser Gewerkschaft überrascht waren.

Ich glaube, daß sich die Widersprüche noch weiter zuspitzen werden. Dadurch, daß die Arbeiter den Druck der Preiserhöhungen spüren, und daß die Versuche, die Gewerkschaften zu kontrollieren, andauern, wird es mehr und mehr zu Unruhen unter den Arbeitern kommen. Ich denke, daß die Arbeiter unter der Revolution viele Rechte und Vorteile durch die Arbeit der Gewerkschaftsbewegung erlangten. Diese Beispiele werden nicht vergessen werden. Und die Arbeitersolidarität wird sich in der nächsten Zeit verstärken. Sie werden letztendlich eine wichtige Rolle spielen, wenn sie sich reorganisieren und sich im politischen und wirtschaftlichen Leben Grenadas behaupten.

Außerdem ist es eine Tatsache, daß das AIFLD (Amerikanisches Institut für die Entwicklung freier Gewerkschaften; d. Red.) jetzt Schulungsseminare abhält für die Gewerkschaftsbewegung. Bekanntlich ist das AIFLD ein Arm des CIA.

#### Zu den Perspektiven der Anhänger Maurice Bishops

Was werden wir tun? Was muß getan werden, besonders in Anbetracht der Tatsache, daß Eric Gairy, ehemaliger Diktator während 28 Jahren, zurückgekehrt ist, und versucht, sich wieder an der Entwicklung zu beteiligen.

Was bisher getan wurde, ist die Gründung des Gedächtniszentrums (am 21. Januar d.J., vgl. Kasten; d. Red.), um das Gedenken an unsere revolutionären Kämpfer zu verewigen und um gleichzeitig den

### Maurice Bishop Stiftung



Am 21. Januar d.J., dem 10. Jahrestag der Ermordung Rupert Bishops, des Vaters von Maurice Bishop, gründeten Anhänger der grenadischen Revolution, darunter Kendrick Radix (ehemaliger Justizminister), George Louison (ehemaliger Landwirtschaftsminister) und Lyden Ramdhammy (ehemaliger Tourismusminister) in St. George's die

„Maurice Bishop und die Märtyrer vom 19. Oktober 1983 Gedächtnisstiftung“.

Die wichtigsten Ziele der Stiftung sind:

- Verbreitung der Schriften und Reden M. Bishops und der anderen ermordeten Revolutionäre.
- Verbreitung von Informationen über die Ziele und Errungenschaften der Revolution.
- Errichtung eines Denkmals für M. Bishops.
- Gründung eines Instituts für wirtschaftliche und soziale Forschungen.
- Fürsorge für die Hinterbliebenen der Ermordeten vom 19. Oktober 1983.
- Vergabe von Stipendien und Fortführung einiger Projekte der Revolution.
- Herstellung internationaler Kontakte zur Förderung dieser Ziele.

Auf der zweiten bundesweiten Grenada-Solidaritätskonferenz rief K. Radix dazu auf, dieses Projekt durch Sach- und Geldspenden zu unterstützen.

Spenden können auf folgende Konten eingezahlt werden (Stichwort „Maurice Bishop Gedächtnisstiftung“): Karibik Informationszentrum, Th. Poese, Konto Nr. 224090-201, PschA Hamburg (BLZ 200 100 20)

Solidaritätskomitee Grenada e.V., N. Noisser, Konto Nr. 2607581600, Bank für Gemeinwirtschaft, Frankfurt/M. (BLZ 500 101 11)

Dorothea Schielke/Katja Maurer

## Chile 1984 — das Jahr der Streiks?

Geist des obersten Führers unseres revolutionären Prozesses lebendig zu halten. Die Hoffnungen und die Sehnsüchte der Menschen waren so erschüttert, daß viele sich nicht mehr an politischen Tätigkeiten beteiligten. Viele Menschen, die die Linie der Partei gegenüber den Massen vertraten, waren dadurch so diskreditiert, daß es zu einem wahren Zusammenbruch der politischen Aktivitäten kam. Die Lage war in der Tat sehr ruhig, weil auch George Louison, Lyden Ramdhammy und ich (überlebende Anhänger M. Bishops in der NJM-Führung; d. Red.) unter ständigem Druck standen.

Aber wir analysierten, daß, um das Eis zu brechen, die Gedächtnisstiftung das erste Mittel für das Wiedererstehen revolutionärer Interessen und Ausdrucksmöglichkeiten im Land sein würde. Diese Gründung ist politisch, weil sie versucht die Werte und das Leben der Märtyrer des 19. Oktober (1983; d. Red.) zu verewigen.

Dadurch werden die Menschen Mut und Stärke schöpfen, um weiterzumachen. Bei den kommenden Wahlen, die — wie die Besatzer sagen — gegen Ende dieses Jahres stattfinden sollen, werden die Menschen eine politische Partei fordern, die die Werte oder Revolutionäre ausdrückt.

Einige Aktivitäten finden bereits statt. Es ist noch zu früh, um eine endgültige Aussage zu machen. Aber ich bin sicher, daß unter den Parteien, die an den Wahlen teilnehmen werden, eine Partei sein wird, die die Ansichten und Werte der revolutionären Ära vertritt.

In einer merkwürdigen Art war die Rückkehr Gairys ein Funken für die Weckung des Interesses unseres Volkes an dem, was getan werden muß, um seinen Versuch, wieder an die Macht zu gelangen, zu verhindern.

Es stimmt, daß die US-Amerikaner gesagt haben, daß keine Partei, die die Anschauungen Maurice Bishops und die Anschauungen der revolutionären Bewegung vertritt, entstehen darf. Zur gleichen Zeit jedoch ist der Übergangsrat nicht fähig, das Land zu führen. Deshalb wird sich der Druck für Wahlen verstärken.

Wenn die US-Amerikaner das Wiedererstehen einer Regierung wie der unter Maurice Bishop nicht wollen, müssen sie die Leute, die dieses Ziel verfolgen, töten. Es ist möglich, daß die Leute nur auf diese Art davon abgehalten werden können.

In der Geschichte unserer Partei war es nicht so, daß es ihr erlaubt worden wäre, bestimmte Sachen zu tun, sondern daß Dinge getan wurden, und man versucht hat, dies zu verhindern. Aber wenn das, was man tut, das ist, was das Volk will, dann kann das Volk letztlich daran nicht gehindert werden.



Links: Das Lager „Raul Silva Henriquez“. Rechts: Am 29.12.1983 bei der Veranstaltung „Frauen für das Leben“ in Santiago

Ist das hier Chile? In der Avenida „No pierdas la esperanza“ (Verlier nicht die Hoffnung) wehen vor den zusammengeagelten Hütten, vor den Zelten chilenische Fahnen.

Mit Stolz führt uns die Leiterin des Lagers „Raul Silva Henriquez“ vorbei an der von den Obdachlosen errichteten Waschstelle mit 10 Duschen, an der Apotheke (die Medikamente wurden von befreundeten Ärzten gespendet), ins Organisationszelt, in dem die gewählte Leitung des Lagers ihren Sitz hat, in die Schule, wo nur ein paar Tische und Stühle vorhanden sind, es aber an Papier fehlt. Die Kinder schreiben deshalb auf Zetteln, die sie zum Teil auf der Straße auflesen.

### Lager „Silva Henriquez“

So wie das Lager „Raul Silvas Henriquez“ existieren im Santiagoer Stadtteil „La Granja“ zwei weitere Landbesetzungen („tomas“). 40.000 Obdachlose leben dort — die größte toma in den 10 Jahren faschistischer Diktatur. Mitte Dezember 1983 hatte die Koordination der Obdachlosen in der Hauptstadt mit 800 Leuten angefangen. In den ersten Tagen wuchs die Zahl auf 10.000 an, jetzt sind es 40.000.

Zuerst versuchte das Regime die „tomas“ mit Gewalt zu beseitigen, doch es waren zu viele pobladores (Obdachlose). Und: sie sind zu gut organisiert. In jedem Straßenzug gibt es eine Verteidigungsgruppe, die Tag und Nacht das Lager bewacht. Alle Lager unterliegen den Selbstverwaltungsorganen, zusammengesetzt aus gewählten Vertretern der einzelnen Sektoren und Führern der Obdachlosenkomitees, die mit der „metro“ gemeinsam die Aktionen initiiert hatten. Die Beteiligung aller Obdachlosen an der Selbstverwaltung und Organisation des Lagers ist Hauptaufgabe und macht die Stärke dieser Bewegung aus. Fast jeder arbeitet irgendwo mit: im Komitee für Gesundheit, für Verteidigung, für Öffentlichkeit, für Publikation (je nach Finanzsituation erscheint eine Lagerzeitung), für Solidarität, Versorgung oder in der Baubrigade.

Die pobladores haben selbst die Regeln des Zusammenlebens aufgestellt. Dazu gehört neben der Selbstverwaltung, dem solidarischen Verhalten auch das Verbot von Alkoholkonsum; Schulungskurse werden durchgeführt. Auf dem Programm stehen politische Bildung, Alphabetisierungskurse für Erwachsene oder Erste-Hilfe-Kurse. An manchen Abenden kommen Künstler ins Lager. An den Wochenenden werden Veranstaltungen

und Feste durchgeführt. Mit den tomas machten die pobladores nicht allein auf eines der gravierendsten sozialen Probleme im heutigen Chile aufmerksam – mehr als 1 Mio Menschen haben keine eigene Wohnung. Sie verdeutlichen damit auch, daß mit der Diktatur keine Lösung ihrer Probleme existiert, und griffen zur Selbsthilfe.

Sie dient aber nicht zur Vertuschung der Probleme und ihrer Verursacher. Im Gegenteil, diese Aktionen führen zu einer weiteren Politisierung und Steigerung



des Bewußtseins unter den am stärksten von der Diktatur Betroffenen. 80% der Leute in den tomas, so erklärte uns die Leiterin von „Raul Silva Henriquez“, hätten ihre Angst vor der Diktatur verloren und beteiligten sich jetzt an den Aktionen der Opposition.

### „Frauen für das Leben“

Nur hieraus läßt sich eine zweite wichtige Widerstandsaktion erklären. Weitestgehend von den Bewohnern der Lager initiiert, haben große Teile der im Minimalbeschäftigungsprogramm Angestellten Ende des vergangenen Jahres in Santiago für eine gerechte Bezahlung und Arbeitsverträge gestreikt.

Gestreikt haben die, die mit ihrem kärglichen Lohn (2.000 Pesos, 60 DM im PEM und 120 DM im POJH, dem Programm für Familienoberhäupter) ihre Familien nicht ernähren können. Wenn sie aber ihre Arbeit verlieren, dann liefern sie sich dem Hunger aus.

Sie haben die Arbeit verloren: Die Regierung verkündete die Auflösung der Programme und setzte damit in Santiago mehr als 60.000 Menschen an die Luft. Trotzdem verbucht der Streik einen wichtigen Erfolg. In Vorbereitung und während der Durchführung haben sich in

Santiago erstmals Komitees der PEM und POJH-Beschäftigten sowie der Arbeitslosen gebildet. Diese Komitees sind eine wichtige Grundlage zur Beteiligung der Arbeitslosen am angestrebten nationalen Streik.

Es sind weniger die großen Aktionen, die derzeit die Szenerie in Chile prägen, sondern eher solche Protestformen: Aktionen von 90 Priestern und Nonnen gegen die Aktivitäten des Geheimdienstes CNI vor dem Regierungsgebäude; das Töpfeklappen der Frauen während der Rede Pinochets zum Jahreswechsel; die Durchführung von Bürgerversammlungen (eine Art lokaler Demonstrationen gegen die Diktatur), zu denen die Demokratische Allianz (AD, christdemokratisch geführtes Oppositionsbündnis; d. Red.) aufgerufen hatte und die von der Volksdemokratischen Bewegung (MDP) unterstützt werden.

### Volk in der Offensive

Einer der Höhepunkte in der Kette dieser Aktivitäten war die Veranstaltung „Frauen für das Leben“, mit der Frauen aus den wichtigsten politischen Gruppierungen für die Einheit der Oppositionsbewegung eintraten.

10.000 Frauen waren dem Aufruf zum 29. Dezember 1983 gefolgt. Für die Organisatorinnen eine Überraschung, waren sie, die Christdemokratinnen, Kommunistinnen, Sozialistinnen und Sozialdemokratinnen bei den großen politischen Oppositionsgruppierungen nicht auf unvoreingenommene Unterstützung angesichts weiter bestehender Differenzen gestoßen. Dem Bedürfnis und Drängen breiter Volksschichten auf Einheit entspricht aber das Echo, das die Veranstaltung im Theater Caupolican trotz der zögerlichen Haltung vor allem seitens der Demokratischen Allianz erhielt.

Nicht nur, wenn der Name Pinochet fiel, verliehen die Frauen durch Losungen und Mißfallensäußerungen ihrer Ablehnung Ausdruck. Als ein Dia mit der chilenischen Fahne, umgeben von den Fahnen aller Oppositionsparteien, gezeigt wurde, ging eine Welle der Zustimmung durch die Reihen, erhoben sich zehntausend Frauen von den Plätzen und riefen: „El pueblo unido jamas sera vencido“ (Das vereinte Volk wird niemals besiegt werden).

Das Volk sei zur „Offensive übergegangen“<sup>1</sup> und lasse sich nicht aufhalten, bis die Demokratie erkämpft sei, schätzte die Volksdemokratische Bewegung (MDP) zum Jahreswechsel ein (in der MDP sind die Sozialisten, die Kommunisten, die Revolutionäre Bewegung der Linken – MIR, Teile der Radikalen Partei und der Christlichen Linken vertreten).

Hier liegen die Ursachen dafür, daß gewisse Freiräume auch für die Opposition erkämpft worden sind. Die Diktatur ist so isoliert, daß sie nicht einmal die erste öffentliche Veranstaltung ihrer ärgsten Feinde verhindern konnte. Mit mehreren tausend Teilnehmern beging die Kommunistische Partei Chiles, neben den Christdemokraten die stärkste Oppositionskraft, im Theater Caupolican ihren 62. Jahrestag. Sie schätzte dort ein, daß das Jahr 1983 „in unsere Geschichte als das Jahr eingehen wird, in dem das Volk, die Unterdrückten auf der nationalen Szene mit Macht in Erscheinung treten und sich in den entscheidenden Faktor des demokratischen Fortschritts verwandeln. Mehr noch, dieses Erscheinen des Volkes und der Massen hat alle Prozesse in Gang gebracht, die die Möglichkeit eröffneten und eröffnen, die Einheit ohne Ausschluß zu realisieren.“

Daß die Kommunisten entscheidenden Anteil an dieser Massenmobilisierung haben, beweisen nicht zuletzt die Landbesetzungen in Santiago, die in erster Linie von ihnen initiiert wurden.

Die von den Kommunisten und den anderen Mitgliedsorganisationen der Volksdemokratischen Bewegung vertretene Auffassung, daß Pinochet nur durch die Einheit und „eine ständige Mobilisierung“<sup>2</sup>, wie sie derzeit in Chile zu beobachten ist, gestürzt werden kann, gewinnt – wenn auch langsam – in anderen Teilen der Opposition an Einfluß.



Vlnr. J. Lavandero (Christdemokrat), J. Insunza (KP und Vizepräsident der MDP), R. Nuñez (Politisches Komitee der Sozialistischen Einheit) und M. Almeyda (Präsident der MDP und der SP) singen bei der Feier des 62. Jahrestages der chilenischen KP die Internationale

Der christdemokratische Ex-Senator Jorge Lavandero, der an der KP-Veranstaltung teilnahm, steht offensichtlich nicht mehr allein mit seiner Position, daß nicht vom Kommunismus, sondern vom nordamerikanischen Imperialismus und dem internationalen Kapital die Gefahr für Lateinamerika ausgeht.<sup>3</sup>

Zumindest Modifikationen hinsichtlich ihrer Haltung den Kommunisten gegenüber, der eigentliche Knackpunkt in der Auseinandersetzung um eine Zusammenarbeit mit der MDP, drücken sich auch in der Erklärung der Demokratischen Allianz (AD) aus, in der sie ihre „Ehrfurcht vor dem großen Leid der Kommunisten“ ausdrückt.<sup>4</sup> Pluspunkte konnte die KP auch durch einen auf Initiative des damaligen AD-Vorsitzenden, Ricardo Lagos, geführten öffentlichen Briefwechsel verbuchen. Ihre Antwort auf die Frage des Sozialisten, welchen Weg denn nun die Kommunisten als Ausweg für Chile anstreben, den argentinischen oder den nikaraguanischen, antworteten diese schlicht: den chilenischen.<sup>5</sup>

Verschiedene Gründe zwingen große Teile der Demokratischen Allianz, zumindest größere Vorsicht in ihrer Haltung der chilenischen Linken gegenüber an den Tag zu legen. Zum einen hat sich ihre Hoffnung auf einen Ausweg per Verhandlungen mit der Diktatur als Irrweg erwiesen und sie gezwungen, auf Massenaktionen das Schwergewicht zu legen.

Das wiederum ist ohne die Linke gar nicht durchführbar (viele schreiben den Erfolg der Großdemonstration im November vergangenen Jahres vor allem der Mobilisierung durch die MDP zu). Zum anderen droht ihr die Isolierung von der Arbeiter- und Jugendbewegung, sollte sie sich nicht bereitfinden, die von dort ausgehenden Aktionen zu unterstützen. Der rechte Flügel in der AD ist mit einer solchen, auf Massenaktionen orientierten Linie nicht einverstanden und gibt seiner Mißbilligung auch öffentlich Ausdruck.

Über das von der Diktatur verabschiedete Kupfergesetz, das dem Aufkauf der nationalen Reichtümer durch das ausländische Kapital Tür und Tor öffnet, kam es zu heftigen Meinungsverschiedenheiten innerhalb der AD. Während der ehemalige christdemokratische Präsidentschaftskandidat, Tomić, und die MDP eine breite Kampagne gegen das Gesetz entfacht haben, zögern die Rechten in der AD. Sie befürchten, daß durch die Ablehnung dieses Gesetzes ihre eigenen Profitmöglichkeiten eingeschränkt werden könnten.

Diese Kräfte sind auch gewillt, das von Pinochet vorgeschlagene Parteiengesetz für abzuhaltende Wahlen, das die Anerkennung der faschistischen Verfassung und den Ausschluß der Linksparteien

vorsieht, als positiven Schritt anzuerkennen.

Wesentlich beeinflusst ist die Haltung dieser Kräfte durch die US-amerikanische Botschaft in Santiago, zu der sie engste Kontakte besitzen. Die US-Botschaft aber mischt sich so offen wie schon lange nicht mehr in die chilenischen Belange ein.

Die Regierung Reagan setzt in erster Linie weiter auf Pinochet, dessen Stellung im Militär noch relativ unangefochten ist. Eine Alternative sieht sie vorerst noch nicht in der Demokratischen Allianz, mit deren auf die chilenischen Mittelschichten und Bourgeoisie begrenzten Einfluß.

Die US-Regierung versucht, ihre Variante des Auswegs durchzusetzen: Eine scheinbar zivile Regierung, aber mit einem starken Militär im Hintergrund, ganz nach dem Muster der Pinochet-Verfassung. So findet zwar offiziell ein „Dialog“ mehr zwischen der AD und dem Regime nicht statt, per Vermittlung durch die US-Botschaft aber laufen noch immer heiße Kanäle zwischen dem Regime und der AD.

### Vor großen Arbeiterstreiks?

Aus der Sicht der Mitte-Rechts-Opposition in Chile ist dies durchaus verständlich. Denn was sind die Alternativen zu ihrem jetzigen Handeln? Die Unterstützung der von großen Teilen der Gewerkschaftsbewegung und der MDP angestrebten „totalen Paralyse“ des Landes durch einen nationalen Streik, der „durch einen breiten Prozeß verschiedenster konkreter Kämpfe, Demonstrationen und Massenaktionen verschiedensten Typs, durch kleine Aktivitäten auf lokaler und regionaler Ebene möglich gemacht wird“?<sup>6</sup>

Die Nationale Gewerkschaftskoordination (CNS) hatte bereits Ende vergangenen Jahres „einen Streik aller Aktivitäten, um Veränderung in der politischen und wirtschaftlichen Führung durchzusetzen“ als Hauptaufgabe für 1984 bezeichnet. Die dazu notwendige Einheit der Arbeiterklasse ist durch den Kongreß der wichtigsten Gewerkschaft, der Kupferföderation, gefestigt worden.

Trotz massiver Versuche seitens der Regierung eine erneute Kandidatur des alten Vorstandes mit rechtlichen und politischen Mitteln zu verhindern, wurden Seguel als Vorsitzender sowie das alte Exekutivkomitee, in dem auch Kommunisten und Sozialisten sitzen, einhellig wiedergewählt.

Gestärkt wurde auch das Nationale Kommando der Arbeiter (CNT) als Dachverband fast aller chilenischer Gewerkschaften.

Die neuen Vorstände in der Gewerk-

schaft der Bankangestellten und der Erdölarbeiter vertreten eine kämpferische Linie gegen die Pinochet-Diktatur. Verschiedene Gewerkschaftsführer, darunter auch der Christdemokrat Bustos, betonen in ihren Äußerungen die Notwendigkeit der Einheit aller oppositionellen Kräfte und sehen in Massenaktionen die Grundlagen für den Sturz Pinochets.<sup>7</sup> Diese Einheitsbestrebungen sind die Ursache dafür, warum die Arbeiterbewegung heute wieder an der Spitze des Kampfes gegen die Diktatur steht.

Auf einer von der CNT einberufenen Konferenz von mehr als 300 Gewerkschaftsführern Anfang Februar d.J. wurden weitere Aktionen beschlossen, und für den 27. März 1984 ein Nationaler Protesttag ausgerufen. Er soll ein Markstein auf dem Weg zu einem nationalen Streik werden, dessen Termin die Gewerkschafter im April d.J. festlegen wollen.

In Zielrichtung auf einen nationalen Streik läuft auch die Schaffung von Arbeiterkoordinierungen, die in Santiago und zwei weiteren chilenischen Städten bereits gebildet wurden. Diese Basiskomitees haben sich die Vorbereitung des Streiks unter Einbeziehung aller sozialen Organisationen und Basisgewerkschaften, die in keiner überregionalen Organisation vertreten sind, zur Aufgabe gestellt.

Ausgehend von den Erfahrungen des letzten Streiks im Juni vergangenen Jahres, und um zögernde Kräfte in der Christdemokratie unter Druck zu setzen, führen diese Arbeiterkoordinierungen eine intensive Arbeit an der Basis durch. Die Bedingungen für einen nationalen Streik und weitergehender Aktionen sind nach Meinung der chilenischen Linken vorhanden. Hier liegt der Schlüssel für die Antwort auf die Frage einer chilenischen Oppositionszeitung: „1984: Se va o no se va?“ (Geht Pinochet 1984 oder geht er nicht?)

#### Anmerkungen:

1) Erklärung der Volksdemokratischen Bewegung (MDP), Santiago, Dezember 1983

2) Ebenda

3) Analisis, Santiago, Nr. 69/Dezember 1983

4) Ebenda

5) Ebenda, Nr. 70/Januar 1984

6) Erklärung der MDP, a.a.O.

7) Dazu der Christdemokrat Roberto Carvajal, Gewerkschaftsführer der Kupferbergleute:

„Wir, die Arbeiter, können nicht aufhören zu protestieren, und wir begreifen die Kundgebung als eine Form des Protests. Wir glauben, daß die Arbeiter in einer Demokratie Vorkämpfer sein müssen, und weil wir Hauptakteure sein wollen, fordern wir eine aktive Beteiligung bei allen Entscheidungen. Wir glauben, daß die Arbeiter nicht weiter im Hinterhof der Politiker sitzen bleiben können. Deswegen auch, und um unsere Einheit zu bewahren, begeben wir uns in eine Haltung der Unabhängigkeit von den politischen Blöcken.“

Analisis, Nr. 67/25.10.-8.11.1983

# Für's AIB werben lohnt sich!

Warum Bücher kaufen, wenn sie als Geschenk ins Haus kommen?  
Für AIB-Abonnenten halten wir jeweils aktuelle Buchtitel als Geschenk bereit. Bücher, die für Dritte-Welt-Interessierte unentbehrlich sind. Unser Angebot wird alle zwei bis drei Monate aktualisiert.

Jeder AIB-Leser kann in den Genuß unseres Buchgeschenks kommen, wenn er

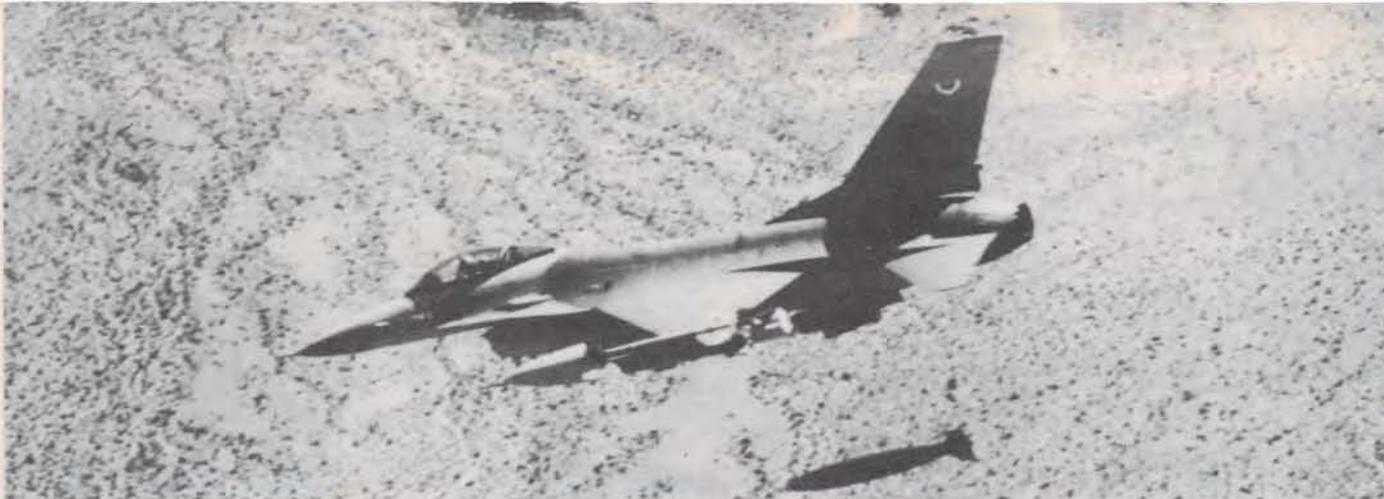
- das AIB bereits selbst abonniert hat,
- einen neuen Abonnenten für unsere Zeitschrift wirbt, und
- der neue Abonnent das Jahresabo bezahlt bzw. uns auf der Bestellkarte (siehe Heftmitte) eine Abbuchungsvollmacht erteilt hat.



Weitere Buchprämien sind aus unserem Gesamtverzeichnis zu entnehmen. Gesamtverzeichnis anfordern bei:  
AIB, Liebigstraße 46, 3550 Marburg 1

**Achtung:**  
Bestellkarte in der  
Heftmitte benutzen!

## Unser aktuelles Buchgeschenk



Exportit F-16

Joe Stork/Jim Paul

# Waffenexportzentrum Nahe und Mittlerer Osten — ein Fallbeispiel der Militarisierung

Im letzten Jahrzehnt ist der Nahe und Mittlere Osten zu einem Mittelpunkt der Aufrüstung in der Welt geworden. Jedes Jahr wächst das Waffenarsenal der Region weiter, da die Vereinigten Staaten, die Sowjetunion, Frankreich, Großbritannien und andere Waffen im Werte von Mrd Dollar in die Länder dort schicken. Während sich in den 70er Jahren der Waffenhandel in der Welt verdoppelte, stiegen die Waffeneinfuhren im Nahen und Mittleren Osten auf das Vierfache (in Dollar zu konstanten Preisen gerechnet).<sup>1</sup> Heute erhält diese Region über die Hälfte aller Waffenlieferungen in die Dritte Welt und mehr als 1/4 aller Waffenlieferungen in der Welt.

## Weltspitze in der Militarisierung

Mit der Zunahme der Waffeneinfuhrer im Nahen und Mittleren Osten geht ein rascher Anstieg der Militärausgaben einher. In weniger als 20 Jahren haben diese sich im Wert verzehnfacht — von 4,7 Mrd Dollar 1962 auf 46,7 Mrd 1980, fast neunmal soviel wie im Weltdurchschnitt. Wenn man die Staaten der Welt nach den Militärausgaben pro Kopf ordnet, dann liegen sechs der sieben ersten im Nahen und Mittleren Osten.<sup>2</sup> Ende der 70er Jahre gab diese Region zwischen 13 und 15% ihres Bruttosozialprodukts für das Militär aus, verglichen mit den 8,3% der Länder des Warschauer Paktes, den nächsten in der Reihenfolge. Die besten Indikatoren für die Militarisierung der Region sind die Zeitreihen-

Schätzungen von Ausgaben, Ausrüstung und Personal (Tabelle 1). (...)

Das dargestellte Verhältnis und die Trends sind unmißverständlich und alarmierend. Das Militärpersonal nahm von 1972-82 um 64% zu und stieg von 2,1 Mio auf 3,5 Mio. Wenn man Israels einsatzbereite Reserven von etwa 300.000 Mann berücksichtigt, hat der Nahe und Mittlere Osten heute beinahe ein doppelt so großes militärisches Gesamtpersonal wie die USA und nähert sich der Gesamtzahl von 4,7 Mio für die USA und alle NATO-Länder (ohne die Türkei) zusammen.

Im gleichen Zeitraum stieg die Zahl der Kampfflugzeuge in der Region um mehr als 50%, von 2.900 auf 4.400 und überbietet die Größe der vereinigten europäischen NATO-Luftstreitkräfte. In bezug auf mittlere Panzer, die Hauptwaffengattung, wuchs das regionale Arsenal um 140%, von 11.250 auf 27.000, beträchtlich mehr als alle Panzer mittlerer Größe der USA und der NATO zusammengekommen.

Konflikte zwischen den Staaten der Region sind die Hauptursache für den regionalen Rüstungswettlauf gewesen. Der Kriegszustand zwischen Israel und den angrenzenden arabischen Ländern ist nur der sichtbarste unter diesen Konflikten. Der Iran begann unter dem Schah (vor 1979; d. Red.) die größte militärische Aufrüstung der Region.

Der Griff des Iran nach der Rolle des regionalen Gendarmen und das Sendungsbewußtsein der Islamischen Republik nach 1979 sind Schlüsselfaktoren

des Wettrüstens am Golf gewesen. Hier hat die US-Politik die Hauptrolle gespielt: die Lieferung von F-4-Phantom-Kampfbombern an den Iran hat z.B. die Lieferung von AWACS (fliegende Überwachungsstationen; d. Red.) und F-15 Kampfflugzeugen an Saudi Arabien einige Jahre später erforderlich gemacht. (...)

Der politische Einfluß des Militärs in den Staaten der Region hat ebenfalls die Militarisierung gefördert. Einige Regimes sind direkt im Militär verankert, darunter Syrien, Libyen, Ägypten und der Sudan.

Im Fall des Irak stützt sich die von Zivilisten geführte (regierende Baath-; d. Red.) Partei auf ihre militärischen Mitglieder, um den Staatsapparat zu kontrollieren. Bei den Monarchien wie Jordanien, Marokko und dem Iran unter den Pahlevis machte die enge Übereinstimmung zwischen dem Thron und den hohen Militärs die Streitkräfte zur hauptsächlichsten institutionellen Säule des Regimes.

Die Monarchien von Saudi Arabien und am Golf sind wieder in einer anderen Lage. Hier ist das militärische Establishment noch relativ neu und auf allen Ebenen stark abhängig von Söldnerkräften. Diese Länder, ebenso wie Libyen, sind für einige der größten Militärausgaben verantwortlich in dem Bemühen, ihre Streitkräfte von einem sehr niedrigen Ausgangsniveau aus auszubauen.

Während Saudi Arabien und die Stadtstaaten am Golf ihre Streitkräfte fast ausschließlich aus dem Ausland impor-

tieren, haben andere Staaten der Region ihre eigenen Militärindustrien entwickelt. Israel und Ägypten sind die wichtigsten Fälle, wobei Israel bereits ein führender Waffenexporteur ist. Der Iran traf unter dem Schah größere Vereinbarungen mit Northrop, Bell und Vickers, um Kriegsflugzeuge, Hubschrauber, Kanonenboote und Panzer zu montieren. Aber diese und andere noch ehrgeizigere Projekte zerfielen mit der Pahlevi-Dynastie.

Die Türkei, das Land mit der größten industriellen Basis in der Region und mit dem zweitgrößten stehenden Heer in der NATO, produziert seit langem leichte Waffen und Munition. Ein Abkommen mit Westdeutschland im Jahre 1979 ermöglichte den Ausbau von Fabriken für Gewehre, Maschinengewehre und Raketen sowie von Schiffswerften. Abkommen über den Lizenzbau von U-Booten und Patrouillenbooten wurden 1980 unterzeichnet.

Gegenwärtige Verhandlungen über den Kauf von 160 modernen Kampfflugzeugen F-16 oder F-18 A beinhalten auch Vereinbarungen über Koproduktionen in der zweiten Phase, um die Kriegsflugzeuge in der Türkei zu montieren und eventuell einen Großteil der Teile dort herzustellen.<sup>3</sup>

### Waffen als Prestigeobjekt...

Die Explosion der Öleinnahmen in der Region beschleunigte die militärische Aufrüstung des Nahen und Mittleren Ostens. Viele Staaten hatten ungeheure finanzielle Mittel zur Verfügung und nur wenig Pläne, um sie zu investieren oder auszugeben.

Durch Ausgaben für das Militär kaufte man Prestige und augenfällige Macht, was von wesentlich geringerer sozialer Sprengkraft in der heimischen Gesell-

schaft war als wirtschaftliche Entwicklungsprogramme. (...)

Die westlichen Regierungen sahen die Waffenverkäufe als eine Möglichkeit an, den Öldollar-Überschuß abzubauen, „der die kurzfristigen Kapitalmärkte der Welt durcheinanderbringt“.<sup>4</sup> Konkreter erklärte Jacques Gansler, damals Unterstaatssekretär im Verteidigungsministerium für Materialbeschaffung zuständig, vor dem US-Kongreß Ende 1976, daß Waffenverkäufe „uns helfen, die Lebensfähigkeit der schwindenden (militärisch-industriellen) Basis zu erhalten. Sie reduzierten Beschaffungskosten und verbesserten unsere internationale Zahlungsbilanz“.<sup>5</sup> Die Einkünfte aus Waffenlieferungen (Konstruktion, Training und Wartung nicht eingeschlossen) beliefen sich auf 4,5-7% der gesamten US-Exporteinnahmen seit Ende der 60er Jahre.<sup>6</sup> Für bestimmte Unternehmen war die Bedeutung der Exporte noch viel größer. Die rasche Zunahme der Waffenverkäufe begann in einer Zeit, als die Beschaffung des Pentagon abnahm – von 42 Mrd Dollar im Jahre 1968 auf 18,7 Mrd 1976. 1976 betrug der Anteil der Auslandsverkäufe an den Gesamteinnahmen 59% bei Northrop, 42% bei Bell Helicopter und 26% bei Grumman.<sup>7</sup> Im selben Jahr waren 70% der Käufe des US Army Missile Command für den Export gedacht, und „die Produktion von US-Kriegsflugzeugen für Auslandsverkäufe war höher als die für den eigenen militärischen Bedarf“.<sup>8</sup> (...)

### ...und Bereicherungsquelle

Der wirtschaftliche Gewinn für einzelne Firmen ist ebenfalls ein Faktor bei der Korruption, welche die Waffenverkäufe begleitet.

Während die USA und die alliierten Regierungen dazu neigen, Waffenverkäufe

als diplomatische Bestechungsmaßnahmen zu nutzen, machten die Flugzeughersteller Gebrauch von Bargeld-„Provisionen“, um die Auftragsflut bei den Großprojekten wie moderne Kampf- und Bombenflugzeuge zu fördern.

Dies ist kein Phänomen, das sich auf den Nahen und Mittleren Osten beschränkt, wie die Fälle von Hollands Prinz Bernhard und Japans Premierminister Tanaka zeigen. Im Nahen und Mittleren Osten jedoch haben die hohen Preise der modernen Waffensysteme, die hohen Verkaufszahlen und die umfangreichen Wartungsverträge, die mit den meisten Verkäufen verbunden sind, zu einer Größenordnung der Bestechung geführt, die mehr als 1 Mrd Dollar im Jahr ausmachen dürfte.

Tabelle 1  
Mannschafts- und Kampfstärken

	Aktive Truppen (Tsd)		Kampfflugzeuge	
	1972	1982	1972	1982
Afghanistan	84,0	46,0	120	117
Algerien	60,2	168,0	181	306
Bahrain	1,1	2,6	0	6
Ägypten	325,0	452,0	768	429
Äthiopien	44,6	250,5	46	113
Iran	191,0	235,0	160	90
Irak	101,8	342,3	189	330
Israel	77,0	174,0	432	634
Jordanien	69,3	72,8	50	94
Kuwait	9,2	12,4	20	49
Libanon	14,3	23,8	18	8
Libyen	25,0	65,0	22	555
Mauretanien	0	8,5	—	0
Marokko	53,5	141,0	48	97
Oman	6,0	18,0	15	37
Pakistan	395,0	478,6	200	219
Katar	1,8	6,0	4	9
Saudi Arabien	40,5	52,2	71	128
Somalia	13,5	62,6	21	55
Sudan	36,3	58,0	40	30
Syrien	111,8	222,5	210	450
Tunesien	24,0	28,6	12	8
Türkei	449,0	564,0	288	402
VA-Emirate	—	48,5	—	52
Nordjemen	—	32,1	—	75
Südjemen	—	26,0	—	114

Diese Bereicherung von Prinzen, kommerziellen Mittelsmännern, Politikern und Offizieren des Militärs hat eine mächtige „Waffenbourgeoisie“ hervorgerufen, die an den unkontrollierten Import westlicher Waffen gebunden ist.<sup>9</sup>

Für die waffenexportierenden Länder ist das Interesse, hochentwickelte Waffen ins Ausland zu verkaufen, in erster Linie politisch. Militärhilfe und Waffenverkäufe werden als ein wichtiges politisches Instrument betrachtet. Angesichts der Schwäche der zivilen politischen Kräfte in der Region bedeuten die Waffenverkäufe einen Ansatzpunkt der Einflußnahme auf die nationale Politik der Empfängerstaaten.

In den USA ist die „staatstragende“ Kraft des Militärs ein Dauerthema in der Literatur über die Theorie der „Modernisierung“. Beamte des Pentagon haben argumentiert, daß „die Modernisierung der Ausrüstung der ägyptischen Streitkräfte und die Herstellung enger Bezie-



„Sea Knight“-Hubschrauber made in USA im Einsatz bei der sudanesischen Armee

hungen zwischen dem US- und dem ägyptischen Militär" wesentlich seien für eine „tiefgreifende Veränderung in der Orientierung Ägyptens“.

Waffenverkäufe schließen Ratgeber und Techniker, oft zu Tausenden, ein.

Eine Studie des Kongresses im Jahr 1977 erfaßte mehr als 2.000 Angehörige des US-amerikanischen Militärpersonals im Bereich des Persischen Golfes. In Saudi Arabien allein arbeiteten 1978 etwa 10.000 US-Amerikaner für private Rüstungsunternehmen. Seit damals sind Tausende von US-Amerikanern aus dem Iran abgezogen worden, während andere nach Ägypten gegangen sind. (...)

Weder die Einflußnahme noch die Motive sind oft subtil. In der hitzigen politischen Debatte über die AWACS-Lieferungen an Saudi Arabien, argumentierte der Berater des Nationalen Sicherheitsrats, Richard Allen, daß die Lieferung „die Präsenz der USA bei den zukünftigen Sicherheitsmaßnahmen Saudi Arabiens sicherstelle“.<sup>10</sup> Auf der Grundlage ausführlicher Interviews und der Einsicht in interne Dokumente des Pentagon schloß Scott Armstrong hieraus, daß das Geschäft als Absicherung gedacht war bei „einem ehrgeizigen Plan Ersatzbasen in Saudi Arabien zu errichten, die ausgerüstet würden und für die Benutzung durch die amerikanischen Streitkräfte bereitstünden“.<sup>11</sup>

Oman, die Türkei, Marokko und Somalia sind weitere Fälle, wo der Zugang zu einer Basis für die USA ein Hauptfaktor ist, der die Waffenverkäufe begründet.

Waffenverkäufe stehen auch im Zusammenhang mit der Fähigkeit eines Landes, Söldneraufgaben für die belieferte Macht zu erfüllen. Trotz allen Geredes in Washington über „sowjetische Stellvertre-

ter“ haben die USA diesen Aspekt militärischer Beziehungen mit besonderem Erfolg entwickelt.

Der Schah intervenierte in Oman, um die revolutionäre Bewegung in Dhofar im Jahre 1975 zu zerschlagen. Man verwandte dazu US-amerikanisches Material, US-amerikanische Ausbildung und iranische Truppen, und setzte so die Nixon-Doktrin (Abbau des direkten Militärengagements der USA zugunsten der Aufrüstung von Stellvertretermächten — eine Schlußfolgerung aus dem Vietnamkrieg im Jahr 1970; d. Red.) in die Tat um.

In weniger sichtbarer, aber anhaltender Weise versorgt Pakistan mit Offizieren und Truppen die meisten Staaten der arabischen Halbinsel: drei der fünf omanischen Infantriebataillone in der Provinz Dhofar bestehen aus pakistanischen Belutschen. (...)

Jordanien spielt als arabischer Staat eine noch wichtigere Rolle am Golf, indem es Offiziere (sogar den Oberbefehlshaber der Armee der Vereinigten Arabischen Emirate) und militärisches Geheimdienstpersonal stellt, die Infrastruktur und Ausbildungslager auf der ganzen Halbinsel aufbaut. (...)

Weder Ausgaben noch Zuwachs an Personal und Ausrüstung sind verlässliche Indikatoren der Kampfkraft eines Landes.

Das Land mit den meisten Ausgaben — Saudi Arabien — ist vermutlich militärisch am schwächsten, sicherlich in bezug auf einheimisches Militärpersonal. Jegliche Tauglichkeit des Militärs der Golf-Staaten ist stark abhängig von einer großen Gruppe ausländischer Berater. Dies trifft zu, obwohl zwischen 10 und 30% der männlichen Arbeitskräfte im

Militärbereich eingesetzt sind (verglichen mit 3% in den USA).<sup>12</sup>(...)

An der Hauptkampflinie im Nahen und Mittleren Osten, zwischen Israel und Syrien, besteht eine ähnliche Diskrepanz. Diese beruht hauptsächlich auf Israels eigenen technologischen und wirtschaftlichen Grundlagen.

Wie Anthony Cordesman es ausdrückt, „braucht Israel nur militärische Technologie zu kaufen und keinen Rat oder Unterstützung“, was sich ausdrückt in „einem mehr als 2:1-Vorteil bei den gesamten Militärausgaben, verglichen mit allen arabischen Nachbarländern, und einem nahezu 4:1-Vorteil gegenüber Jordanien und Syrien“.<sup>13</sup>



Ägyptische Fallschirmjäger. Jährliche Manöver mit der US-Eingreiftruppe

Israel gibt etwa 60% seiner Verteidigungsausgaben für Ausbildung aus — 27.000 bis 36.000 Dollar pro Mann und Jahr seit 1973. Die Vergleichszahlen für Syrien sind nach Cordesmans Schätzungen 4.000 bis 7.000 Dollar. Selbst wenn man Israels Reservearmee mitzählt, ist die israelische Zahl noch mehr als doppelt so hoch wie die syrische.

Syrien hat einige schlagkräftige Kampfeinheiten aufgestellt, aber im ganzen Verteidigungssystem stellen sie eine Minderheit dar. Kein arabischer Staat hat annähernd die Integration von Logistik, taktischen Verbänden, Kommando- und Kontrollsystemen erreicht wie Israel. tionsquelle. (...)

Ein Bericht des Congressional Research Service (CRS) stellt auf der Grundlage derselben Daten fest, daß die höchstentwickelten Geräte im US-Inventar normalerweise auf die NATO-Verbündeten und andere Verbündete unter den großen Industrienationen entfallen. „Nur sieben Dritte-Welt-Länder erhalten offenbar Die Angaben über die Politik der Waffenlieferanten sind unvollständig und unbefriedigend. Die US-Regierung ist vermutlich die einzige und wichtigste Informa-



„Hilfe zur Entwicklung, nein! Hilfe beim Töten, ja!“

Tabelle 2  
Waffenlieferungen in den Nahen und Mittleren Osten (1972-81)

	in % aller Lieferungen in die 3. Welt	nur Naher und Mittlerer Osten (Stückzahl)	Aus den USA (%)	Aus Westeuropa (%)	Aus der UdSSR (%)	Aus Osteuropa (%)
Kampfpanzer und Selbstfahrlafetten	69,8	22.240	22,3	8,8	44,3	19,4
Leichte Panzerfahrzeuge	71,3	26.975	38,9	13,1	40,0	3,1
Artillerie	49,0	26.775	6,7	0,1	35,7	13,6
Kampfflugzeuge	69,5	4.610	19,5	9,5	62,6	—
Hubschrauber	47,4	2.600	11,5	50,0	34,6	2,1
Luftabwehrraketen	84,4	30.180	24,2	—	66,6	1,0

(Quelle: US-Department of State, Conventional Arms Transfers in the Third World, 1972-81. Special Report, Nr. 102/August 1982)

US-Waffen von ähnlichem Entwicklungsstand. Diese sind, grob gesehen in der Reihenfolge nach dem Entwicklungsstand: Israel, Saudi Arabien, Ägypten, Südkorea, Pakistan, Venezuela und Marokko.<sup>14</sup>

Eine „zweite Ebene“ von 13 Ländern, welche Waffen wie Sidewinder-Luft-Luft- und Maverick-Luft-Boden-Raketen, F-5E-Kampfflugzeuge und M-60A-Panzer erhalten, schließt acht nah- und mittelöstliche Länder ein: Bahrain, Jordanien, Kuwait, Oman, Katar, Vereinigte Arabische Emirate (VAE), den Sudan und Tunesien.

Eine Berechnung, die das unabhängige Stockholmer Internationale Friedensforschungsinstitut (SIPRI) über die Waffenimporte im Nahen und Mittleren Osten und in Nordafrika im Hinblick auf die Lieferanten angestellt hat (wobei eine geringfügig andere Zeitspanne angesetzt wurde und die südasiatischen Länder nicht berücksichtigt wurden), liefert abweichende Ergebnisse über die relative Verantwortlichkeit für die Bewaffnung der Region.

Die Daten von SIPRI kennzeichnen die sowjetischen Lieferungen an Libyen seit 1975 als Hauptanteil ihrer Gesamtlieferungen in diese Region. Dies, in Zusammenhang mit der Aufkündigung von Waffenlieferungen der USA an den Iran nach der dortigen Revolution im Werte von mehr als 6 Mrd Dollar, veranschaulicht und erklärt, warum der CRS-Bericht die Waffenlieferungen der USA und der Sowjetunion an die Dritte Welt in den letzten 5 Jahren als im großen und ganzen gleichwertig betrachtet.

Informationen über Waffenlieferungen weiterer Länder beruhen auf dem, was unabhängige Quellen wie SIPRI aus öffentlichen Verlautbarungen entnehmen können und aus dem, was die US-Regierung an Geheimdienstinformationen zu veröffentlichen beschließt. Die Angaben der US-Regierung über Waffenverkäufe der USA selbst sind von Jahr zu Jahr oft widersprüchlich.

Ein neuer Bericht des US General Ac-

counting Office über „US Security and Military Assistance: Programs and Related Activities“ gibt das gegenwärtig beste Bild über die amerikanischen Prioritäten in dieser Region gemessen in Dollarbeträgen der Militärprogramme. Diese Daten sind in Tabelle 3 zusammengefaßt.

Bei weitem der größte Anteil der US-Waffenlieferungen fällt in das **Foreign Military Sales (FMS) Cash Program**.

Dieses sind Vereinbarungen ausländischer Regierungen über den Kauf von militärischen Waren und Serviceleistungen vom US-Verteidigungsministerium, nach denen der Käufer alle mit dem Handel verbundenen Kosten übernimmt. Das Verteidigungsministerium kann die Bestellungen direkt aus seinen eigenen Beständen liefern.

### Militärhilfeprogramme staatlich...

Häufiger aber schließt das Pentagon Unterverträge mit industriellen Zulieferern in bezug auf die Ware oder die Serviceleistung.<sup>15</sup> In diesem Falle sind die Kosten für den Käufer üblicherweise höher, als wenn er sich direkt an das Unternehmen gewandt hätte.

Der Kongreß hatte eine Obergrenze von 25 Mio Dollar für Geschäfte, die kommerziell abgewickelt werden durften, festgelegt. Sie wurde aber 1981 abgeschafft. Viele Regierungen im Nahen und Mittleren Osten ziehen den Weg über das FMS vor, weil damit eine vertragliche Verbindlichkeit für die US-Regierung gegeben ist.

Das FMS Financing Program ist das größte Programm der „Sicherheitsunterstützung“. Es besteht hauptsächlich aus Kreditgarantien: Darlehen des Pentagon werden von der Federal Financing Bank gewährt. Die übliche Rückzahlungsfrist beträgt 12 Jahre.

Ägypten, Israel, der Sudan, Griechenland, die Türkei und Somalia haben besondere 30-Jahres-Pläne. Ein geringerer Anteil der FMS-Finanzierung erfolgt durch direkte Kredite des Pentagon, wel-

che im Fiskaljahr 1982 nur Israel und Ägypten zur Verfügung standen.

Im Zeitraum von 1974-83 wurden Israel 5,9 Mrd Dollar seiner direkten Kredite „erlassen“. Ägypten und dem Sudan wurden 600 Mio bzw. 50 Mio Dollar „erlassen“.<sup>16</sup>

Eine dritte Kategorie wichtiger militärischer Unterstützung der USA im Nahen und Mittleren Osten ist der **Economic Support Funds (ESF)**. Dieses Programm von Darlehen und Beihilfen wird von der Agentur für Internationale Entwicklung (AID) als Wirtschaftshilfe geführt, doch ist sein Zweck die „Förderung wirtschaftlicher oder politischer Stabilität in Gebieten, in denen die USA besondere Sicherheitsinteressen haben“.<sup>17</sup>

So erklärte die Kongreßvorlage des AID für das Fiskaljahr 1982 das ESF-Programm für Ägypten für notwendig, um der „anwachsenden Unzufriedenheit mit der Wirtschaftslage“ zu begegnen. Die ESF-Unterstützung für Israel „fördert Stabilität und bescheidenes Wirtschaftswachstum angesichts der gewaltigen Lasten, die Israel durch die Notwendigkeit auferlegt werden, einen großen Teil seiner Wirtschaftskraft in die Verteidigung zu investieren“.<sup>18</sup>

Der Nahe und Mittlere Osten erhält 87% des ESF-Programms, und das meiste davon geht an Ägypten und Israel.

### ... bis kommerziell

**Kommerzielle Abschlüsse** (Tabelle 3) umfassen Käufe von militärischen Gegenständen und Dienstleistungen, die direkt zwischen ausländischen Regierungen und privaten Herstellern getätigt wurden.

Israel hat über drei Jahrzehnte hinweg mehr als 11% der gesamten kommerziellen Militärexporte bestritten. Die Bedeutung dieser Art von Lieferungen für die Länder des Nahen und Mittleren Ostens wird wahrscheinlich steigen, nachdem der Kongreß vorher bestehende Obergrenzen solcher Transaktionen beseitigt hat.

Tabelle 3  
US-Waffenverkäufe in Dollar

	FMS-Programm 1977-82 (Mio)	Private Firmen 1977-81 (Mio)
Weltweit	53.139,4	8.702,4
Naher und Mittlerer Osten	27.325,9 (51%)	2.000,3 (23%)
Bahrain	6,2	2,9
Ägypten	180,9	19,7
Äthiopien	-	o.A.
Iran	2.436,9 (5%)	387,9 (5%)
Irak	-	0,2
Israel	1.622,4 (3%)	948,0 (11%)
Jordanien	794,3	112,2
Kuwait	355,1	7,2
Libanon	44,2	7,4
Libyen	-	0,7
Marokko	115,9	63,1
Oman	42,3	4,0
Pakistan	1.899,3 (4%)	33,5
Katar	0,4	6,2
Saudi Arabien	19.164,1 (36%)	355,2 (4%)
Somalia	1,1	-
Sudan	89,4	0,1
Syrien	-	1,1
Tunesien	132,9	7,5
Türkei	211,7	27,9
VA-Emirate	21,7	14,3
Nordjemen	207,2	o.A.

(Quelle: General Accountin Office, US Security and Military Assistance: Programs Related Activities, Report Nr. ID-82-40, Juni 1982)

Zwei weitere Programme der Militärhilfe sind zwar nicht umfangreich im Dollar-Betrag, deuten aber den Grad der US-Prioritäten in der Region an. Die Türkei, der Iran, Pakistan, Marokko und Jordanien waren in dieser Region die Hauptnutznießer des International Military Education and Training Program (IMET), das enge Beziehungen zwischen dem Militär-Establishment der USA und dem der Empfängerländer etablieren sollte.

Das Overseas Military Management Program sorgt für die Überprüfung militärischer Programme im Auftrag des US-Verteidigungsministeriums im Ausland. Trotz seiner Spitzenposition als Empfänger von Militärhilfe gibt es in Israel praktisch kein US-Überprüfungsprogramm.

Die größten Programme im Nahen und Mittleren Osten haben die Türkei, Ägypten, Marokko, der Sudan und die Jemenitische Arabische Republik. (...)

Ein vollständiges und detailliertes Bild des Wettrüstens im Nahen und Mittleren Osten zu zeichnen, ist unmöglich, aber seine wichtigsten und herausragendsten Merkmale sind klar erkennbar.

Erstens ist die riesige Aufrüstung im Hinblick auf die bloße Menge und auf den Entwicklungsstand der Waffen sowohl ein Ergebnis der Kräfte und Mächte, die dieser Region selbst angehören, als auch der wirtschaftlichen und politischen Bedürfnisse der Hauptlieferanten.

Zweitens hat diese Aufrüstung direkt zu Hunderttausenden von Verlusten unter den Völkern der Region, die meisten von ihnen Zivilisten, und zur Zerstörung und Verschwendung gewaltiger wirtschaftlicher und sozialer Ressourcen beigetragen.

Drittens ist in rein militärischer und strategischer Hinsicht der einzige lokale Nutznießer dieses Wettbewerbs Israel gewesen. Es gibt keinerlei „militärische Balance“ in der Region, wo Israel seine unangefochtene Vormachtstellung weiter ausbaut.

Schließlich ist auf der Ebene des Wettbewerbs zwischen den USA und der UdSSR um Freunde und Rückhalt in der Region die fehlende Ausgeglichenheit sogar noch auffälliger. Jede mögliche Liste von Alliierten, Abhängigen und „freundlichen Neutralen“<sup>19</sup> würde die überwältigende Überlegenheit der USA im Hinblick auf Waffen, Truppen und Basen, die ihr zur Verfügung stehen, zeigen.

(Quelle: MERIP Report, Washington, Nr. 112/1983, S. 5-15)

#### Anmerkungen:

- 1) A.J. Pierre, Arms Sales: The New Diplomacy, in: Foreign Affairs, Washington, Winter 1981/82, S. 267-269
- 2) Die 10 ersten Länder nach den militärischen Ausgaben pro Kopf sind: Qatar, Saudi Arabien, Israel, Vereinigte Arabische Emirate, Oman, Brunei, Kuwait, USA, UdSSR, Frankreich. Nach: R.L. Sivard, World Military and Social Expenditures, Leesburg 1982
- 3) Um die Türkei mit den dringend benötigten Devisen für diesen Handel zu versehen, haben sowohl Northrop (F-5G) als auch General Dynamics (F-16) konkurrierende Vorschläge gemacht, um türkische Landwirtschafts- und Handwerksprodukte im Wert von 2 Mrd Dollar in Drittländern, in denen sie Interessen vertreten, zu vermarkten. Wall Street Journal, New York, 4.1.1983
- 4) A. Sampson, The Arms Bazaar, New York 1977, S. 244
- 5) Strategic Review (SR), Frühling 1977, S. 18
- 6) Stanford Journal of International Studies (SJIS), Nr. 14, Frühling 1979, S. 127
- 7) Ebenda, S. 136
- 8) J. Gansler, The Defense Industry, Cambridge 1980
- 9) Siehe: MERIP Reports, Washington, April 1976, S. 21-23 und Le Monde Diplomatique, Paris, Dezember 1982
- 10) A.J. Pierre, Arms Sales..., a.a.O., S. 272
- 11) Zit. nach: SR, a.a.O., S. 17
- 12) Daten nach: Arab Studies Quarterly 2, 1, Winter 1980, S. 43
- 13) A. Cordesman, in: Armed Forces Journal International (AFJI), November 1982
- 14) Angaben aus: Congressional Research Service (CRS) of the Library of Congress, 18.8.1982, S.8
- 15) Die wichtigsten privaten Lieferanten militärischer Ausrüstung waren im Jahre 1982 im FMS-Programm die Firmen McDonnell Douglas mit 1,2 Mrd Dollar, United Technologies 632 Mio, gefolgt von Vinnell Corporation, General Dynamics u.a. mit einer Gesamtsumme der ersten 25 von über 5,2 Mrd Dollar. Im direkten kommerziellen Export führen die Firmen Lockheed Corporation mit 198 Mio Dollar vor Hughes Aircraft 121 Mio und Nissho-Iwai American, Raytheon Co., Boeing Corporation u.a. Die Exportsumme der ersten 25 beläuft sich auf über 1,1 Mrd Dollar. MERIP Reports, Februar 1983, S. 13
- 16) General Accounting Office (GAO), US

Security and Military Assistance: Programs and Related Activities (GAO/ID-82-40), 1.6.1982, S. 14f.

- 17) Ebenda, S. 18
- 18) Vgl. CRS, 22.6.1981, S. 2f.
- 19) Als Beispiel einer solchen Liste siehe die Tabelle: Alliierte, Feindliche Nationen und Neutrale bei der Verteidigung Südwestasiens, in: AFJI, Dezember 1981, S. 65

**IKA** Zeitschrift für Kulturaustausch und internationale Solidarität  
Nr. 23, DM 5,00

**Kulturzerstörung und Widerstand**



**Martinique: Zur Aktualität von Frantz Fanon.**  
**Jamaica: Frauentheater.**  
**Mexiko: Zurück zu unseren indoamerikanischen Wurzeln.**  
**Palästina: Israels „Kulturelle“ Mission im Libanon.**

Literatur in Afrika  
Ngugi wa Thiong'o

**IKA** Zeitschrift für Kulturaustausch und internationale Solidarität  
Nr. 24, DM 5,00



**Die US-Führungs-ideologie**  
**Flüchtlinge in Honduras**  
**US-Medien-Politik**  
**Roque Dalton über Otto René Castillo**  
**Theater aus Südafrika**

Theater in Brasilien  
T.A. A. P. J. A.

**Unsere Themen:** engagierte Literatur, Filme, Grafiken, Musik und Fotoreportagen aus und über die „Dritte Welt“, die Kultur(en) der Arbeits-emigranten in der Bundesrepublik. Einzelpreis DM 5,-, Abo für 4 Hefte DM 20,- (incl. Porto)

**Hiermit wird bestellt:**  
 Heft (je DM 5,-)  
 ein Abo ab Nr. \_\_\_\_\_  
 ein Probeheft (DM 3,- in Briefmarken liegen bei)  
 Infos über den Herausgeberverein und Möglichkeiten der Mitarbeit

abtrennen und einsenden an  
**IKA, Lerchenstr. 84, 7 Stuttgart**

## Pia Grund

# Filmschaffen des anderen El Salvador

Eine wichtige Aufgabenstellung im Kampf des salvadorianischen Volkes für seine Befreiung besteht darin, das Informationsmonopol der Oligarchie und der US-Medienkonzerne zu brechen. Dieses Anliegen bestimmt auch das Filmschaffen des anderen El Salvador.

Die Prämierung der beiden salvadorianischen Filme „Der Weg zur Freiheit“ und „Ein Brief aus Morazan“ bei den internationalen Filmfestspielen des Vorjahres in Havanna bzw. Leipzig beweist, daß diese Arbeit auch internationale Anerkennung findet.

„Der Weg zur Freiheit“ ist der zweite Dokumentarfilm des Filmstudios des revolutionären El Salvador (Instituto Cinematografico de El Salvador Revolucionario – ICSR). Das ICSR nennt sich schon jetzt Institut, „weil wir die Gewißheit haben, daß unser Volk siegen wird und wir schon jetzt die Grundlage schaffen wollen für das, was später einmal das Filmstudium des freien Volkes von El Salvador sein wird. Wir sehen unsere Arbeit als einen Beitrag zur Wiedergewinnung unserer kulturellen Werte, als eine weitere Front des Kampfes, um die Ziele unseres revolutionären Prozesses bekanntzumachen.“

Der Streifen schließt thematisch an den ersten Dokumentarfilm „El Salvador, ein Volk wird siegen!“ an. Ging es im ersten Film um die Geschichte des Landes, die brutale Repression und den Aufschwung der Massenbewegung bis 1980, so behandelt „Der Weg zur Freiheit“ die Vorstellungen über den Aufbau eines demokratischen El Salvador, wie sie heute in den politisch und militärisch kontrollierten Gebieten vorgelebt werden.

Dabei geht er besonders auf die Beteiligung der Frauen am revolutionären Kampf ein. Eine Szene zeigt die Sitzung der Frauenvereinigung El Salvadors (AMES). Die Frauen, die im bewaffneten Kampf und beim Aufbau in den kontrollierten Gebieten bewiesen haben, daß sie genau so viel können wie ihre männlichen Compañeros (Genossen), setzen sich auch gegen sie zur Wehr, wenn es notwendig wird.

„Es gibt Compañeros, die uns nicht gestatten, zu diesem Treffen von AMES zu kommen, weil diese Compañeros noch bürgerlich-kapitalistische Vorurteile im Kopf haben. Es ist unsere Aufgabe, diesen Compañeros bewußt zu machen, daß wir als Frauen ebenfalls das Recht haben zu kämpfen und nicht nur zum Kinderhüten und Tortillasbacken da sind.“ Mit diesen Worten wird eine Sitzung in einem Dorf in Chalatenango eröffnet.

Im weiteren Verlauf schildert der Film die Arbeit der Poder Popular (Volksmacht), durch die die materiellen und sozialen Probleme der Bevölkerung schon heute aufgegriffen werden. Die Organisierung der Produktion ist ein weiteres Thema.

Außerdem werden die Konzepte zu einer Gesundheitsfürsorge, die wirklich die Bedürfnisse der Bevölkerung abdeckt, vorgestellt. Grundlage ist die Präventivmedizin und Verbesserung der Hygiene in den Dörfern und Guerillalagern.

Eine andere Aufgabe der Poder Popular, auf die im Film eingegangen wird, ist die Alphabetisierung. Die Erziehungsinhalte richten sich dabei nach den unmittelbaren Bedürfnissen

der Menschen, die unterrichtet werden. Lesen und Schreiben wird anhand von Wörtern gelernt, die wie Befreiung, Diktatur oder Ausbeutung eine Bedeutung für die Lernenden haben.

Eine herausragende Aufgabe der Volksmachtorgane besteht ferner in der Verteidigung der kontrollierten Gebiete, die im Film veranschaulicht wird. Schließlich berichtet der Film über die Arbeit des Radiosenders Farabundo Marti. Insgesamt ist dieser Film auch für die Bundesrepublik ein wichtiges Stück Gegenöffentlichkeit und Motivation für die Solidarität mit dem salvadorianischen Volk.

Ein gutes Beispiel für die Rolle des revolutionären Films ist der 1982 vom Sistema Radio Venceremos gedrehte „Ein Brief aus Morazan“. Er zeigt die erste Offensive der Nationalen Befreiungsfront Farabundo Marti (FMLN) nach den Wahlen vom März 1982.

Die Welturaufführung findet in einem Dorf in Morazan statt, vor Bewohnern, die noch nie in ihrem Leben ferngesehen oder gar ein Kino besucht haben. „Für die Bewohner von Meanguera ist es nichts Neues, Guerilleros zu sehen. Sie kennen sie seit Jahren, denn hier, in diesen Dörfern, entstand, was heute eine vieltausendköpfige Armee ist. Dennoch sind sie überrascht: in dem Film sehen sie, wie viele es sind, wie sehr sie schon Armee sind, wie sie agieren... Sie, die jahrelang, jahrzehntlang die Angst vor der allmächtigen Armee kennengelernt haben, sehen mit Staunen, wie schwach sie ist.“

Der Film ist ein Teil der Offensive: Er soll zeigen, daß die Armee nicht allmächtig, sondern zu schlagen ist. Zum ersten Mal werden die Kämpfe der FMLN systematisch mit der Kamera festgehalten, wird aus der Perspektive eines Guerilleros gefilmt.

Es ist der 7. August 1982, 5.45 Uhr. Eine Kolonne der FMLN hält nur ungefähr fünf Minuten vor der Kommandantur der Nationalgarde von Ciudad Barrios. Sie werden vorsichtig von den Campesinos (Bauern) beobachtet, man hat ihnen erklärt, daß diese jungen Menschen brandschatzen, Häuser ausrauben und

Frauen vergewaltigen. Pünktlich um 6.00 beginnt ein Gefecht, eine Stunde später ist schon der erste Teil der militärischen Aufgabe gelöst: die Regierungseinheiten sind in zwei Häusern eingeschlossen, in der Kaserne der Nationalgarde und der örtlichen Kommandantur.

Parallel zu den militärischen Aktionen sind politische Aufgaben zu erfüllen: Es werden Versammlungen abgehalten, Parolen an die Wände gemalt, Flugblätter verteilt.

Gegen Mittag wird beschlossen, die Kaserne zu stürmen. Wenige Minuten, nachdem die Guerilleros die Regierungstruppen aufforderten, sich zu ergeben, öffnet sich vorsichtig die Tür und der erste der Guardia ergibt sich. In der Kaserne sind noch zwei, die anderen sind geflohen und werden verfolgt. Um 6.00 ist die Stadt unter Kontrolle der Guerilleros, die die Zeit bis zu ihrer nächsten Offensive nutzen, um auf dem Marktplatz vor der Kirche eine Messe zum Gedenken an Oscar Romero abzuhalten, der in dieser Stadt geboren ist und 1980 ermordet wurde, während er in San Salvador eine Messe hielt.

Die wichtigste Aufgabe des Tages – so zeigt der Film weiter – steht noch bevor: Regierungstruppen, die zur Verstärkung für die Truppen in der Kaserne unterwegs sind, sollen in einen Hinterhalt gelockt werden. Wenig später ist es soweit: Zwei Lastwagen, begleitet von Militärpatrouillen, fahren durch das Dorf. Da explodiert eine erste Mine, eine zweite, dritte und vierte. Für die Soldaten gibt es kein Entkommen, die Guerilleros haben alle Fluchtwege abgeschlossen. Wenig später müssen die Soldaten sich ergeben.

In „Der Brief aus Morazan“ wurde ein weiterer historischer Schritt im Kampf des salvadorianischen Volkes festgehalten: Die Übergabe der ersten 52 Kriegsgefangenen an das Internationale Rote Kreuz. Die Repräsentanten des Internationalen Roten Kreuzes werden von der FMLN-Comandante Ana Guadalupe Martinez empfangen, die von den Sicherheitskräften gefoltert wurde, mehrere Monate in den Geheimgefängnissen der Nationalgarde zubringen mußte und schließlich von ihren Compañeros befreit wurde.

Auf die Kriegsgefangenen hatte es sichtlich Eindruck gemacht, mit Guerilleros, die in ihrem Alter sind, zu diskutieren, warum sie sich zum bewaffneten Kampf entschlossen hatten. 12 Gefangene entschließen sich dann, sich in die Guerilla einzureihen und nicht zu „ihrem“ Heer zurückzukehren.

Beide Filme stehen inzwischen für Vorführungen in der Bundesrepublik bereit. Sie sind über den CON-Filmverleih, Westerdeich 38, 2800 Bremen zu bestellen.



## „Dritte Welt“ – unwissenschaftlich

Seid Ihr denn von allen guten Geistern verlassen, das AIB nun plötzlich mit dem Untertitel „DIE DRITTE-WELT-ZEITSCHRIFT“ zu versehen? Der Begriff „Dritte Welt“ ist ein unwissenschaftlicher, bürgerlicher Begriff, irreführend und diskriminierend obendrein.

Unsere Welt ist hinsichtlich des wirtschaftlichen Systems und daraus folgend des politischen Systems das die Völker haben, in zwei Lager, also in zwei „Welten“ gespalten. In die kapitalistische (= imperialistische) Welt und in die sozialistische. Innerhalb der kapitalistischen Welt gibt es nun ökonomisch hochentwickelte Länder und ökonomisch gering entwickelte Länder, doch diese beiden Gruppen sind Bestandteile ein und desselben Komplexes, nämlich des imperialistischen Welt-systems. Wer diese Tatsache leugnet und die vom Imperialismus abhängigen Länder als eigenständige Kategorie neben Imperialismus und Sozialismus stellt, hat den Begriff „Imperialismus“ nicht verstanden.

(„Dritte Welt“) ist ein bürgerlicher Begriff, d.h. er ist dem bürgerlichen Sprachgebrauch entnommen. Von der Bourgeoisie wird der Begriff wohl gerade deshalb verwendet, weil er irreführend ist.

Ich glaube, daß ich mir eigentlich alle diese Belehrungen hätte sparen können, denn ich kenne das AIB als eine Zeitschrift, die eben nicht im Sinne der Monopolbourgeoisie irreführend und diskriminierend über den Kampf der unterdrückten Völker berichtet, sondern Partei für eben diese Völker ergreift.

In diesem Sinne hoffe ich, daß das mit der „Dritte-Welt-Zeitschrift“ ein Ausrutscher war, der bald korrigiert wird, damit Inhalt und Form des AIB in Zukunft wieder miteinander in Einklang stehen.

L. Würmseer/M. Staube, Altdorf

## Mehr Transparenz!

Mit der Ausgabe 1/84 des AIB habt Ihr einiges verändert. Der Kopf hat sich geändert, die Redaktion und auch der Herausgeberkreis. Einen Kommentar dazu findet man vergebens. Für mich ist das AIB auch nicht nur eine 3. Welt-Zeitschrift, wie jetzt in der Unterzeile zu lesen ist, sondern ich habe sie abonniert, weil sie in ihrem Selbstverständnis eine anti-imperialistische Zeitschrift war (ist). Ich nehme an, daß Ihr durch die äußerlichen Veränderungen in neue Leserkreise eindringen wollt. Oder habt Ihr Euer Selbstverständnis geändert? Ich bezweifle, daß Ihr durch ein etwas bürgerlicheres Image auf dem Cover wirklich neue ständige Leser gewinnen werdet.

Und neue Redakteure habt Ihr auch! Wer sind sie, was haben sie bisher gemacht? Findet Ihr es falsch den Lesern Eure Redakteure mal vorzustellen, zu erklären warum sich der Herausgeberkreis geändert hat. Rainer Falks Foto war auf S. 3 zu finden. Immerhin ein Anfang, um mit der Person vertrauter zu werden die dem Leser die Aktionsperspektive 1984 nahe bringen soll.

Kurz und gut: Ich erwarte von Euch, daß Ihr AIB etwas transparenter macht, den Leser teilhaben laßt, an Euren Diskussionen über Inhalt, Konzeption und Selbstverständnis der Zeitschrift. Oder ist das zuviel verlangt?

D. Engels, Bonn



Ausgewogen...

Einige kritische Zuschriften zur Neugestaltung des AIB haben uns veranlaßt, diese Rubrik zu eröffnen. Auf dieser Seite sollen künftig Lesermeinungen, Standpunkte und Anmerkungen zu AIB-Beiträgen, zu strittigen Positionen, zur Konzeption des AIB u.ä. abgedruckt werden. Auch Fragen an die Redaktion sollen hier beantwortet werden. Darüber hinaus soll diese Seite genutzt werden, um – wie unser Abonnent D. Engels fordert – das AIB transparenter zu machen, um unsere Leser an den Diskussionen von Redaktion und Herausgeberkreis über Inhalt und Selbstverständnis teilhaben zu lassen.

Wie bei den folgenden Leserbriefen müssen wir uns schon aus Platzgründen das Recht vorbehalten, Kürzungen vorzunehmen.

## Standpunkt aus der Redaktion

Es wird zurecht kritisiert, daß wir, die AIB-Redaktion, es versäumt haben, über die Gründe für einige Veränderungen in der Konzeption des AIB zu informieren. Dies holen wir hiermit nach.

Die Abänderung des Untertitels des AIB und der Wegfall des Symbols der verschränkten Hände hat, wie richtig vermutet wird, nichts mit einer Abkehr von unseren anti-imperialistischen Inhalten zu tun. Das Kürzel AIB bleibt ja weiterhin erhalten und wird im Impressum erklärt.

Die Wahl des Untertitels „Die Dritte-Welt-Zeitschrift“ ist einerseits darauf zurückzuführen, daß wir genauer beschreiben wollten, was das AIB ist, und mit welchem Thema es sich befaßt. Andererseits sollte der Zungenbrecher Antiimperialistisches Informationsbulletin von der Titelseite verschwinden, weil er einige potentielle Leser, die noch nicht so tief in der Thematik drinstecken, abzuschrecken vermag. Durch die Untertiteländerung hofften wir, mehr Dritte-Welt-Interessierten unsere anti-imperialistischen Inhalte nahezubringen.

Mit dieser Interpretation stehen wir nicht allein. Dieser Begriff hat sich mittlerweile in der gesamten antiimperialistischen und demokratischen Bewegung in der Bundesrepublik eingebürgert. Er wird verwandt z.B. vom Koordinationskreis 3. Welt (KK3W), dem breitesten Zusammenschluß von Solidaritätsgruppen in der Bundesrepublik, der im Koordinationsorgan der Friedensbewegung mitarbeitet. Auch internationale Solidaritätsorganisationen wie die Organisation der Afroasiatischen Völkersolidarität (AAPSO) oder die Solidaritätsorganisation der Völker Afrikas, Asien und Lateinamerika (OSPAAAL) verwenden diesen Begriff. Päpstlicher als der Papst wollen auch wir nicht sein.

Daß das 1970 gegründete AIB schon lange kein

Bulletin mehr ist, das nur Erklärungen von Befreiungsbewegungen abdruckt, sondern sich in den 14 Jahren seines Bestehens zu einer magazinähnlichen Zeitschrift entwickelt hat, ist ein anderer Grund für die Veränderung. Daß wir dennoch das Kürzel AIB beibehalten, liegt daran, daß es sich mittlerweile eingebürgert hat, zu einem Markenzeichen geworden ist.

Unser Anliegen bei der Wahl des Begriffs „Dritte Welt“ war es, zu beschreiben, mit welchem Teil des Weltgeschehens wir uns intensiv befassen. Wir sind keine Zeitschrift, die die gesamte Weltpolitik zum Gegenstand hat. Europa, die entwickelten kapitalistischen und sozialistischen Staaten finden im AIB nur insofern Berücksichtigung, als es um die Dritte-Welt-Politik dieser Staaten geht.

Wir verstehen unter dem Sammelbegriff Dritte Welt alle Länder Asiens (mit Ausnahme Japans), Afrikas und Lateinamerikas. Es sind alle wirtschaftlich rückständigen Länder, die sich entweder in kolonialer oder neokolonialer Abhängigkeit vom Imperialismus befinden, oder die dabei sind, sich aus dieser Abhängigkeit zu befreien.

Hinter den Veränderungen in unserer Redaktion und in unserem Herausgeberkreis verbergen sich weniger tiefgründige Ursachen, als D. Engels vermutet. In unserem Herausgeberkreis wurden jene Personen, die heute nicht mehr in der Solidaritätsarbeit aktiv sind, durch solche ersetzt, die aktive Repräsentanten von Organisationen sind, welche in diesem Bereich arbeiten.

In unserer Redaktion haben weniger personelle Veränderungen stattgefunden (wie es den Anschein haben mag), als organisatorische. Bis Ende letzten Jahres verfügten wir über ein Redaktionskollektiv aus fünf Personen, das alle wichtigen Entscheidungen der Redaktionsarbeit vorbereitete und umsetzte.

Heute gehören alle, die regelmäßig bei uns tätig sind, zur Redaktion und entscheiden in stärkerem Maße mit.

N. Biver

## Ausländerpolitik

Die für den 25. Januar d.J. vorgesehene Ausweisung des Türken Orhan Kara ist gestoppt worden. Über 1.000 Solidaritätsadressen für Orhan Kara erreichten das Ausländeramt der Stadt Nürnberg, das ihn in die Türkei abschieben wollte. Trotz dieses Erfolges soll Orhan Kara, der bereits seit 4 Jahren in der BRD lebt und in der Friedensbewegung sowie bei den Jungen Pionieren als Gruppenleiter aktiv ist, nun für die Dauer des Asylverfahrens ins Asylantenlager Zirndorf eingewiesen werden. Mitte Januar d.J. legte die Landesadvokatur Bayern Berufung gegen ein Urteil des Münchener Verwaltungsgerichts ein, das die Behörden zur Erteilung einer Aufenthaltsgenehmigung für den seit 25 Jahren in der BRD lebenden Ägypter Magdi Gohary (vgl. AIB 1/1984, S.53) verpflichtet. Nun muß sich der bayerische Verwaltungsgerichtshof mit der Sache beschäftigen.

Um die drohende Ausweisung M. Goharys endgültig abzuwenden, sind weitere Solidaritätsaktionen notwendig.

## Waisenhaus für Afghanistan

Der unerklärte Krieg gegen die Demokratische Republik Afghanistan fordert täglich Opfer. Mit ihnen wächst die Zahl der Waisenkinder. Um den betroffenen Kindern Versorgung, Betreuung, Ausbildung, ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen, wurde in Kabul ein selbstverwaltetes Waisenhaus eingerichtet.

Das Waisenhaus „Parweshgah-e-Watan“ ist dringend auf finanzielle Hilfe aus dem Ausland angewiesen. Spenden werden erbeten auf das Sonderkonto „Humanitäre Hilfe für Afghanistan“, Kennwort „Waisenhaus“, Konto Nr. 822411606 bei der Dresdner Bank Bonn (BLZ 370 800 40).

## Nikaragua-Brigaden

Am 31. Januar d.J. richtete das Informationsbüro Nicaragua e.V. ein Schreiben an fast 100 Organisationen in der Bundesrepublik. Darin ruft es zur Teilnahme an der Kampagne „Gegen die US-Intervention in Zentralamerika: Arbeitsbrigaden nach Nicaragua!“ auf, die auf dem Bundestreffen der Nicaragua-Solidaritätsgruppen Ende November 1983 beschlossen wurde (siehe AIB 1/1984, S.53).

Das Informationsbüro weist auf den verdeckten Krieg, den die USA gegen Nicaragua führen, und auf die Planungen für eine offene Invasion. „Die Bundesregierung unterstützt durch ihre Haltung die Sabotage- und Kriegspolitik der USA... Die Kampagne ... erscheint uns z.Zt. als das beste Mittel, solcher Politik die Stirn zu bieten.“

Das Informationsbüro bittet den Widerstand in El Salvador und die Arbeitsbrigaden für Nicaragua durch Spenden zu unterstützen und selbst zur Teilnahme an zukünftigen Brigaden aufzurufen.

Die zweite Brigade ist bereits am 28. Februar d.J. nach Nicaragua abgeflogen und soll dort von Contras zerstörte Einrichtungen wieder aufbauen.

Nähere Informationen sind erhältlich bei: Informationsbüro Nicaragua e.V., Katernberger Schulweg 123, 5600 Wuppertal.

## Bundesrepublik – Südafrika

Nur durch den Druck der öffentlichen Meinung kann die Hinrichtung des 28jährigen Malesela B. Moloise noch verhindert werden. Der schwarze Dichter und Schauspieler wird weiterhin beschuldigt, einen berüchtigten südafrikanischen Geheimpolizisten ermordet zu haben. Und dies, obgleich der Afrikanische Nationalkongress (ANC) erklärte, daß Umkhonto we Sizwe (der bewaffnete Flügel des ANC) den Polizisten hingerichtet hat.

In einer Unterschriftenaktion für die Aufhebung des Todesurteils gegen M. Moloise fordert die Anti-Apartheid-Bewegung (AAB) zudem die Bundesregierung auf, sich für die Freilassung aller politischen Gefangenen in Südafrika einzusetzen.

Für eine Kündigung des Kulturabkommens zwischen der BRD und dem Apartheidstaat besteht für die Regierung Kohl/Genscher weiterhin kein Anlaß. Das Kulturabkommen, das über den Wissenschaftleraustausch auch militärisch-nukleare Zusammenarbeit einschließt, begünstigt einseitig die weiße Minderheit und deren Politik der Rassentrennung und trägt zur Aufrechterhaltung der Apartheid bei.

Trotz der Forderung der Völker des Südlichen Afrika, der UNO, OAU und zahlreicher Regierungen, diese Kulturbeziehungen zu beenden, sieht Bonn „gewisse Lockerungen“, „Reformansätze“ und den „teilweisen Abbau der kleinteiligen Rassentrennung“ in der sog. Reformpolitik Pretorias.

Unterschriftenlisten und weitere Materialien sind bei AAB, Blücherstr. 14, 5300 Bonn erhältlich.

## Friedensbewegung

Unter Beteiligung von mehr als 1.500 Mitgliedern örtlicher, betrieblicher und berufsbezogener Friedensinitiativen fand am 11./12. Februar d.J. in Köln die 5. Aktionskonferenz der bundesdeutschen Friedensbewegung statt. Entgegen anderslautender Meldungen, die vor allem von den Nachrichtenagenturen AP und Reuter kolportiert wurden, kam es auf der Konferenz nicht zur Spaltung der Friedensbewegung.

Deren Einheit wurde im ersten Teil einer einstimmig verabschiedeten Plattform wie folgt festgeschrieben: Stopp der Stationierung von neuen US-Raketen, Abbau der bereits statio-

nierten Raketen sowie Rücknahme der sowjetischen Gegenmaßnahmen; Beseitigung aller in der BRD gelagerten ABC-Waffen; Ablehnung der „Plutoniumwirtschaft“ (Wiederaufbereitungsanlagen, schnelle Brüter); Stopp und Abbau der konventionellen Rüstung; atomwaffenfreies Europa und A-Waffen-freie Zonen (ohne gleichzeitige Erhöhung der konventionellen Rüstung); eine Politik der Zusammenarbeit und Versöhnung; Abbau des Rüstungs-etats zugunsten sozialer Ausgaben; Ablehnung jeglicher militärischer Intervention; Stopp der Rüstungsexporte und Unterstützung der Befreiungsbewegungen in der 3. Welt sowie Überwindung von Geist, Logik und Politik der Abschreckung.

Teil II der Plattform enthält Themen über die keine Einigung erzielt werden konnte und die auf der nächsten Aktionsberatung verstärkt diskutiert werden sollte.

Der 3. Teil gibt Hinweise auf die vor der Friedensbewegung stehenden Aktivitäten, beginnend beim 8. März und den Ostermärschen bis hin zu einem (auf der nächsten Aktionskonferenz am 5./6. Mai d.J. auszuarbeitenden) „integrierten Gesamtkonzept für gemeinsame Aktionen im Herbst '84“.

Mit einer Vierfünftel-Mehrheit wurde ein Antrag zur Volksbefragung gegen die US-Raketen angenommen. Höhepunkt dieser Volksbefragung soll der 17. Juni 1984, der Tag der Wahl zum Europaparlament, werden.

## Pharma-Kampagne

Armut in der Dritten Welt fördert Krankheiten – und das Exportgeschäft multinationaler Pharmakonzerne. Mittels unverantwortlicher Werbe- und Informationsmethoden werden unnütze und gar gefährliche, hierzulande verbotene Medikamente vertrieben.

Dagegen wendet sich die Pharma-Kampagne des Bundeskongresses entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO). In ihrer zweiten Aktionswoche vom 2.-12. Mai 1984 soll die Forderung an die Bundesregierung nach gesetzlichen Maßnahmen gegen die Praktiken der Pharmamultis unterstrichen werden. Umfangreiche Informationen und Materialien können bestellt werden bei: BUKO, Pharma-Kampagne, Dritte Welt Haus, August-Bebel-Str. 62, 4800 Bielefeld 1.



Brigadisten: Nach dem Einbringen der Tagesernte Diskussion mit jungen Sandinistas

## Islamische Konferenz

Am 16. Januar d.J. wurde in Casablanca (Marokko) die 4. Gipfelkonferenz der islamischen Staaten eröffnet. An der Konferenz nahmen Vertreter von 40 Ländern teil.

Die Konferenzteilnehmer verurteilten die Vereinbarung über strategische Zusammenarbeit zwischen den USA und Israel und die „übermäßige Präsenz“ der 6. US-Flotte vor der libanesischen Küste. Der Nahost-Friedensplan von Fes wurde im Gegensatz zum Reagan-Plan (beide vom September 1982, siehe AIB 11-12/1982; d. Red.) unterstützt. Ferner wurden mehrere Resolutionen u.a. zur Beendigung des irakisch-iranischen Krieges verabschiedet. Die PLO, die mit ihrem Vorsitzenden Yassir Arafat auf der Konferenz vertreten war, wurde von den Konferenzteilnehmern weiterhin als einzig legitime Vertreterin des palästinensischen Volkes anerkannt.

Der Vorschlag einiger asiatischer Staaten zur Wiederaufnahme Ägyptens in die Organisation der Islamischen Konferenz wurde zunächst hinter verschlossenen Türen erörtert und später angenommen. Ägypten war 1979, nach der Unterzeichnung des Camp-David-Abkommens mit Israel und den USA, aus der Organisation der Islamischen Staaten und der Arabischen Liga ausgeschlossen worden.

Die Wiederaufnahme Ägyptens, die auch Y. Arafat unterstützte, ist jedoch an keine konkreten Vorbedingungen wie z.B. die Annullierung des Camp-David-Abkommens geknüpft (vgl. AIB 2/1984, S. 19f.).

## Tschad

Am 25. Januar d.J. griff erstmals das französische Truppenkontingent von 3.000 Mann in Kampfhandlungen im Tschad ein. Kampfflugzeuge vom Typ Jaguar beschossen eine Kolonne der Armee der Übergangsregierung der Nationalen Einheit (GUNT), die den Norden des Landes kontrolliert. Diese hatte die inoffizielle Waffenstillstandslinie am 15. Breitengrad überschritten und eine Ortschaft 150 km nördlich der Hauptstadt N'Djamena angegriffen. Ein Kampfflugzeug wurde daraufhin abgeschossen, der Pilot kam ums Leben.

Daraufhin wurden die französischen Truppen 100 km weiter nach Norden verlegt und die Luftstreitkräfte verstärkt.

Nachdem die GUNT Libyen bat, sich auf eine Intervention auf Seiten ihrer Truppen vorzubereiten, versuchte der französische Außenminister Claude Cheysson durch Gespräche im Tschad, Libyen und mit dem Vorsitzenden der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) Mengistu Haile Mariam, neue Versöhnungsgespräche in die Wege zu leiten.

Dieser Versuch blieb jedoch ebenso erfolglos wie die Gesprächsrunde, die vom 9.-13. Januar d.J. unter Schirmherrschaft der OAU in Addis Abeba stattfand (siehe AIB 1/1984, S. 55). Der Chef der Regierung in N'Djamena Hissène Habré hatte einige protokollarische Fragen zum Anlaß genommen, sich nicht mit den Vertretern der von Goukouni Oueddei geführten GUNT zusammensetzen.

G. Oueddei machte Frankreich für das Scheitern der Verhandlungen verantwortlich, da es keinen Druck auf die von ihr geschützte Regierung ausgeübt habe. Er lehnte deshalb weitere Verhandlungen vor einem Abzug der französischen Truppen ab.

## Namibia/Angola



Südafrikanische Besatzungstruppen in Angola

Nach zwei Monaten hat Südafrika Anfang Februar 1984 die Operation „Askari“ beendet und seine 250 km nach Angola eingedrungenen Truppen an die namibische Grenze zurückgezogen. Damit mußte Südafrika nicht nur internationalem Druck nachgeben, sondern die relative Erfolglosigkeit seiner kostspieligen Operation in Rechnung stellen (siehe AIB 2/1984, S. 15f.). Der unerwartet hartnäckige angolansische Widerstand hatte auf südafrikanischer Seite im Vergleich zu früheren Operationen wesentlich höhere Verluste gefordert und eine gleichzeitige Offensive der Nationalen Union für die totale Unabhängigkeit Angolas (UNITA) zurückgeworfen.

Das Hauptziel des Überfalls, die Vernichtung der Truppen der Südwestafrikanischen Volksorganisation (SWAPO), hatte man in Südafrika ohnehin nicht erreicht. Deren Guerillaverbände operieren unverändert effektiv in Namibia. Die illegale militärische Besetzung Namibias wird Südafrika in diesem Jahr ca. 4 Mrd DM, knapp 10% des Staatshaushaltes, kosten. So will das Regime in Pretoria seinen am 31. Januar d.J. angekündigten Rückzug auf die Ausgangsposition im Süden Angolas als „Verhandlungsangebot“ für eine Verlängerung des von Südafrika einseitig verkündeten einmonatigen Waffenstillstands verstanden wissen. Angola und die SWAPO haben sich prinzipiell zu Verhandlungen bereit erklärt, ohne sich aber Illusionen über einen Erfolg hinzugeben, denn die Unabhängigkeit Namibias steht für Südafrika nicht zur Debatte. Erste Gespräche an denen Vertreter Südafrikas, Angolas und der USA teilnahmen, begannen am 16. Februar in Sambia. Sie führten zur Bildung einer gemeinsamen angolansisch-südafrikanischen Kommission, die die Einhaltung des Waffenstillstands überwachen soll.

## Tansania

Am 29. Januar d.J. ist der Vizepräsident Tansanias und Präsident des Revolutionsrats von Sansibar, Aboud Jumbe, zurückgetreten. Sein provisorischer Nachfolger wurde der bisherige Staatsminister Ali Hassan Mwinyi. Ebenfalls Ende Januar trat der Chefminister Sansibars, Ramadhani Haji Faki, zurück und wurden mehrere Funktionäre der in Tansania regieren-

den Partei der Revolution (CCM) verhaftet.

Die Rücktritte und Verhaftungen sind auf dem Hintergrund verstärkter Autonomiebestrebungen der Inseln Sansibar und Pemba zu sehen, die mit dem Festlandteil Tanganyika seit 1964 die Vereinigte Republik Tansania bilden.

Die oppositionellen Politiker Sansibars fordern ein föderatives Staatssystem mit zwei selbständigen Regierungen für Tanganyika und Sansibar/Pemba und einer nationalen Regierung, die sich jedoch auf Aufgaben wie die der Verteidigung beschränken soll. Zudem verlangen sie die Aufhebung des Einparteiensystems sowie größere Rechte und Möglichkeiten für privatwirtschaftliche Initiativen.

Tansanias Staatspräsident Julius Nyerere wies die Forderungen zurück, betonte jedoch, daß nicht die Absicht bestünde, die derzeitigen Rechte des Landesteiles Sansibars zu beschneiden.

## Bolivien

Am 29. Januar d.J. wurde in Bolivien ein 7-tägiger Hungerstreik von 10.000 Gewerkschaftern erfolgreich beendet. Die Bolivianische Arbeiterzentrale (COB) konnte 14 ihrer 15 Forderungen durchsetzen.

Der Mindestlohn wurde rückwirkend ab Dezember 1983 um 57% erhöht, staatliche Verteilungszentren für Grundnahrungsmittel sollen eingerichtet und die Preise für Zucker, Reis, Mehl, Milch und Speiseöl für 4 Monate eingefroren werden.

Die Unternehmer demonstrierten am 6. und 7.2.1984 gegen die Zugeständnisse der Regierung Siles Suazo mit einem 48stündigen „Generalstreik“. Der Präsident des Unternehmerverbandes Fernando Illanes bezeichnete den „Streik“ als einen Protest gegen die Unfähigkeit der Regierung mit der Wirtschaftskrise des Landes fertig zu werden. Er stellte der Regierung das Ultimatum innerhalb von 30 Tagen ein realistisches Wirtschaftsprogramm zu entwickeln.

Der Führer der COB Juan Lechin bezeichnete die Aktion als Provokation und als Versuch der Privatwirtschaft die zerbrechliche Demokratie Boliviens zu destabilisieren. Er forderte die Arbeiter auf wie gewohnt zur Arbeit zu gehen und jegliche Konfrontation zu vermeiden.

## Nikaragua

Am 2. und 3. Februar d.J. griffen aus Honduras kommende Flugzeuge Armeeinrichtungen und zivile Ziele in der nikaraguanischen Provinz Chinandega an, und verursachten den Tod von 4 Menschen.

Obwohl die honduranische Armee mit Flugzeugen gleichen Typs ausgerüstet ist und die Contras die Verantwortung für die Angriffe übernahmen, bestritt Honduras, daß die Flugzeuge von dort aufgestiegen sind. Eine von Nicaragua beantragte Sitzung des Weltsicherheitsrats kam aufgrund des Widerstands der USA zu keinem Beschluß.

Um gegen diese Angriffe zu protestieren, setzte die Wahlkommission des nikaraguanischen Staatsrates die Diskussion über ein Wahlgesetz für kurze Zeit aus. Mit einem Tag Verspätung legte sie am 8. Februar einen Gesetzentwurf vor, der Wahlen zur Präsidentschaft und zu einer 90köpfigen Abgeordnetenkammer vorsieht. Für die teilnehmenden Parteien sollen für den Wahlkampf finanzielle Mittel und Sendezeit im Radio und Fernsehen bewilligt werden. Die rechten Oppositionsparteien drohten nicht an den Wahlen teilzunehmen, wenn ihre Forderungen – darunter die Zulassung der Contra-Führer zu den Wahlen – nicht erfüllt werden.

Unterdessen gehen die Kriegsvorbereitungen der USA in Honduras weiter (vgl. AIB 2/1984, S. 4-11). Nach Beendigung der Manöver „Big Pine II“ am 8. Februar sollen 1700 US-Soldaten in Honduras bleiben. An den für Juni d.J. geplanten Manövern „Big Pine III“ sollen insgesamt 35.000 Mann teilnehmen, darunter Soldaten aus Guatemala, El Salvador und 6.000 US-Soldaten. Weitere Manöver bis 1988 sind bereits geplant.

Die Friedensbemühungen der Contadora-Gruppe haben während der Amtseinführung des venezolanischen Präsidenten Jaime Lusinchi am 4. Februar d.J. eine starke Rücken-deckung erhalten. Während der dort anwesende US-Außenminister George Shultz die Friedensanstrengungen herunterspielte und erklärte Nicaragua sollte sich wegen seines eigenen Verhaltens vor einer US-Invasion fürchten, unterzeichneten neun dort anwesende Staatschefs eine gemeinsame Erklärung zur Unterstützung der Contadora-Initiative. Die Regierungschefs und Präsidenten aus Argentinien, Bolivien, Kolumbien, Kostarika, der Dominikanischen Republik, Panama, Venezuela, Nicaragua und Spanien verurteilten „alle militärischen Aktionen die ein Land in der Region destabilisieren könnten, wie sie jüngst vorgekommen sind“.

## Argentinien-Chile

Eine „Friedens- und Freundschaftserklärung“, mit der sie sich verpflichten, den Konflikt um drei im Beagle-Kanal liegende Inseln friedlich beizulegen, haben am 23. Januar d.J. die Außenminister von Chile, Jaime del Valle und Argentinien, Dante Caputo, unterzeichnet. Noch in diesem Jahr soll ein Vertrag abgeschlossen werden, der die Inseln sowie einen 19 km breiten Streifen an der Atlantikküste Chile zuspricht. Die restlichen Gewässer sollen unter argentinische Oberhoheit gestellt werden.

Widerspruch hatte die Übereinkunft bei Argentinien Generälen hervorgerufen. Gene-

ral im Ruhestand Luciano Benjamin Menendez hatte eine Besetzung der Inseln gefordert. Seit der Unabhängigkeit Lateinamerikas ist die Zugehörigkeit der Inseln zwischen beiden Ländern umstritten. Unter der Regierung der Unidad Popular in Chile wurde eine Übereinkunft erzielt, die beide Länder verpflichtete, einen Schiedsspruch der Königin von England zu akzeptieren. 1977 wurde der Schiedsspruch gefällt, aber von den damals im Amt befindlichen Diktaturen nie anerkannt.

## Ecuador

3,7 Mio Ekuadorianer, darunter erstmals 400.000 Analphabeten, waren am 29. Januar d.J. zu Präsidentschafts-, Parlaments- und Gemeindevahlen aufgerufen. Keiner der acht Kandidaten für den Präsidentenposten konnte im ersten Wahlgang die absolute Mehrheit erlangen.

Zwischen L. Febres Cordero von der konservativen Front des Nationalen Wiederaufbaus (FRN) und seinem sozialdemokratischen Rivalen R. Borja Ceballos, Kandidat der Partei Demokratische Linke (PID), zeichnete sich mit 27% und 28% der Stimmen ein Kopf-an-Kopf-Rennen ab. Eine Stichwahl am 6. Mai d.J. wird zwischen beiden Favoriten entschieden.

Die Unzufriedenheit mit dem amtierenden Präsidenten Osvaldo Hurtado spiegelt sich im niedrigen Stimmenanteil von 2,8% für Julio C. Trujillo, dem Kandidaten seiner Christdemokratischen Partei (PDC), wider.

Über 12% der Wähler entschieden sich für einen der drei Linkskandidaten.

Im Mittelpunkt des heftig geführten Wahlkampfes stand die wirtschaftliche Situation des Landes. 60% Inflation, eine hohe Arbeitslosigkeit und 7 Mrd Dollar Auslandsschulden sind nicht nur auf die gesunkenen Erdölpreise sondern auch auf eine verfehlte Wirtschaftspolitik dieses OPEC-Mitgliedslandes zurückzuführen.

Febres sieht in seinem Programm eine Stärkung des Privatsektors und eine Stimulierung des agro-industriellen Exports vor. Sein Konkurrent Borja, der im Mai mit der Unterstützung der Linken rechnen kann, spricht sich dagegen für eine verstärkte staatliche Planung sozialer Investitionen aus.

## Hongkong

In der Hongkong-Frage zeichnet sich eine endgültige Einigung zwischen der VR China und Großbritannien ab. Auf einer Pressekonferenz während seiner USA-Reise, am 13. Januar d.J. in San Francisco, machte der chinesische Ministerpräsident Zhao Ziyang weitreichende Zugeständnisse.

Zwar besteht Beijing weiterhin auf der Übernahme der Souveränität über Hongkong, jedoch soll diesem Gebiet ein Sonderstatus eingeräumt werden. „Hongkong wird ein Sonderverwaltungsgebiet Chinas werden, das von der Hongkonger Bevölkerung selbst verwaltet wird.“

Das gegenwärtige gesellschaftliche und wirtschaftliche System, die finanzielle Unabhängigkeit und die eigenständigen Auslandsbeziehungen sollen nach Ablauf des britischen Pachtvertrages im Jahr 1997 für weitere 50 Jahre erhalten bleiben. Dann soll „die zukünftige Regierung der Sonderverwaltungszone ... nach dem Willen der dortigen Bevölkerung entscheiden“.

Großbritannien ist grundsätzlich bereit, die Souveränität über Hongkong an China abzugeben, wenn die Pachtverträge auslaufen, da Hongkong militärisch nicht zu verteidigen ist.

## Informationsordnung

Eine in Djakarta vom 26.-30. Januar d.J. veranstaltete Konferenz der Informationsminister der Nichtpaktgebundenen bekräftigte die in den Vereinten Nationen so umstrittene Forderung nach einer Neuen Weltinformations- und Kommunikationsordnung. Sie habe – so heißt es in der Erklärung von Djakarta – den internationalen Informationsfluß zu „dekolonisieren“.

Die 101 Mitgliedsstaaten der Nichtpaktgebundenen Bewegung werden aufgefordert, in ihren Medien keine „feindselige“ und gegen die Interessen der Nichtpaktgebundenen verstoßende Propaganda seitens der entwickelten Industrieländer mehr zuzulassen. Kritisiert wurde insbesondere die Vorherrschaft der vier größten westlichen Nachrichtenagenturen, der nordamerikanischen UPI und AP, der britischen Reuters und der französischen AFP, in den Weltmedien (siehe AIB 2/1984, S. 46ff.). Die Regierung Reagan hatte dieses Aufbegehren Ende 1983 zum Anlaß genommen, ihren Rückzug aus der UN-Organisation für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO) zum 31. Dezember 1984 zu erklären. Die Bemühungen des UNESCO-Generaldirektors M'Bow, Bonns, Paris' u.a., die Washingtoner Administration umzustimmen, fruchteten nichts.

Als Antwort auf die Djakarta-Konferenz schlug die US-Regierung in einem Positionspapier zur UNESCO vom 7.2.1984 eher noch härtere Töne an. In ihm wird der Rückzug aus der größten UN-Unterorganisation bekräftigt, habe die UNESCO doch „mit ihrer irreführenden Politik, ihren tendenziösen Programmen und ihrem extravagantem Budget-Management“ die Grenzen der US-Toleranz weit überschritten. Vor allem – so das Dokument weiter – sei die Weltorganisation zum „Gegner der Kräfte der Freiheit und speziell der USA“ geworden. Die Bemühungen der UNESCO, eine neue Informationsordnung durchzusetzen, würden zur Zensurierung der Weltpresse führen.



**D 7426 E**  
**Postvertriebsstück**  
Zeitungs-Gebühr bezahlt  
AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg

288

HAVIXBECK

**Ich steh' auf AIB ...**



... weil im deutschsprachigen Raum nur das AIB Monat für Monat verlässlich über unsere Sache in der Dritten Welt berichtet. Und weil es unsere Befreiungsbewegungen selbst zu Wort kommen läßt. Außerdem finde ich: Das AIB deckt auf, daß die Friedens- und Solidaritätsbewegung bei Euch und unsere Befreiungskämpfer reichlich gemeinsame Interessen haben. Zum Beispiel, daß die Raketenstationierung in Westeuropa und die Interventionen in der Dritten Welt Teil einer Globalstrategie desselben Gegners, des US-Imperialismus, sind. Gut ist auch, daß das AIB dem bundesdeutschen Neokolonialismus auf die Finger schaut. Und daß es etwas gegen ihn tut.

Gründe genug, meine ich, um zur Verbreitung des AIB beizutragen, um es selbst zu verkaufen, um AIB-Freiverkäufer zu werden.

Schlag doch mal Deinem Solidaritätskomitee oder Deiner sonstigen Gruppe vor, das AIB regelmäßig im Freiverkauf, auf Büchertischen, vor Veranstaltungen usw. zu vertreiben. Oder nimm den Verkauf selbst in die Hand.

Die AIBler in Marburg – so wurde mir versichert – unterstützen Dich gerne mit Flugblättern, Plakaten und Probeheften. Und sie gewähren Dir 33% Rabatt. Bis dann also

Euer Walid

Unser Freiverkaufsangebot: Bei regelmäßiger Abnahme von 5 Exemplaren des AIB gewähren wir 33% Rabatt auf die einzelnen Hefte. Nicht verkaufte Hefte können gegen Verrechnung zurückgesandt werden. Porto wird nicht berechnet. Benutzt bitte die Bestellkarten in der Heftmitte.

**Ich tu was – als Freiverkäufer!**